CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E | Vertrieb: ASH Krebsmühle 6370 Oberursel 5 | Nr. 21 / Jahrgang 3 | Juni '86 | 3.00 DM

Betrifft: Kleinanzeigen

Bitte alle Kleinanzeigen an die CONTRASTE-Redaktion Heidelberg, c/o Zünd-Satz GbR, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.

Der Anzeigengrundpreis für private Kleinanzeigen beträgt pro mm (1-spaltig) DM 1,00. Für gewerbliche Kleinanzeigen bis zu 5 Zeilen á 38 Zeichen DM 30,00 DM, jede weitere Zeile DM 5,00. Kleinanzeigen erscheinen im Fließsatz. Für gestaltete Anzeigen bitte Preisliste Nr. 1/85 anfordern (CONTRASTE - Anzeigenverwaltung ASH-Krebsmühle, Bärbel Delto/Kerstin Schmidt, 6370 Oberursel). Rechnungsstelllung erfolgt erst ab DM 50,00.

Für alle Anzeigenaufträge unter DM 50,00: bitte im voraus auf Postgiroamt Frankfurt/Main, Kto.-Nr. 383687-607, BLZ 500 100 60, *(Jutta Gelbrich)* überweisen. Die Gebühr für Chiffreanzeigen beträgt zusätzlich DM 9,00.

Erbarmen...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Frankfurt/Kassel In seinem Beitrag auf Seite 3 unter dem Titel „Tschnernobyl und die Konsequenzen" versucht Gunar Seitz darzulegen, welche Schlüsse nach diesem Anschlag auf Mensch und Natur notwendig sind. In der nächsten Ausgabe will der Autor dann die Auswirkungen des Super-Gau's auf die Alternativwirtschaft untersuchen.

Der Atomwissenschaftler Klaus Traube wandelte sich vom Kernkraftbefürworter und Reaktorbauer zum Skeptiker und Gegner dieser Todestechnologie. Nach der Katastrophe von Tschernobyl beginnt auch die SPD gegen die Atomenergie Front zu machen. Volker Hauff, Oskar Lafontaine, Jo Leinen, Erhard Eppler stehen zusammen mit Klaus Traube auf dem Standpunkt eines geordneten Rückzugs aus der Atomtechnologie. Auch „Oppositionsführer" Jochen Vogel erklärte in der Bundestagsdebatte vom 13. Mai 1986 für die SPD, daß auf Atomenergie verzichtet werden kann. Vorbereitet hat diesen erfreulichen Gesinnungswandel bei den SPD-Genossen Klaus Traube. Auf der Seite 3 veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages ein Interview mit Klaus Traube, das Redakteure des VORWÄRTS mit ihm führten.

Kultur

Red. Heidelberg *Eckard Holler stellt 19 Thesen zur Kulturarbeit in soziokulturellen Zentren zur Diskussion. Außerdem dokumentieren wir in unserem Schwerpunktthema Kultur eine Entschließung der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und der Bürgerschaften zum Thema „Soziokultur", berichten über Erfolge und Probleme des Theaterhauses Stuttgart und über das Nürtinger Modell einer alternativen Kunstakademie, das von Studenten und Dozenten gemeinsam finanziert und aufgebaut wurde*

auf den Seiten 4/5 und 6

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

In dieser Ausgabe:

Mekka der Alternativbewegung

Ein paar Tips und Adressen zur Alternativbewegung in Großbritannien. Seite 2

Beratungsgesellschaft für Beschäftigungsinitiativen

Wie schon in CONTRASTE Nr. 20/86 angekündigt, ein Beitrag des zukünftigen Geschäftsführers der in Bottrop ansässigen Beratungsgesellschaft über über Geschichte, Ziel und Zweck des mit Mitteln der NRW-Landesregierung geförderten Projektes. Zusätzlich die gleichfalls angekündigte Stellungnahme zu U. Brockners Beitrag „Vom Sondertopf zum Eintopf" (Ausgabe 19/86) aus dem Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Nordrhein-Westfalen, und die 6. Folge von **Kollektiv & Recht** mit dem Thema. „Wirtschaftstätigkeit im eingetragenen Verein". Seite 7

Abschied vom Kollektiv-Mythos

Ob bei Verhandlungen über Staatsknete, ob bei der Konstituierung von Verbänden und Verbünden, immer dann, wenn sich Selbstverwalter/innen bemühen, sich selbst zu definieren, taucht es auf: das Problem der Abgrenzung. Ein Beitrag von Michael Makowski auf Seite 9

Zum Stand der Vernetzung

Im ersten Teil unserer Artikel-Serie geht es um Vernetzungsaktivitäten in Berlin. Seite 10

Strukturen stärken und ausbauen

Zum Juni-Bundestreffen der Netzwerke ein Beitrag von Michael Wielage und Franz-Josef Bartsch. Seite 11

Auf der Suche nach dem gordischen Knoten

oder theoretische Überlegungen zum Selbstverständnis von Betrieben in Selbstverwaltung von Burkhard Flieger Seite 12

Kritisches zum Bildungstag

„Mit eines der schwierigsten Unterfangen ist es, auf einem Bildungstag über Antipädagogik... zu diskutieren...". Diese These einer Arbeitsgruppe zum Bildungstag im vergangenen Apri war nur eine Vorahnung, und erhärtete sich zu einem unmöglichen Unterfangen. Eine kritische Wertung von Gerhard Kern Seite 13

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .

Abo für 12 Monate DM 24.– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.– (incl. Versand).

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

O **Einzugsermächtigung:**

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** wiederrufe.

Unterschrift: . . . . . .

O **Gegen Rechnung:**

Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorrauszahlungen auf unser Konto!**

O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.

Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .

Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an Bärbel Delto, c/o ASH-Krebsmühle, 6370 Oberursel einsenden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kurz notiert

Bremen:
Selbstverwaltete Schule legt los
Nach mehreren Jahren der Unsicherheit, des Hinhaltens durch die Landesregierung und viel Streiterei steht es fest: die IFE, das Institut für Erwachsenenbildung legt los. Die Schule des zweiten Bildungsweges ist anerkannt und die Schüler erhalten für alle 6 Semester BaföG, und zwar elternunabhängig. Die IFE versteht sich als Alternative zwischen Abendgymnasium und staatlichem Kolleg. Schüler und Lehrer sollen möglichst in allen Bereichen gleichberechtigt bestimmen was läuft, den Unterricht gemeinsam nach ihren Bedürfnissen und Interessen gestalten und in angstfreier Atmosphäre miteinander lernen. Es gibt weder Aufnahmeprüfungen noch Zensuren, das Abitur wird extern von staatlichen Lehrern abgenommen. Einziger Wermutstropfen: weil die IFE keine staatliche Unterstützung bekommt, muß zur Dekkung der Kosten ein Schulgeld von monatlich 160 DM entrichtet werden. Weitere Informationen: IFE, Bismarckstraße 135, 2800 Bremen 1 Tel. 0421/70 23 70.

Hamburg:
Feministische Mädchenarbeit
Seit Juli 1983 gibt es in Hamburg den Verein zur Förderung feministischer Mädchenarbeit, der nun mit einer neuen Info-Broschüre aufwartet. Ausgangsbasis für die Mädchenarbeit ist es, „typisch weibliche Eigenschaften" nicht als negativ zu betrachten, da Mädchen/Frauen wichtige Dinge gelernt haben – und damit Persönlichkeit und Stärke besitzen. „Es ist uns wichtig, Mädchen die Möglichkeit zu bieten, ihre Bedürfnisse erkennen, formulieren und ausleben zu können, ohne sich zu genieren oder minderwertig fühlen zu müssen. Wir bestätigen sie darin und machen Mut, auch neue Dinge auszuprobieren." Konkret bedeutet das, in Arbeitsgruppen, Treffen und Veranstaltungen versucht der Verein, sich mit „gegebenen" Rollenstrukturen auseinanderzusetzen, anerzogenen Verhaltensweisen und vielem mehr. Projekte oder Personen, die Interesse an weiteren Informationen haben, können sich wenden an: Dolle Deerns e.V., Juliusstraße 16, 2000 Hamburg 50

Darmstadt: Statusprobleme in Kollektivbetrieben
Kollektivbetriebe haben – solange es gut geht – meist keine Probleme in der Unterscheidung zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer, zumindest nicht, was den Umgang miteinander oder das Außenverhältnis angeht. Erst im Streitfall oder bei anderen Ereignissen (z.B. Konkurs) taucht das Problem auf. Den selbstverwalteten Unter-/Arbeitnehmer kennt das deutsche Recht nicht. Bereits in der letzten CONTRASTE berichteten wir über ein Urteil eines Landesarbeitsgerichtes, welches feststellte, daß – obwohl kein Arbeitsvertrag vorhanden – ein GmbH-Gesellschafter in einem selbstverwalteten Betrieb Arbeitnehmer war, weil seine Arbeit als weisungsgebunden definiert wurde. Mit anderen Worten, weil das Kollektiv bestimmt, galt die Arbeit des Gesellschafters als fremdbestimmt. Genau andersherum begründete nun das Arbeitsamt Darmstadt die Ablehnung eines Antrages auf Bezug von Konkursausfallgeld. Eben weil das Kollektivmitglied Gesellschafter war, ist ihm die Arbeitnehmereigenschaft abzuerkennen. Es scheint, daß nicht nur die Betriebe Probleme mit der korrekten Statuswahl haben, sondern auch Gerichte und Arbeitsämter Probleme mit der Anwendung des herrschenden Rechts auf selbstverwaltete Betriebe. Um mehr Licht in das Dunkel zu bringen, soll sich das Projekt „Selbstverwaltung und Recht" im ZERP an der Uni Bremen demnächst mit dieser Fragestellung näher beschäftigen.

Paris: 1984 fast 1.300 Kooperativen in der GDSCOP
Ende 1984 zählte der französische Verband der Produktions-Kooperativen 1.263 Mitgliedsbetriebe, mit zusammen 36.114 Beschäftigten. 21.724 dieser Beschäftigten sind zugleich Mitbesitzer der Kooperativen. 245 Kooperativen sind älter als 10 Jahre, 168 Kooperativen älter als 5 Jahre und 850 weniger als 5 Jahre alt. In 10% der Kooperativen arbeiten mehr als 50 Personen, in 45% aller Kooperativen 10 bis 50 Personen und in den restlichen 45% bis 10 Personen. Ein Drittel (453) arbeiten im Baubereich bzw. im Bereich öffentlicher Arbeiten, 27% sind Dienstleistungsunternehmen, 13% arbeiten im Maschinenbau und Metallverarbeitung und 9% im Druck- und Grafikbereich.

Bonn:
Alternative Betriebe, Selbsthilfe und Gewerkschaften
Unter diesem Thema veranstaltet die Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit dem Netzwerk Bremen und der Arbeitsgemeinschaft Betriebe in Selbstverwaltung (BiS) vom 13.6. bis 15.6. eine Tagung in Bremen. Ziel ist es, Mitglieder aus Selbsthilfeprojekten, Fachleute aus der Wirtschaft und Gewerkschafter an einen Tisch zu bringen, um so das jeweilige Selbstverständnis, Gemeinsamkeiten, Probleme und Chancen der Selbsthilfeinitiativen vor dem Hintergrund konstanter Arbeitslosigkeit und der Krise klassischer arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Problemlösungen zu erörtern (so der Einladungstext). Themen dieser Tagung sind u.a.:
- Krise der Arbeit – Chancen einer alternativen Ökonomie
- Lehren aus der Geschichte – alte Genossenschaftsbewegung und alternative Ökonomie
- Zum Verhältnis von Gewerkschaften und Genossenschaften

Wer weitere Informationen haben will, kann diese sicherlich von der Bundeszentrale für politische Bildung, Postfach, 5300 Bonn 1, erhalten.

Red. Heidelberg
Die **BUNTEN SEITEN**, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft als Beilage der CONTRASTE, werden im Oktober '86 wieder erscheinen. Wer in diesem aktuellen Branchenführer bisher noch nicht vertreten war, sollte sich möglichst umgehend mit dem **Zeitsprung-Verlag, Gaisbergstr. 97 (HH), 6900 Heidelberg 1**, in Verbindung setzen.

Für alle, die inserieren wollen, ab 15. Juni ist die Anzeigenpreisliste abrufbar.

Redaktionsschluß für die Herbst/Winter-Ausgabe ist unwiderruflich der 15. September 1986.

Jetzt gibt es auch bald die **GRÜNEN SEITEN**, und zwar für **Bremen/Nordniedersachsen.** Im **Juni '86** wird dieses Branchenbuch zum ersten Mal erscheinen. Herausgeber ist der **Basis-Verlag, Am Dobben 70, 2800 Bremen**. Der Schwerpunkt liegt bei den selbstverwalteten Betrieben und im Gegensatz zu manchen anderen Branchenführern wird Wert auf den regionalen Charakter gelegt. Die Erstauflage wird 10.000 Stück betragen und ein Exemplar für 7,80 erhältlich sein.

6 Jahre Netzwerk Hamburg
Anläßlich seines 6-jährigen Bestehens hat das Netzwerk Selbsthilfe Hamburg eine umfangreiche Broschüre herausgegeben. Verschiedene Erlebnisberichte aus und über Projekte und die konkrete Beratungsarbeit werden ergänzt durch Artikel über die Geschichte des Hamburger Netzwerkes und Grundlagenartikel.

Alles in allem ein bunter Band zum Vernetzungsleben in und um Hamburg (es gibt auch einen Beitrag vom Bahnhof Göhrde und Thesen zum Verhältnis Provinz-Metropolen).

Bestellungen über:
Netzwerk Selbsthilfe e.V.,
Gaußstraße 17, 2000 Hamburg 50

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONSTRASTE Schwerpunkt:

Tagungshäuser und Bildungsarbeit

Red. Heidelberg Alle Leute und Gruppen, die Interesse daran haben, das für den Herbst geplante Schwerpunktthema mit zu gestalten, sollten sich bei untenstender Anschrift melden. Zum einen sollen Entwicklungen in diesem Bereich dokumentiert werden. Angesprochen sind alle: vom privaten Einzelkämpfer, Hausbetreiber bis zum im Kollektiv verwalteten Bildungszentrum.

Gleichzeitig soll eine Diskussion in dieser „Nicht-Branche" angeleiert werden, die folgende Schwerpunkte beinhaltet:
- Arbeit rund um die Uhr – die Alternative?
- Orientierung auf Bildungsarbeit – die Zukunft?
- Organisation: Finanzierung, Rechtsformen
- mögliche Kooperationsformen, bestehende Zusammenschlüsse

Nachdem es vor Jahren regelmäßig bundes- und landesweite Treffen gab, beteiligten sich an der Projektemesse in der Krebsmühle vor zwei Jahren lediglich drei Häuser, trotz breitgestreuter und frühzeitiger Rundschreiben, um einen Stand zu gestalten.

Sind die Ansätze und Orientierungen mittlerweile so unterschiedlich, daß es keinen gemeinsamen Nenner mehr gibt?

Kürzlich kam ein Schreiben, daß eine Liste alternativer Tagungshäuser geplant sei, abgegrenzt von den vorhandenen Mischlisten, in denen außer den Deutschen Jugendherbergen alles drin ist, was Räume vermietet. Vielleicht könnte ja über das Schwerpunktthema eine inhaltliche Klärung erfolgen, wer sich überhaupt zu diesem Bereich zählt und was dort gewollt ist – außer eben Räume zu vermieten.

Bei Interesse bis zum 1.7.1986 bitte Rückmeldung:
Jugendhof Bessunger Forst
z.Hd. Rolf Klatta
Aschaffenburger Str. 185
6101 Roßdorf 1
Tel. (06151) 145171

Großbritannien:

Mekka der Alternativbewegung

Red. Frankfurt **Im Gegensatz zur Auffassung der bundesdeutschen Szeneöffentlichkeit ist die Bundesrepublik keinesfalls das Mekka der Alternativkultur. In Großbritannien ist schon jetzt die Möglichkeit gegeben, sich weitgehend alternativ und ökologisch zu versorgen. „Etabliert" haben sich Versicherungen, Banken, Wohnungsvermittlung, Energieberatung, Gesundheitsversorgung, Gewerkschaften, Baufirmen, Lebensmittelbetriebe u.a.**

Für Interessenten hier einige wichtige Anschriften und Erläuterungen:
Weitestgehende Informationen über Projekte, Literatur, Adressen geben:
Intermediate technology Development Group Ltd., 9 King Street, London WC2 E 8HN, United Kingdom.

Dieses ist eine Informationszentrale über Alternativtechnologie und Projekte in Großbritannien und der 3. Welt. Dort sind erhältlich: Veröffentlichungen in allen Bereichen aus Großbritannien, Übersee und vor allem der 3. Welt, Literaturliste; Adressen aller relevanten britischen Alternativprojekte, von Energie über Informations-Service bis zu Wholefood und Kommunen, von Forschung bis Praxis. Weitergehende Adressen sind als Buchbände z.B. zu Wholefood, Cityfarming erhältlich.

NATTA Alternativ Technology Group, Faculty of Technology, Walton Hall, Milton Keynes, MK7 6AA, United Kingdom.

Hier sind ähnliche Informationen wie obenstehend erhältlich, jedoch spezieller für Großbritannien.

Generell bieten viele Alternativprojekte in Großbritannien die Möglichkeit, einen kurzen oder längeren Aufenthalt bei ihnen zu verbringen.

Zum Kennenlernen sind im folgenden einige Adressen für Aufenthalt und Arbeit in Großbritannien und dem englischsprachigen Ausland gegeben (weitere sind bei den obenstehenden Anschriften zu beziehen):
1. WWOOF, 19 Bradford Road, Lewes, East Sussex BN7 1RB, United Kingdom
2. Centre for Alternativ Technology, Llwyngwern Quarry, Machynlleth, Powys, Wales, Machynlleth 2400

zu 1.. Mithilfe (Wochenende, tage-, monatsweise) auf Alternativfarmen (City oder Land) oder lebensmittelerzeugendem Sektor in ganz Großbritannien, Vermittlung auch nach USA, Kanada, Australien, Neuseeland, 3. Welt-Projekte.
zu 2.: Alternativdorf, aufgebaut und bewohnt von alternativ interessierten Technikern. U.a., um die Möglichkeit einer ökologischen Eigenversorgung, von Lebensmitteln über vollelektronisch gesteuertem Sonnenhaus bis zu professionaler Erprobung von Wind-, Wasser- und Holzkraftmaschinen (Auftragsarbeiten für Herstellungsfirmen) zu belegen.

Für alle, die sich für die Art der Vergabe von Staatsknete an selbstverwaltete und Alternativbetriebe interessieren, ist es ein Muß, sich mit dem Greater London Enterprise Board, Newington Causeway, London SE1, United Kingdome, zu befassen.

Verwirklicht ist dort eine Art von Selbstverwaltungs- und Alternativförderung, an deren Qualität und Effektivität gerade für die bekannten Probleme von Alternativprojekten die bundesdeutsche Förderung nicht heranreichen wird.

Die Stadt Greater London hat hier durch die Bereitstellung der Gelder für das G.L.E.B. ihren Einfluß auf die Mittelvergabe aufgehoben (natürlich werden die Mittel aus ähnlichen Gründen vergeben, wie sie die Sozi's hierzulande anführen: Arbeit- und Wirtschaftsförderung).

Der G.L.E.B. setzt sich aus unabhängigen Teamern zusammen, die sich individuell mit einem Projekt befassen, es in der Teamabstimmung über die Mittelvergabe vertreten und es auch weiter betreuen und beraten. Dabei ist bei der Geldvergabe eine gewisse Verlustrate eingeplant.

Diese Staatsknetevergabe erfolgt also nach einem ähnlichem System wie bei den Ökofonds der GRÜNEN.

Grundsätzlich ist allerdings zu bezweifeln, ob trotz der bisher aufgezeigten Vielfalt die Entwicklung der Alternativszene in Großbritannien den ungeteilten Beifall all jener erhalten wird, die mit diesem Beitrag dazu animiert wurden, sich näher mit ihr zu befassen.

Immerhin ging der Erfolg einher mit einer raschen Nutzung der modernsten Technologien, sei es auf dem Mediensektor, im Energiebereich oder im Rahmen des Zusammenschlusses zu Großunternehmen (unser Beifall ist ihnen sicher, der Säzzer) *(wie bitte??, der Setzer)*, z.B. der Zusammenschluß von Produzenten und Läden in ganz Großbritannien zu Organic Farm Foods, was in zwei Jahren zu einem Großverteilernetz mit Lager- und Kühlhallen, Großtransportern u.ä. geführt hat.

Dennoch ist die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den Alternativprojekten nicht positiv genug zu bewerten, betrachtet mensch die Schwierigkeiten in der BRD, die mehr denn je durch die Rivalität um die Staatsknete deutlich zu Tage getreten sind.

Axel

Direkte Aktionen notwendig

Tschernobyl und die Konsequenzen

Aufruf zur Stillegung aller Atomanlagen

Red. Frankfurt **Es genügt nicht aus der Atomtechnologie schrittweise auszusteigen, wie es im nebenstehenden Interview mit Klaus Traube zum Ausdruck kommt. Die Konsequenzen müssen eindeutig radikaler sein. Welche Schritte jetzt notwendig sind, wollen wir in diesem Artikel aufzeigen.**
Tschernobyl war ein Anschlag auf Mensch und Natur. Die Atomkatastrophe war eine Kriegserklärung für alle, die für das Leben eintreten. Die Anti-AKW-Bewegung, Gesundheitsbewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung und soziale Bewegung, alle Menschen sind gleichermaßen betroffen. Welche Schlüsse müßten jetzt von jedem einzelnen und von der Alternativbewegung gezogen werden?
(Im zweiten Teil, der in CONTRASTE Nr. 22/86 veröffentlicht wird, wollen wir die Auswirkungen auf die Alternativwirtschaft untersuchen.)

Wer sich heute auf die Informationen von Bundesregierung, Europäischer Gemeinschaft oder TASS verläßt, begibt sich in die Gefahr, mitschuldig zu werden an der Atomkriminalität. Wer heute den Empfehlungen der „Gesundheits"ministerin Süssmuth und des Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann folgt und die Grenzwertfestsetzungen der Strahlen„schutz"kommission akzeptiert, verstößt in eklatanter Weise gegen die Lebensinteressen von Pflanzen, Tieren und Menschen. Die Festsetzung von Grenzwerten ignoriert grob das Gesundheitsinteresse von Bevölkerung und Natur. Die Beschäftigung mit Grenzwerten und die Propagierung von Verhaltensregeln ist nicht anderes, als Sand in die Augen der betroffenen Menschen zu streuen. Die Verantwortlichen in Bonn wissen selbst am besten, daß gegen atomare Unfälle kein Kraut gewachsen ist und daß die Atomtechnologie nicht beherrschbar ist. Daß dieses Wissen nicht öffentlich gesagt werden kann, ist der Tribut an das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem, das keine Änderung des Status quo zuläßt.

Die Chance für eine neue Bewegung

Wir müssen es deshalb allen Menschen sagen, es ergibt keinen Sinn, die Regale mit Jod-Tabletten leerzufegen, sich Trockenmilch zu kaufen und zu Hause zu bleiben, um abzuwarten, was passiert. Wir müssen aus unserer eigenen Aussitzpolitik heraus, müssen den Widerstand vorantreiben und müssen den Betreibern in Wirtschaft und Staat massenhaft die Legimitation entziehen. Wir sind heute aufgerufen, aus der Misere von Tschernobyl in Bonn Kosequenzen zu ziehen. Radikale Konsequenzen! Wir müssen jetzt dafür Sorge tragen, daß ein zweites Tschernobyl ausgeschlossen wird, daß wir ohne Angast vor dem unsichtbaren, nicht hörbaren, nicht fühlbaren und nicht riechbaren Gesundheitsgift Radioaktivität leben können.

Tschernobyl muß Anstoß zu einem neuen Aufbruch in der Alternativbewegung werden. Die alten Grenzen der Protestbewegungen müßten jetzt endlich überschritten werden. Es ist an der Zeit, eine neue, umfassende Befreiungsbewegung aufzubauen. Eine Befreiungsbewegung, in der alle wichtigen thematischen der Alternativbewegung integriert sind:

* die Ökologie, denn der Unfall hat unübersehbare Auswirkungen auf die Biosphäre der Erde;
* der Frieden, denn der Reaktor diente in erster Linie der Herstellung von Bombenplutonium;
* die Gesundheit, denn die menschliche Gesundheit wurde durch die hohe Kontamination in den letzten Monaten bis zum äußersten strapaziert;
* die Gesellschaft insgesamt, denn mit dem Betrieb von Atomanlagen befinden wir uns bereits auf dem Weg in den Atom-Staat (Robert Jungk).

Es gibt keine friedliche Atomenergie

Mittlerweile steht fest, das Atomkraftwerk bei Tschernobyl in der Ukraine hatte militärische Bedeutung. Rund ein Drittel aller Atomkraftwerke der Sowjetunion und etwa 10% der amerikanischen Kraftwerke sind vom Typ Tschernobyl. Sie dienen in erster Linie der Plutoniumproduktion, sprich der Produktion von Atombomben, der Organisation des Massenmordes. Aber Tschernobyl machte auch deutlich, daß bereits jetzt in sogenannten Friedenszeiten die Atomenergie zu einer massiven Bedrohung von Leben und Gesundheit wird.

Die Atomtechnologie ist eine typische Technologie der wirtschaftlichen Expansion. Sie ist gegründet auf die Vorstellung, daß moderne Wissenschaft und Technik alle Probleme in den Griff bekommt. Sie ist eine zutiefst harte Technologie, die weder Mensch noch die Natur schont. Die Atomtechnologie ist eine Kriegstechnologie, die ihre Existenz den Macht- und Sicherheitsplänen patriarchal denkender und handelnder Kriegsstrategen verdankt.

Deshalb ist die Beschäftigung mit der Atomtechnologie, die im Grunde eine Plutoniumtechnologie ist, kriminell. Jeder, der sich nicht gegen atomare Anlagen, seien dies Uranminen, Anreicherungsanlagen, Atomkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen, Atomraketen, wissenschaftliche oder medizinische Kernforschungszentren wehrt, macht sich mitschuldig an dem größten Verbrechen an Mensch und Natur, das jemals auf dieser Erde begangen wurde.

Verbrechen jedoch müssen bekämpft werden. Sie müssen unterbunden werden. Welche Möglichkeiten stehen uns dafür zur Verfügung?

Wahl

Oft war in letzter Zeit der Spruch zu hören, Wahltag sei Zahltag. So im Bundesland Niedersachsen und bald im gesamten Bundesgebiet. Dann ist wohl zu überlegen, welche Partei man wählen soll. Eine Partei etwa, die mittelfristig aus der Kernenergie aussteigen will (Hans-Jochen Vogel), eine Partei, die nur das Zivilschutzprogramm ausweiten will (Gerhard Baum) oder eine Partei gar, die die Atomtechnologie für unverzichtbar erklärt (Helmut Kohl)? Oder eine Partei, die jetzt auch schon mit der Formulierung für die Abschaltung (Joschka Fischer) in den Chor der Vorsichtigen einschwenkt? Die einzige Option bleibt die bedingungslose Abschaltung aller kerntechnischen Anlagen, seien diese auf ziviler, wissenschaftlicher oder militärischer Basis. Nur eine Partei, die dies unmißverständlich formuliert, es als Bedingung für eine Regierungsverantwortung ansieht, und dann ohne Kompromisse diesen Weg durchsetzt, ist für uns wählbar. Sie zu wählen ist dann unser Part. *(Wählst Du für mich mit?, der Setzer)*

Direkte Aktion

Jedoch können wir nicht auf die große Abrechnung – alle vier Jahre wieder – warten, wenn uns zwischenzeitlich die Dinger um die Ohren fliegen. Es ist jetzt zu handeln. Was haben bislang Demonstrationen, Menschenketten, Podiumsdiskussionen bewirkt? Haben sie einen wirklichen Ausstieg aus der harten Technologie, aus dem kapitalistischen System erzwungen? Sicherlich nicht. Zu fest sitzt dieses System im Sattel. Jeder weitere Betrieb atomarer Anlagen produziert Stunde um Stunde mehr Plutonium, Gammastrahlen und gefährliche Spaltprodukte. Es ist unverzüglich zu handeln. Selbsthilfe der Bürger ist das Gebot der Stunde. Wir als Betroffene müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Wir sind aufgerufen, die Atommeiler selbsttätig abzuschalten. Zur Erinnerung: Wir haben ein Widerstandsrecht, ja sogar eine grundgesetzlich garantierte Widerstandspflicht, wenn es um die Abwendung von Schaden für Leib und Leben geht.

Gunar Seitz

Gerät zur Feststellung des Kontaminationsgrades eines Menschen, gesehen auf der Ausstellung „Sicherheit '80" in Stuttgart. Foto: Andreas Küstermann

Klaus Traube: Tschernobyl und wir

Hamburg wäre in vier Stunden nicht zu evakuieren...

INTERVIEW

Bei der Diskussion um die Kernenergie ging es in den letzten Jahren fast nur noch um Wirtschaftlichkeitsfragen und ähnliches. Tschernobyl hat nun wieder die Reaktorsicherheit in den Vordergrund gerückt. War es nicht ein Fehler, die Sicherheitsfragen zu vernachlässigen?

Es stimmt nicht, daß die Sicherheitsdiskussion zugunsten der Wirtschaftlichkeitsdiskussion hintan gestellt wurde, sondern die Sicherheitsdiskussion hat sich verlagert, von den Unfällen der Kernreaktoren auf das Problem der Endlagerung und Wiederaufbereitung.

Doch selbst wenn wir unterstellen, die Sicherheitsdiskussion sei vernachlässigt worden, muß man bedenken, daß in den Köpfen der Menschen sich etwa folgendes abgespielt hat: Unheimlich war ihnen die Kernenergie die ganze Zeit über, es ist ihnen eingebleut worden, daß Kernenergie absolut notwendig sei, daß sie in diesem Abwägungsprozeß in den sauren Apfel zu beißen haben. Und es bedurfte auch der Klarstellung, daß Kernenergie weder eine notwendige noch eine besonders kostengünstige Energieform war. Davon wird dann doch der Abwägungsprozeß, was die Menschen in Kauf nehmen, ganz wesentlich beeinflußt.

Ist denn nun die bundesdeutsche Reaktorsicherheit wirklich soviel besser als die russische?

Ganz generell heißt es jetzt von allen Seiten, die russische Technik der Kernreaktoren sei aus Sicherheitsgesichtspunkten katastrophal. In der westlichen Fachliteratur gibt es diese Art von Bewertung schlicht nicht. Die fehlende Sicherheitshülle ist wirklich ein handfestes Indiz dafür, daß in der Sowjetunion in der Sicherheitsfrage mehr Konzessionen gemacht werden als bei uns. Man muß aber dabei beachten, daß der Kernschmelzunfall von der Sicherheitshülle keineswegs beherrscht wird. Das ist auch unumstritten. Das beste was man noch erwarten kann, und selbst das ist nicht gesichert, ist, daß die Sicherheitshülle die Freisetzung der Aktivität verzögern kann und damit Evakuierungsmaßnahmen leichtermacht.

Das Problem der Evakuierung ist bei uns doch gravierender, weil wir eine viel dichtere Besiedelung haben.

Bei uns dürfte man kein Kernkraftwerk finden, bei dem im Umkreis von dreißig Kilometern nur 50.000 Menschen leben, wie das in Tschernobyl der Fall ist. Ich denke nur beispielsweise an Hamburg, wo gleich vier Kernkraftwerke in der Umgebung stehen, zum Teil nicht weiter als 25 Kilometer entfernt. Es ist einfach undenkbar, die Stadt Hamburg innerhalb von vier bis acht Stunden zu evakuieren. Nach russischen Angaben wurde die Sicherheitszone um Tschernobyl in vier Stunden evakuiert. Ein höheres Niveau an Sicherheitstechnik ist doch das mindeste, was man als Korrektiv angesichts unserer Standortwahl erwarten kann.

Der Unfall von Tschernobyl hat nun wieder die Forderung nach sofortiger Abschaltung aller Kernkraftwerke laut werden lassen. Die SPD will den geordneten Rückzug aus der Kernenergie. Was ist denn realistisch?

Wenn wir im letzten Winter, zur Zeit des höchsten Strombedarfs, keine Kernkraftwerke zur Verfügung gehabt hätten, dann hätten wir trotzdem keinen Stromengpaß haben müssen. Infolge der bestehenden Überkapazitäten wäre die Kraftwerksleistung im öffentlichen Netz immer noch um etwa 30% über der tatsächlichen Höchstlast gelegen, und das hätte als Reserve für nicht verfügbare Kraftwerke etc. gereicht. Das heißt, wir wären gerade noch in der Lage abzuschalten. Das wird in fünf bis zehn Jahren nicht mehr so sein. Doch die ungeheuere Macht der Kernenergielobby läßt es als unwahrscheinlich erscheinen, daß es über kurz oder lang zu diesem Abschalten kommt. Was aber nun wirklich dringend wäre, wäre die Konsequenz zu ziehen: Nun aber Schluß mit diesem Plutoniumkurs, also keinen Brüter in Betrieb nehmen, nicht Wackersdorf bauen und nun endgültig Aus mit dem Zubau von Kernkraftwerken. Ein Stopp der Kernenergie würde vermutlich wohl auch endgültig die politischen Kräfte freisetzen zur Umstrukturierung der Rahmenbedingungen für die Elektrizitätswirtschaft, wie wir das in den USA beispielsweise erlebt haben. Das heißt, statt Anreize zu mehr Stromverbrauch Anreize zum rationelleren Umgang mit Strom einerseits. Und statt einer Behinderung des Ausbaus der ökonomisch wie ökologisch begrüßenswerten Kraft-Wärmekoppelung (Nutzung der bei der Stromerzeugung anfallenden Wärme als Fernwärme) eine Forcierung dieses Ausbaus.

Interview: Stan Zofka

Aus VORWÄRTS, Nr. 19/86; mit freundlicher Genehmigung der VORWÄRTS-Verlags GmbH

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Neues Selbstbewußtsein für eine kulturpolitische Offensive

19 Thesen zur Kulturarbeit in den soziokulturellen Zentren

Red. Heidelberg Ende Januar 1986 fand eine Mitarbeitertagung des Pavillon Hannover statt, auf der Eckhard Holler die nachfolgenden Thesen vorstellte:

Foto: Martin Langer

1 Zur Analyse der kulturpolitischen Situation der Zentren: Die bloße Existenz unserer Einrichtungen bedeutet für die offizielle Kulturpolitik eine große Provokation, weil wir ohne öffentliches Geld eine attraktive Kulturarbeit leisten, die nach gültiger Kulturdoktrin gar nicht leistbar ist. Die offizielle Kulturdoktrin geht davon aus, daß Kultureinrichtungen (Theater, Museum usw.) nur existieren können, wenn sie zu 80 bis 90% aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden. Die bloße Existenz nicht- oder geringsubventionierter Kultureinrichtungen bedeutet deshalb eine Kampfansage an die etablierten Kultureinrichtungen, jede erfolgreiche Veranstaltung wird als konkreter Angriff auf die Pfründe des Kulturbetriebs (und damit auf die „kulturelle Hegemonie") empfunden (von der etablierten Seite übrigens viel stärker als von den meisten unter uns!).

2 Folgerung aus der Analyse: Es gilt zu erkennen, daß wir unsere Programme in den Zentren nicht im politikfreien Raum machen, sondern in einem Gebiet tätig werden, das immer schon besetzt und auf verschiedene Interessengruppen aufgeteilt ist. Durch unser Auftreten geraten die etablierten Einrichtungen in Rechtfertigungszwänge. Alles, was wir tun, hat in diesem Sinne eine unmittelbare kulturpolitische Relevanz. Es kommt nur darauf an, daß wir uns dieser Tatsache bewußt werden und sie in konkrete kulturpolitische Praxis umsetzen. (In dieser Umsetzungspraxis liegt im übrigen das Erfolgsrezept der LAKS-Arbeit in Baden-Württemberg).

Wir können in der gegenwärtigen Situation den „Hecht im Karpfenteich" der etablierten Kulturpolitik spielen, und werden von der Öffentlichkeit dafür viel Beifall erhalten.

3 Voraussetzungen für die mögliche kulturpolitische Offensive: Grundvoraussetzung: die Zentren müssen ein neues Selbstbewußtsein über den Wert ihrer Tätigkeit gewinnen. Sie müssen ganz anders als bisher in der Öffentlichkeit auftreten, sie müssen ihre Arbeit in ganz anderer Weise darstellen: d.h. nicht mehr als Subkultur, die ärmlich und isoliert in der Ecke existiert, sondern mit dem Anspruch auf Teilhabe am Ganzen, aufbauend auf der Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit für ein Millionenpublikum.

4 Voraussetzungen bei der konzeptuellen Fundierung der Tätigkeit: Kulturarbeit ist nicht voraussetzungslos möglich. Man muß wegkommen von der (dilettantischen) Auffassung, daß jeder ein alternatives Kulturzentrum leiten kann, der auch Bier zapfen kann. Die Arbeit der Zentren bedarf nicht nur einer Konzeption und Programmatik, sondern einer Beziehung auf eine Kulturtheorie, die ihrerseits in eine Gesellschaftstheorie eingebettet ist. Die laufende Praxis einer Kultureinrichtung bedarf einer ständigen Orientierung an Theorie.

5 Die kulturtheoretische Grundkonzeption bedarf eines kulturellen Teils und eines politischen Teils. Beide Teile müssen aufeinander bezogen sein und miteinander verzahnt werden.

Beispiele für kulturtheoretische Grundsatzpositionen:

a) „Kultur von unten"
b) Das neue Lied, international gesehen („demokratisches Volkslied")
c) Kulturtheorie von Antonio Gramsci
d) Theorie der „zweiten" Kultur
e) Theorie der „alternativen" Kultur bzw. einer alternativen Ästhetik
f) Theorie der Sozialkultur

6 Gesellschaftstheoretische „politische" Grundlagen: Die soziokulturellen Zentren sind parteiunabhängig, d.h. jedoch nicht, daß sie „wertneutral" und unpolitisch sind. Vielfach wird es eine „Basisorientierung" als politische Leitlinie bzw. eine „Parteilichkeit ohne Partei" als politische Orientierung geben. Auch die parteilose Parteilichkeit im Sinne der „Invariante der Richtung" (Ernst Bloch) hat ihre theoretische Fundierung, die zur Kenntnis genommen werden sollte.

Beispiele für mögliche politische Orientierungen:

a) Antifaschismus/Orientierung am Widerstand gegen Hitler z.B. Scholl-Kreis
b) Radikaldemokratische Einstellung
c) Linker Pluralismus (siehe W.F. Haug „Pluraler Marxismus")
d) Ideen der Studentenbewegung von 1968
e) Kritische Gesellschaftstheorie (z.B. Herbert Marcuse)
f) Hoffnungsphilosophie von Ernst Bloch
g) Orientierung an der Alternativbewegung der Gegenwart bzw. an den neuen sozialen Bewegungen.

7 Es ist notwenig, den eigenen Anspruch (die eigene „Parteilichkeit") nicht nur in vergessenen Grundsatzpapieren niederzulegen, sondern in den aktuellen Programmen des Zentrums kenntlich zu machen, so daß auch der Besucher des Zentrums sie wahrnehmen kann.

Es ist eine wichtige Aufgabe, bei der Gestaltung der Programme inhaltliche Akzente gegen die kommerziellen Zwänge des Musik/Theatermarktes zu setzen und das konzeptionelle Profil der Einrichtung hervortreten zu lassen. Von dem Starkult gegenüber den Künstlern ist Abschied zu nehmen, zumindest ist dem Starkult entgegenzuarbeiten. Wir müssen die Veranstaltungen mit unseren eigenen Vorstellungen gestalten (mit Ansprachen, Sammlungen, thematische Einbettungen) und dürfen sie nicht allein den Künstlern überlassen, die in der Regel nur ihrem Egotrip nachgehen.

8 Soziokulturelle Zentren dürfen sich in ihren Programmen nicht in der Veranstaltertätigkeit bzw. einem Jahrmarkt der programmatischen Beliebigkeit erschöpfen, sondern müssen gezielt eigene Schwerpunkte, z.B. mit künstlerischen Projekten setzen. So werden mit der Festlegung eines zentralen Projektes, z.B. eines **themengebundenen Festivals** z.T. gute Erfahrungen gemacht, kulturelle und politische Zielsetzungen miteinander zu verbinden.

Solche Themen können z.B. sein: Nicaragua – Friedensbewegung – Apartheid und Rassismus in Südafrika – Widerstand gegen Hitler und nationale deutsche Frage heute – Das andere Amerika – Problem „Heimat"

9 Mehr Mut zu Diskussionen über die der soziokulturellen Arbeit zugrundeliegende Ästhetik. Was wissen wir über die Ästhetik des deutschen Humanismus (bzw. der Klassik um 1800)? Was wissen wir über die moderne ästhetische Theorie? Wonach beurteilen wir die Kunstwerke, die wir dem Publikum in unseren Einrichtungen anbieten? Nach welchen ästhetischen Kriterien stellen wir unsere Programme zusammen?

10 Mehr Mut zu Diskussionen über Fragen der gesellschaftstheoretischen Gesamtorientierung und des eigenen Selbstverständnisses bzw. der Ziele der eigenen Arbeit. Die Zentren sollten ein Forum der kritischen Selbstverständigung der Zeit und der Anregung einer gesellschaftsverändernden Praxis sein und sind häufig nur Jahrmärkte der Beliebigkeit und Desorientierung. Es sollte das Ziel sein, auf die politischen Kräfte am Ort einzuwirken und im Sinne von Emanzipation, Aufklärung und Befreiung von Zwängen, sowohl in den eigenen Verhältnissen wie in Fragen der Solidarität mit der Dritten Welt tätig zu werden.

11 Die Wichtigkeit der Bildungsarbeit unter den verantwortlichen Mitarbeitern wird im allgemeinen unterschätzt. Ein Zentrum, das einen eigenen kulturellen, politischen und kulturpolitischen Anspruch erheben will, bedarf eines Mitarbeiterteams, das dem gestellten Anspruch gewachsen ist und bereit ist, im Sinne dieses Anspruchs an sich zu arbeiten. Es sind Ansprüche zu formulieren, die an den Kenntnisstand gestellt werden; welche Verbindlichkeit wird akzeptiert? welches Maß an persönlichem Engagement? Die Mitarbeiter sollten sich über aktuelle Themen gegenseitig Referate halten; sollten bestimmte Literatur kennen; die für die Kulturszene wichtigen Zeitschriften und Zeitungen regelmäßig lesen; sich gegenseitig auf dem aktuellen Stand halten; zu Tagungen fahren; überregionale Kulturveranstaltungen von übergeordneter Bedeutung besuchen usw.

12 Der Mitarbeiterkreis sollte sich bemühen, auch Intellektuelle für die Arbeit des Zentrums zu interessieren. Dazu ist es nötig, unter den Intellektuellen am Ort (gegebenenfalls auch überregional) eine bewußte Zielgruppenarbeit zu leisten und sie gezielt zu bestimmten Aktivitäten einzuladen bzw. einzuplanen: als Referenten bei Diskussionen, Tagungen, Seminaren, Mitarbeit bei Zeitschriften. Es ist nicht darauf zu warten, daß sich ein fortschrittlicher Professor zufällig in ein Zentrum verirrt und dann von sich aus ein Angebot zur Mitarbeit macht. In der Regel wird es so sein, daß Wissenschaftler, Publizisten, Medienleute, Fachkräfte, Politiker nur dann zur Mitarbeit zu gewinnen sind, wenn sie direkt angesprochen und mit einer Aufgabe betraut werden, die ihrem Fachgebiet entspricht.

Es gibt derzeit in machen intellektuellen Kreisen (z.B. bei der Zeitschrift „Das Argument") die Bereitschaft, über den eigenen Kreis hinauszugehen und auch breitere Kreise für bestimmte Fragestellungen zu interessieren (z.B. Ausbreitung des Islam in Afrika; neue Aktualität des „Heimat"-Begiffs; Analyse der „Ästhetik des Widerstands" von Peter Weiss; Theologie der Befreiung in Südamerika; Perspektiven der Friedensbewegung usw.)

Ein Zentrum kann die Aktualität und das Niveau seiner Arbeit entscheidend heben, wenn es gelingt, eine arbeitsmäßige Verbindung zu einem Kreis von engagierten Intellektuellen herzustellen, die der Arbeit einen theoretischen Hintergrund vermitteln. (Anmerkung: die Künstler können das in der Regel nicht leisten, und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 4

es ist ein häufig vorkommender Denkfehler zu meinen, daß Musiker bzw. Sänger, Liedermacher über ihre künstlerische Tätigkeit hinaus noch theoriebildend tätig sein können).

13 In bestimmten Abständen ist die Arbeit daraufhin zu untersuchen, ob die konzeptionellen Schwerpunkte in ausreichender Weise im laufenden Programm realisiert wurden. Selbstkontrolle, Rückorientierung an den inhaltlichen Schwerpunkten. Die Arbeit nicht nur an der Rentabilität messen (wenn das aus ökonomischer Sicht tragbar ist!).

14 Weshalb die große Fluktuation unter den Mitarbeitern? Wie kann sie verringert werden? Wodurch wird (ehrenamtliche) Mitarbeit attraktiver? Auch wenn davon auszugehen ist, daß unter den Mitarbeitern (bzw. Helfern) ganz unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten (intellektuelle, emotionale, praktische, pragmatische, musik- bzw. theaterorientiert, partielle Interessen, viel Zeit/wenig Zeit, „Ball der einsamen Herzen", egoistische Ziele, Zuschauerintention usw.) vorhanden sind, läßt sich allgemein sagen, daß Mitarbeiter/Helfer Anteil am Ganzen haben wollen, und nicht nur für „Partielles" „benutzt" werden wollen. In der Regel besteht neben einem unspezifischen) Sachinteresse ein konkretes persönliches Bedürfnis (nach Nähe, Zuneigung, Sympathie usw.). Man muß sich viel mehr überlegen, wie der Mitarbeiterkreis organisiert werden muß, in welcher Weise die unterschiedlichen Fähigkeiten geweckt und sinnvoll genutzt werden können. Es sind konkrete Regelungen nötig (z.B. geringe finanzielle Anreize, Dank für längere Mitarbeitstätigkeit, Deutlichmachen der Anerkennung des Geleisteten, aber auch deutliche Kritik, Offenheit in der Auseinandersetzung, Einführung für „Neue"), um die einzelnen bei der Stange zu halten. Insgesamt ist zu sagen, daß die Ausnutzung als billige Arbeitskräfte übertrieben wird und die Einbeziehung in Projekte, in denen der Mitarbeiter „selbst" etwas gestalten kann, zu gering entwickelt ist. Mitarbeiter sind meist dankbar über eine Einbeziehung in klar umgrenzte künstlerische Projekte, die einen Anfang und ein Ende haben und in denen sie eine überschaubare Aufgabe erfüllen.

Es ist deshalb sinnvoll, daß die im Zentrum anfallende Arbeit vom engeren Kreis „vorsortiert" wird und portionenweise aufgeteilt wird. Für Leute, die nur begrenzt Zeit haben, wird nur eine solche Arbeitszuteilung befriedigend sein können. Gleichzeitig muß aber garantiert sein, daß die Beteiligung an der Gesamtverantwortung stattfindet.

15 Es gibt eine Wechselwirkung von Außen- und Innen(politik) des Zentrums. Je mehr wir „draußen" an der kulturpolitischen Diskussion mitwirken, desto mehr müssen wir „innen" theoretisch gerüstet sein (das bedingt, daß nicht nur die alten Theoriepapiere vorgewiesen werden, sondern daß wir aktuell in der Lage sind, neue Papiere für die verschiedenen zu führenden Diskussionen zu schreiben).

16 Die Mitarbeiter sind deshalb nicht nur zu Bierzapfern, Plakatklebern, Kassierern usw. auszubilden, sondern auch zu Regisseuren, Dramaturgen, Intendaten (selbst wenn sie nicht so heißen). Überall dort, wo soziokulturelle Zentren überregionale Bedeutung erlangt haben, sind Leute an der Arbeit, die sehr grundsätzliche künstlerische und politische Auffassungen haben, die bestimmte Richtlinien und Ansprüche vorgeben und deren Einhaltung auch kontrollieren.

17 Einerseits ist die ständige Orientierung an den theoretischen Grundprinzipien notwendig, andererseits die Orientierung an den aktuellen Fragen und Problemen der sozialen und kulturellen Bewegung der Gegenwart. Es darf kein bloßes Wiederholen des einmal Eingeübten (nach der Regel „das haben wir immer so gemacht", „da könnte ja jeder kommen") geben. Die Aktiven müssen lebendig bleiben, sich fragen, was im konkreten Augenblick „an der Zeit" ist, müssen sich immer wieder neu einstellen und mit den sozialen und kulturellen Bewegungen mitgehen.

Die Aufgabenstellung des Zentrums ändert sich in bestimmten Zeitverläufen, z.B. waren in den letzten 15 Jahren zu verzeichnen:

- Folkbewegung Anfang bis Mitte der 70er Jahre
- Ausweitung zur „alternativen Szene" ab etwa 1978 („Tunix" Berlin)
- Niedergang der Folkbewegung Ende der 70er Jahre, stattdessen eine neue Liedermacherbewegung mit kommerziellem Erfolg (Wecker, Ambros, Hoffmann, Hirsch), Dialektrock (BAP, Bots, Klaus Lage, Ina Deter)
- New Wave und Punk ab 1980 als Folge der „neuen Armut" bzw. der Jugendarbeitslosigkeit
- Neue Körperlichkeit im Zuge der Frauenbewegung (Tanztheater, körperbetonte Kursarbeit)
- Afrika als neues musikalisches Thema
- Ablösung der Anti-AKW-Thematik durch allgemeine ökologische Fragen
- Indianerthema
- Ausländerthematik (siehe Wallraff-Buch)
- Salsa, Reggae, Tango
- neues Bedürfnis nach Gesellschaftstheorie (Gramsci-Diskussion, Kultur-Diskussion)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

18 Die Tendenz geht dahin, daß die alternativen Kulturzentren immer wieder neue Aufgaben bekommen und daß sich insgesamt die Ansprüche, die an sie gestellt werden, stark erweitern. Sie werden immer stärker als ein Forum einer kritischen Kultur benötigt, von dem Anregungen für notwendige gesellschaftliche Veränderungen ausgehen. Man erwartet von ihnen Anstöße nicht nur bei der abwechslungsreichen Unterhaltung eines Publikums, das weitgehend ohne große Vorbildung neue kulturelle Bedürfnisse entwickelt, sondern auch bei der politischen Bildung dieses neuen Publikums.

Diese gesteigerten Ansprüche müssen sich bei der Konzeptions- und Programmentwicklung und bei der Qualifikation der Mitarbeiter niederschlagen.

19 Man sollte einmal überlegen, ob nicht bei der Namensgebung der Zentren künftig wieder die gemeinten programmatischen Inhalte berücksichtigt werden sollten (z.B. Geschwister-Scholl-Zentrum, Ernst-Bloch-Zentrum, Ossietzki-Haus usw.) statt der (understatementhaften) Anpassung an die vorgegebene frühere geschäftliche bzw. handwerkliche Nutzung des Gebäudes (‚Lagerhalle', ‚Pavillon', ‚E-Werk', ‚Börse' usw.)

Kultur von unten

Entschließung der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften

Red. Heidelberg Die Oppositionszeit macht so manchmal aus einem Saulus einen Paulus. So auch die SPD. Nachfolgend drucken wir die Entschließung der SPD zur „Soziokultur" ab, denn wir halten dieses Papier für überaus wichtig. Es wäre kein gutes Zeichen, wenn diese einmal erreichte Position und Klarheit unbemerkt in der Ablage unserer Parlamentarier verschwinden würde.

ENTSCHLIESSUNG
KULTUR VON UNTEN

Soziokulturelle Zentren und Initiativen eröffnen vor allem jenen Bürgern den Zugang zur Kultur, die von traditionellen Formen der Kultur weit entfernt sind. Die Kultur von unten spiegelt die Vielfalt kultureller Arbeit wieder: Von der Musikgruppenförderung bis zur Pantomime, vom Projekt Dritte Welt bis zur kreativen Arbeit von Jugendlichen oder Ausländern.

Soziokulturelle Arbeit steht im gesellschaftlichen Spannungsfeld und stellt ein erhebliches Innovationspotentail im kulturellen Leben der Gemeinden und ihres Umfeldes dar. Die SPD-Fraktionsvorsitzenden von Bund und Ländern fordern alle SPD-Politiker in den Ländern und Kommunen – und soweit der Bund betroffen ist, auch des Bundes – auf, sich rasch und tatkräftig um öffentliche Anhörungen und öffentliche Förderungen zu bemühen. Die Kultur von unten leistet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Beheimatung der Bürger in Stadtteil, Gemeinde und Stadt wie beispielsweise städtische Bibliotheken, Theater, Museen, Volkshochschulen und auch Sportvereine.

Eine Förderung wäre direkt durch Land und Kommune wie auch teilweise durch Stadtqualitätsprogramme, Zukunftsinvestitions- oder Denkmalschutzprogramme möglich. Außerdem befürworten die SPD-Fraktionsvorsitzenden das Anwachsen des kulturellen Arbeitsmarkts über die Zuschüsse der Länder und Kommunen für den laufenden Betrieb.

Begründung

Die Zeit ist reif für die Anerkennung und Förderung der soziokulturellen Arbeit, nicht nur in den Kommunen, sondern auch durch die Länder. Die Entscheidung für oder gegen eine selbstbestimmte Freizeit fällt nicht nur in Erziehung, Erstausbildung, Weiterbildung oder in der Medienpolitik, sondern auch da, wo derzeit Löcher im kulturellen Netz klaffen: Bei der öffentlichen Förderung der Lesekultur oder der Soziokultur.

Wenn es richtig ist, daß unsere gesellschaftliche Zukunft wesentlich davon abhängt, wie wir unsere Freizeit vorbereiten, darf Kultur beispielsweise weder als Fluchthelfer aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit dienen, noch einer Minderheit vorbehalten sein im Sinne der konservativen Arbeitsteilung, die da lautet: Brot und Spiele für die Mehrheit der Bürger, Kunst und Kultur für eine Minderheit.

Daher ist allen Menschen der Zugang zur Kultur zu eröffnen, zu ihrer ganzen Vielfalt, zu ihren mehr traditionellen oder alternativen Formen. Im Kulturbereich Arbeitsplätze zu schaffen statt abzubauen, ist volkswirtschaftlich allemal leichter bezahlbar auf Dauer als die Folgen gesellschaftlicher Passivität.

Die vielfältigen Warnungen, das Diktat der neuen Medien mit ihrer Reizüberflutung führe zu Abstumpfung und Entmündigung, bedürfen mehrerer politischer Antworten. Eine davon ist die Stärkung einer „Kultur von unten". Diese Kulturarbeit ist im künstlerischen wie gesellschaftlichen Sinne innovativ. Sie öffnet den Weg zu Identität und Ganzheit in einer Welt der Zerstückelung und damit auch zu menschlicher Kommunikation.

Die wachsende Zahl der soziokulturellen Initiativen und Zentren in der Bundesrepublik Deutschland hat in der Regel dieses Selbstverständnis. Bei aller Unvollkommenheit – die nicht zuletzt der fehlenden öffentlichen Förderung und teilweise einer Kulturpolitik der Ausgrenzung entspringt – versuchen sie von diesem Kulturverständnis her zu arbeiten. Gerade dort, wo sie Schwellenängste von Lehrlingen, Arbeitslosen oder Frauen usw. abbauen, die Eigenaktivität der Benutzer wecken und so das Gespräch untereinander fördern, wo sie Konflikte des sozialen Umfelds aufgreifen oder Selbstverwaltung bis hin zu genossenschaftlichen Formen praktizieren, wo sie die aufklärerische Seite der Kunst hervorheben, entdecken Sozialdemokraten wichtige Elemente ihrer eigenen Kulturtradition auch dann, wenn sich Kultur von unten kritisch mit der Arbeit der Sozialdemokratie auseinandersetzt.

Sozialdemokratische Kulturpolitiker fühlen sich der sozio-kulturellen Arbeit verbunden; sie wollen dazu helfen, daß deren Impulse für eine lebendige kulturelle Demokratie zum Tragen kommen.

Nachdem die Sozio-kulturelle Arbeit sich auch unter schwierigen Bedingungen an vielen Orten bewährt hat – zum Teil seit über 15 Jahren – jetzt aber trotz aller Eigenleistungen und bescheidensten Ansprüchen an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten gekommen ist, gilt es, den Kollaps dieser wichtigen Arbeit nicht nur zu verhindern, sondern sozio-kulturelle Initiativen und Zentren zu stärken.

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD in Bund und Ländern reihen sich mit dem Aufruf für die öffentliche Anerkennung und Förderung der „Kultur von unten" in die Reihe der Fürsprecher aus den kommunalen Spitzenverbänden oder des Deutschen Kulturrats ein.

Saarbrücken, den 22.11.85

Baden-Württemberg

Speerspitze der Kultur

Erfolge und Probleme im Theaterhaus in Stuttgart

Red. Heidelberg **Bei der MV des Theaterhauses Anfang Mai 86 in Stuttgart wurde einerseits eine stolze Erfolgsbilanz vorgelegt, andererseits wurden eine Reihe von Problemen diskutiert, die die innere Arbeitsorganisation, die zu hohen Kosten der Einrichtung und das kulturpolitische Selbstverständnis betreffen.**

Zunächst die Erfolgsbilanz: in den letzten 13 Monaten wurden 140.000 Besucher gezählt (1985: 89.000), die 528 Veranstaltungen besuchten, das sind 265 Besucher pro Veranstaltung, die zu 35% nicht aus Stuttgart, sondern aus dem überregionalen Bereich kamen. In den Monaten mit vollem Programm kamen 40.000 Besucher zu durchschnittlich 40 Veranstaltungen. In den 9 Monaten, in denen das Haus 1985 in Betrieb war, wurde ein Umsatz von 1,36 Mill. DM erzielt, wobei in den Ausbau der ehemaligen Fabrik 1,8 Mill. DM investiert wurden. Von den Investitionskosten hat die Stadt Stuttgart 563.000 DM aufgebracht, das Land Baden-Württemberg 300.000 DM und der Theaterhausverein 937.000 DM. Ein Programmzuschuß in Höhe von zweimal 300.000 DM wurde von der Stadt Stuttgart für 1985 gewährt und ist jetzt regelmäßig zu erwarten.

Trotz dieser Zahlen, hinter denen sich ein gewaltiges Maß an unter- und unbezahlter Arbeit der insgesamt 40 Theaterhausmitarbeiter verbirgt (für 1985 wurde die unbezahlt geleistete Arbeit auf 600.000 DM beziffert!), war die Stimmung unter den anwesenden 79 Mitgliedern (von 460) eher verhalten. Der Grund: Mißstimmung unter den Mitarbeitern wegen der beständigen Überforderung und Enttäuschung bei den Finanzverantwortlichen über ein Jahresdefizit von 76.000 DM aus dem Veranstaltungsbereich. Der Versuch, dieses Defizit duch Gelder aus dem Stuttgarter „Kulturpaket" zu decken, war leider gescheitert. Obwohl dieser Abmangel nicht als gravierend eingeschätzt wurde, sondern manchen auch als politisches Druckmittel benutzbar zu sein schien, wurden aus dem Mitgliederkreis viele warnende Stimmen laut. Als gefragt wurde, ob man denn tatsächlich alle Geldquellen ausgeschöpft habe, machte ausgerechnet der grüne Landtagsabgeordnete Rezzo Schlauch den Vorschlag, man solle sich stärker um Gelder von Sponsoren aus der Wirtschaft kümmern. Vom Vorstand wurde stattdessen eine Einschränkung des Programmangebots vorgeschlagen, was wiederum auf wenig Gegenliebe bei den Mitgliedern stieß.

Die Diskussion über diese ökonomischen Fragen ging längere Zeit hin und her, wobei auffällig war, wie unpolitisch von den meisten argumentiert wurde. Von der naheliegenden Notwendigkeit, den vergleichsweise niedrigen Fehlbetrag politisch einzufordern, sprach allein Werner Schretzmeier. Seinen Ausführungen zufolge ist die Zuschußverweigerung allein „politisch" begründet und angesichts der Höhe der Förderung anderer Theatereinrichtungen eine „Provokation". Die beantragten Mittel seien allein deshalb nicht bewilligt worden, weil die Landesregierung das Theaterhaus als „Speerspitze" für andere Einrichtungen ansieht, die ebenfalls eine staatliche Förderung verlangen.

Für einige Aufregung sorgte schließlich der Antrag des Theaterhauskuratoriumsmitglieds Eckard Holler, das Theaterhaus möge sich bereit erklären, für die nächsten zwei Jahre die Geschäftsführung der LAKS Baden-Württemberg übernehmen, da der Club Voltaire Tübingen dazu nicht länger in der Lage sei. Holler erklärte, daß dies auch der Wunsch des Landesverbandes sei, der auf die Unterstützung durch das Theaterhaus große Hoffnungen setze.

Wer erwartet hätte, daß sich das Theaterhaus durch diesen Antrag geehrt fühlen würde, sah sich durch die einhellige, wenngleich unterschiedlich begründete Ablehnung enttäuscht. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß für die Theaterhausleute die Solidarität mit den anderen Einrichtungen zum Fremdwort geworden ist. Die verantwortlichen Theaterhausmacher flüchteten sich in die Behauptung, man habe für diese Arbeit keine Kräfte und keine Räume, und aus Mitgliederkreisen wurde gar davor gewarnt, mit irgendwelchen „okkulten" Vereinigungen zusammenzuarbeiten. Ekke Ensslin rettete schließlich mit dem Alternativantrag, der neue Theaterhausvorstand (der identisch mit dem alten ist) möge die Frage der Zusammenarbeit mit der LAKS Baden-Württemberg klären, die entstandene ungute Situation. Am Rande der Mitgliederversammlung wurde darüber gesprochen, daß das Ministerium für Wissenschaft und Kunst mehrfach mit hohen Geldbeträgen gewunken habe, für den Fall, daß das Theaterhaus aus der LAKS Baden-Württemberg austritt und sich von ihr öffentlich distanziert.

Anmerkung: Die LAKS Baden-Württemberg (= Landesvereinigung der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren) hat derzeit 26 Mitgliedseinrichtungen in allen Landesteilen von Baden-Württemberg und fordert die Bezuschussung der soziokulturellen Zentren aus Landesmitteln. Der jetzige 1. Vorsitzende des Theaterhauses Werner Schretzmeier war von 1982–1983 Mitglied des Sprecherrats der LAKS Baden-Württemberg. Das Theaterhaus Stuttgart wurde am 7.10.1984 als Mitgliedseinrichtung aufgenommen. Im Sprecherrat der LAKS hat seitdem Jack Kurfess mitgearbeitet.

Eckard Holler

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wo Freiheit zur Bedingung wird

10 Jahre Nürtinger Modell einer alternativen Kunstakademie Studenten und Dozenten bauten und finanzierten ihre „Schule"

Red. Kassel **Am 22. Juni 1976 erfolgte der erste „Hammerschlag" für den Aufbau der „Freien Kunstschule Nürtingen". Hammerschlag deshalb, weil es sich nicht – wie üblich – um einen „Spatenstich" handelte, sondern darum, ein bereits seit Jahren zum Abbruch freigegebenes Gebäude zu erhalten und für die Zwecke einer alternativen Kunstakademie auszubauen.**

Der Initiator der „Freien Kunstschule Nürtingen", der Bildhauer Karl-Heinz Türk, wollte mit dem Aufbau einer „Freien Akademie" eine ernstzunehmende Alternative zum staatlichen Schulbetrieb schaffen. Leitprinzip war dabei die größtmögliche Freiheit und Selbstbestimmung der Studenten. Hier knüpfte Türk an die Ideen des kürzlich verstorbenen Joseph Beuys sowie an die Ideen anarchistischer Schulpraxis (siehe CONTRASTE Nr. 20) direkt an.

Wurde im Mai 1977, dem Beginn der Akademietätigkeit, die Freie Kunstschule Nürtingen von 52 Studenten besucht, die von 5 Dozenten ausgebildet wurden, so wuchs bis heute die Zahl der Studenten wie die der Dozenten kontinuierlich an. Etwa 300 Studenten und 20 Dozenten erfüllen die fünf Werkgebäude mit Leben.

Eigenwillig, ja manchmal sogar spannend, verlief der Ausbau von Lehrgebäuden. Wurden die ersten beiden Gebäude noch vom Gemeinderat der schwäbischen Kleinstadt Nürtingen der Kunstschule auf dem üblichen Weg überlassen, so wurde die Villa Otto von Studenten der Kunstschule kurzerhand besetzt und zu Wohn- und Arbeitsräumen ausgebaut. Ein ehemaliger Besetzer erinnert sich: „Die Idee zu diesem Schritt kam vom Oberbürgermeister der Stadt Nürtingen. Wollte er doch, daß ein paar Kunststudenten auf das seit Jahren leerstehende Haus aufpassen sollten. Und aus der Bewachung wurde dann eben eine Besetzung."

Dramatischer ging es auch um die Farbrik Melchior zu, der ältesten Strickwarenfabrik in Württemberg. Der Gemeinderat beschloß, den Fabrikkomlex abzureißen. So rollten im Frühjahr 1981 die ersten Abrißbagger auf das Gebäude los, das innerhalb weniger Tage auf die Hälfte reduziert wurde. Während der Abbrucharbeiten konnte die Akademie den Gemeinderat noch überzeugen, daß die Kunstschulinitiative stark genug ist, das noch stehengebliebene Gebäude zu renovieren. Heute ist der ehemalige Maschinensaal eine bedeutende Privatgalerie, die zu den größten in Süddeutschland zählt.

Ziel der Schule ist es, einen Beitrag zu einer „tätigen Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse" zu leisten. Dem Künstler, der jenseits wissenschaftlicher Vereinzelung und Atomisierung, immer schon einen ganzheitlichen Ansatz wahrnimmt, kommt nach Ansicht der Schulleitung ein wesentlicher Beitrag für eine positive Neugestaltung zu.

Von zentraler Bedeutung für die Akademie ist „die Bildung der Persönlichkeit" für eine basisbestimmte neue Gesellschaft. Der Studierende organisiert seinen Lernbereich selbst, er stellt sich die Aufgaben und setzt diese in die künstlerische Praxis um. Insofern ist die Freie Kunstschule Nürtingen ein Ort, in dem Selbstverwaltung und Selbstbestimmung gelernt und gelehrt werden.

So ist auch der Einfluß der Studenten und Dozenten am Schulgeschehen bei weitem größer als in staatlichen Unis. Zwar wird dadurch eine organisatorische Diffusität erzeugt, bei der die Verbindlichkeit oftmals in Frage gestellt wird. Jedoch ist dieser von den angehenden Künstlern zu zahlende Preis im Verhältnis zu dem dafür erreichten Maß an Selbstbestimmung und Freiheit gering.

Das Angebot der freien Akademie ist umfangreich: Ausgehend von Bildhauerei, Malerei, Graphik und Kunstgeschichte kamen mit der Zeit die Fachrichtungen Keramik, Weben, Drucktechniken und Kunsttherapie dazu.

Heute kann das Modell „Freie Kunstschule Nürtingen" nach 10-jährigem Bestehen durchaus mit staatlichen und staatsbezuschußten Universitäten in Qualität und Vielfalt konkurrieren. Zu wünschen bleibt, daß die Studiengebühr, die die Studierenden aufbringen müssen, ein Pfand dafür darstellt, daß neue Ideen jenseits staatlicher Praxis weiterentwickelt und umgesetzt werden können.

Gunar Seitz

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß.
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 1/85) ist über die Vertriebsanschrift zu erhalten.

Redaktionen:

Bremen
Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, 2800 Bremen 1
Tel. (0421) 7 20 93

Berlin
STATTwerke e.V., c/o Michael Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: (030) 6 11 59 04

Frankfurt
blätterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Kultur:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel.: (0 70 71) 5 15 24

Robert F. Mayer
Riedmühle
Riedmühle 1
6445 Alheim
Tel. (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg (Bremen), Michael Makowski (Berlin), Chris (Krebsmühlendruckerei), Gunar Seitz (Riedmühle), Peter Tejkl, Dieter Poschen (Heidelberg), Eckard Holler (Tübingen) Burkhard Flieger (Freiburg), Jutta Gelbrich (Ökobank-Verein)

Herstellung
Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Druck
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main 11

Vertrieb
Bärbel Delto, c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (0 61 71) 7 30 16

Konto
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr.: 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Kleinanzeigen:
Zünd-Satz GbR, Postfach 10 4520, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

Anzeigen:
Kerstin Schmidt, Bärbel Delto, ASH-Krebsmühle, 637 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 30 16

Nordrhein-Westfalen

Stellungnahme

Betr.: CONTRASTE Nr. 19 – „Vom Sondertopf zum Eintopf"

Red. Frankfurt **In CONTRASTE Nr. 19 vom April 1986, S. 13, befaßte sich Ursula Brockner vom Netzwerk Köln unter der Überschrift „Vom Sondertopf zum Eintopf" mit den geplanten „Fördermaßnahmen für erwerbswirtschaftliche Beschäftigungsinitiativen" in NRW. Im Februar dieses Jahres wurden die drei neugeplanten Haushaltstitel auf einer SPD-Tagung vorgestellt.**

Der Pressereferent des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Ewald B. Schulte, schickte nun einige Anmerkungen zu diesem Artikel, die wir im folgenden veröffentlichen. Dazu schickte er in der Anlage noch eine ausführliche Beschreibung der vorgesehenen neuen Haushaltstitel, die wir jedoch aus Platzmangel nicht abdrucken können.

Sollte dennoch Interesse an dieser Beschreibung bestehen, so möchten wir darum bitten, sich direkt an folgende Adresse zu wenden:
Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Haroldstraße 4; 4000 Düsseldorf 1; MR Hennings, tel.: 0211/837-2487 oder bei Frauenprojekten RRin Dr. Knapp, tel.: 0221/837-2331.

„Mit Blick auf den Artikel „Vom Sondertopf zum Eintopf"" in der April-Ausgabe von CONTRASTE darf ich folgendes anmerken:

– Die Vermutung die „Modellförderung neuartiger erwerbswirtschaftlicher Unternehmensgründungen" sei auf ein bestimmtes „Modell" zugeschnitten und bereits vergeben worden, ist unzutreffend.
– Sachlich unzutreffend sind auch die Hinweise auf den Nachtragshaushalt bei der „Modellförderung" und dem „Landeskreditprogramm". Tatsächlich war in dem Vortrag in Freudenberg, auf den sich die Ausführungen von Fr. Brockner stützen, von Baransätzen und Verpflichtungsermächtigungen gesprochen worden. Die Verpflichtungsermächtigungen erlauben das Eingehen von Verpflichtungen in diesem Jahr im Vorgriff auf spätere Haushaltsjahre, in diesem Fall auf 1987.
Konkret kann damit in 1986 eine Bewilligung für ein zu förderndes Projekt für bis zu zwei Jahre ausgesprochen werden.
– Zum Begriff „erwerbswirtschaftliche Beschäftigungsinitiative" und zur Wahl gerade dieser Zielgruppe ist darauf hinzuweisen, daß es dem Wirtschaftsminister bei seinen Fördermaßnahmen vor allem auch um die Schaffung stabiler und tragfähiger Arbeitsplätze als Beitrag zur Behauptung der unverträglich hohen Arbeitslosigkeit geht. Dies liegt – davon gehe ich aus – auch im Interesse der geförderten Initiativen selber, unabhängig von deren zum Teil sehr unterschiedlichen Zielsetzungen.
Die Verfasserin weist selbst auf den „Begriffswirrwarr" hin, der in diesem Bereich herrscht, wobei noch die Entwicklungsdynamik, der die Zielsetzungen und Strukturen der Initiative vielfach unterliegen, hinzukommen. Das erschwert eine eindeutige Zielgruppendefinition.
Durch den sehr weit gefaßten Begriff der „erwerbswirtschaftlichen Beschäftigungsinitiative" müßte sichergestellt sein, daß niemand von den Fördermöglichkeiten ausgeschlossen wird, der prinzipiell zur Zielgruppe gehört, möglicherweise jedoch diesem oder jenem Kriterium nicht voll entspricht.

Mit dem Kreditprogramm, wie mit den anderen Programmen, wird Neuland betreten. Es wird deshalb zunächst darum gehen, Erfahrungen zu sammeln. Insoweit sind die Programme offen für sich als notwendig erweisende Korrekturen und Änderungen.

Mit freundlichen Grüßen,
Ewald B. Schulte
Düsseldorf, den 13.5.86

Beratungsgesellschaft für Beschäftigungsinitiativen

Red. Frankfurt **Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen wird, erstmalig in der Bundesrepublik, Mitte dieses Jahres eine Beratungsgesellschaft für örtliche Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen einrichten (der vollständige Name wird lauten: „Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen").**

Unter dem vom Rat der Europäischen Gemeinschaft in seiner Entschließung vom 7. Juni 1984 geprägten Begriff der „örtlichen Beschäftigungsinitiativen" werden, auf die Bundesrepublik bezogen, im wesentlichen verstanden:

1. Beschäftigungsinitiativen, die mit Hilfe öffentlicher Mittel, die sonst für die Finanzierung von Arbeitslosengeld eingesetzt werden müßten, Arbeitslosen eine befristete produktive und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung ermöglichen. Bekannt sind solche Beschäftigungsinitiativen auch unter dem Begriff des „2. Arbeitsmarkt".
2. Erwerbswirtschaftliche Beschäftigungsinitiativen im Produktions- und Dienstleistungsbereich, die – zumeist in der Form der Selbstverwaltung – bei ihrer Tätigkeit von ihrem Anspruch her wirtschaftliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte zu verknüpfen suchen. Hierunter fallen vor allem alternativ-ökonomische Betriebe.

Das Angebot der Beratungsgesellschaft richtet sich darüber hinaus an Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeeinrichtungen und selbst organisierte Projekte im freigemeinnützigen Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich. Beraten und gefördert werden können somit auch sogenannte „alternative Sozialprojekte". Von den bis zu elf hauptamtlichen Fachberatern der Gesellschaft sollen folgende Aufgaben wahrgenommen werden:

a) Die Beratung in Fragen der Kostenrechnung, Kostenplanung, des Rechnungs- und Belegwesens, der Absatz- und Vertriebsplanung, der Organisation und Technik und der Finanzplanung einschließlich der Erschließung von Förderprogrammen.
b) die Entwicklung und Umsetzung von Weiterbildungsangeboten für Mitarbeiter in örtlichen Beschäftigungsinitiativen,
c) die Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Beantragung öffentlicher Mittel (sofern dies von Beschäftigungsinitiativen gewünscht wird),
d) die Beratung der Landesregierung bei der Entwicklung und Umsetzung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Programme.

Sitz der landeseigenen Gesellschaft wird die ehemalige Feuerwache der Zeche Prosper I in Bottrop sein.

Nach Meinung der Landesregierung ist eine qualifizierte Beratung nur auf der Grundlage der Kenntnis regionaler und örtlicher Bedingungen möglich; daher ist bereits bestehenden freigemeinnützigen Beschäftigungsinitiativen und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege sowie dem NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation ein Personalkostenzuschuß für die Beschäftigung einiger Berater bewilligt worden. Diese „Projektentwickler" sollen mit der Beratungsgesellschaft eng zusammenarbeiten und als örtliche Ansprechpartner fungieren. Darüber hinaus wird die Möglichkeit der Bezuschussung der Beratungsleistungen freier Berater zur Existenzgründung und Existenzfestigung und dauerhaften wirtschaftlichen Stabilisierung erwerbswirtschaftlicher Beschäftigungsinitiativen geschaffen.

Die Beratungsgesellschaft wie auch die übrigen Beratungshilfen sind Bestandteil des „Konzeptes der Landesregierung zur Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen", das darüberhinaus auch Finanzierungshilfen vorsieht.

Mathias Redders

6. Folge

Kollektiv & Recht

Wirtschaftstätigkeit im eingetragenen Verein

Die Rechtsform Verein ist eigentlich nicht für wirtschaftliche Tätigkeiten gedacht. Im „normalen" eingetragenen Verein (e.V.) dürfen sie nur untergeordnete Bedeutung haben. Und als Wirtschaftlicher Verein (§ 22 BGB) wird nur anerkannt, wer auf keine der übrigen zur Verfügung stehenden Rechtsformen verwiesen werden kann.

Gewerbliche, handwerkliche oder sonstige planmäßige unternehmerische Tätigkeiten dürfen also innerhalb des e.V. nur unter bestimmten Voraussetzungen entfaltet werden.

Die Rechtsform des e.V. ist für die Verfolgung ideeller Ziele gedacht. Im Vordergrund der Vereinsarbeit müssen also – sowohl nach der Satzung als auch nach den tatsächlichen Aktivitäten – z.B. kulturelle, politische, gesellige oder auch gemeinnützige Ziele stehen. Die Wirtschaftstätigkeit darf stattfinden, solange dies nicht um ihrer selbst willen, sondern zur unmittelbaren oder mittelbaren Unterstützung der der ideellen Zielverwirklichung geschieht. Die wirtschaftliche Tätigkeit muß dem ideellen Hauptzweck funktional untergeordnet bleiben.

Dieses Wort „funktional" ist bei genauer Betrachtung sehr bedeutsam: Auf die Größenordnung der Umsätze im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb kommt es nämlich nicht an, sondern allein darauf, ob sie in ihrer Gesamtheit wenigstens mittelbar der Verfolgung des ideellen Vereinszwecks dienen – und sei es, daß sie dazu verhelfen sollen, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Beim gemeinnützigen Verein verlaufen die Grenzen zulässiger Wirtschaftstätigkeit genau gleich. Anders sieht es allerdings aus, wenn auch der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb an der Steuerbegünstigung teilnehmen soll.

Wenn und soweit eine Wirtschaftstätigkeit nämlich unmittelbar und unbedingt erforderlich ist, um die gemeinnützigen Vereinszwecke zu erreichen, ist auch der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb selbst gemeinnützig. Er wird dann Zweckbetrieb genannt.

Zu beachten ist, daß für mache Arten von Zweckbetrieben Überschußgrenzen gelten (§ 68 Nr. 7 Abgabenordnung). Außerdem gilt für Zweckbetriebe ein Wettbewerbsverbot: Sie dürfen zu nicht-steuerbegünstigten Betrieben gleicher oder ähnlicher Art nur in dem Umfang in Wettbewerb treten, in dem es unvermeidbar ist.

Für alle wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe und Zweckbetriebe von Vereinen gilt: Ihre Einnahmen und Ausgaben sind getrennt von den übrigen Einnahmen und Ausgaben des Vereins aufzuzeichnen.

Eine Klarstellung ist noch besonders wichtig: Wenn die Zulässigkeit von wirtschaftlichen Aktivitäten geklärt ist oder wenn ein Verein als gemeinnützig anerkannt worden ist, so besagt dies noch nichts darüber, ob andere Hürden überwindbar sind. Sämtliche anderen Anzeigepflichten, Genehmigungserfordernisse usw. bestehen für Geschäftsbetriebe ideeller Vereine ebenso wie für andere Betreiber. Cafés und Gaststätten brauchen also die erforderliche Konzession; Handwerksbetriebe brauchen ihren Meister und die Eintragung in die Handwerksrolle; handwerksähnliche Betriebe sind gegenüber der Handwerkskammer anzuzeigen usw. usf. ...

Gertrud Janzer-Betzbach
Red. Bremen

Ich frage mich wirklich, was sich der eine oder andere Redakteur beim Abtippen seines Manuskripts denkt? Vielleicht kann man den Text auch mal spiegelverkehrt, senkrecht oder rückwärts schreiben? Der Setzer

Frieden in der Ökobank

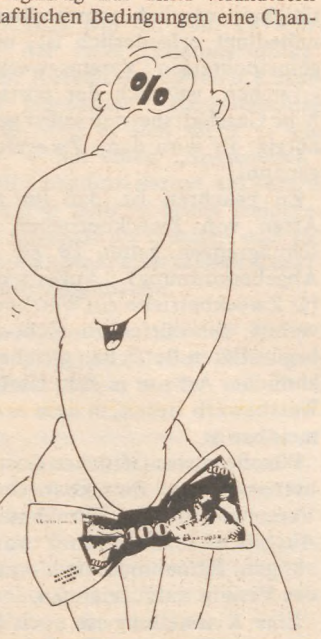
Keine Panik! Diese Überschrift bezieht sich nicht auf eine völlig neue Form des Umgangs der Vereinsmitglieder miteinander – Stammtischpolitiker vom Range eines Michael Raetsch oder Michael Makowski werden also auch weiterhin genügend Anlässe finden, um ihre gesellschaftspolitisch so bedeutenden Tratsch- und Klatschanalysen aus dem Leben des Ökobankvereins vom Stapel zu lassen – nein, mit ‚Frieden in der Ökobank' überschreiben die Autoren des bayer. Landesverbandes ihre kritische Frage nach den politischen Perspektiven der Friedensbewegung innerhalb der zukünftigen Ökobankpraxis. Sie plädieren für ein Festhalten an der „anfänglichen politischen Perspektive ‚Systemschwächung durch massiven Geldentzug'".
Ob diese Perspektive realistisch ist, diese Frage wirft Siegfried H. Schwenke vom Berliner Landesverband in seinem Beitrag über die möglichen monetären Auswirkungen einer solchen Praxis.

Der Frieden in der Ökobank

In der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte gab es nur wenige außerparlamentarische Oppositionsbewegungen, von denen man sich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen hätte erwarten können. Einen Höhepunkt bildeten die Protestbewegungen gegen den Vietnam-Krieg. Die 68-iger Ergebnisse sind allgemein bekannt.

Eine weitere große Bewegung entstand mit dem Problem zunehmender Umweltverschmutzung. Die GRÜNE Partei kam. Ihre Anhänger waren zwar ähnlich wie die außerparlamentarisch Oppositionellen mit den etablierten Parteien unzufrieden, aber sie richteten den Schwerpunkt ihrer Arbeit hauptsächlich auf das Ökologie-Problem. Der eigentliche Verursacher von Dreck und Pestiziden, das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine tragenden Institutionen, wurde in den konkreten Tageskämpfen fast vergessen. So kam es im wirtschaftlichen Bereich bislang durch die Grünen zu keinen gravierenden Veränderungen. Eher geeignet waren die im gesamten Bundesgebiet entstehenden Netzwerke.

Aber erst die Idee des Friedens wurde wieder zu der außerparlamentarischen Kraft, die Massen ergriff. Überall bildeten sich Friedensinitiativen. Die Ergebnisse sind auch bekannt. In dieser Zeit – 1983/84 – begann man sich wieder grundlegendere Gedanken zu machen. Dabei spielte die Kritik am Kapital und am Kapitalismus, also einer ausschließlich auf Kapitalverwertungsinteressen beruhende Wirtschaftsform, eine zunehmende Rolle. Die Sicherung des Friedens kann langfristig nur unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen eine Chance haben. Da Rüstungsindustrie und Großbanken in einem Filz stecken, wurde allen schnell klar, was man neben Großdemos, Friedensketten und Blockaden noch machen muß. Es war von einer FRIEDENSBANK die Rede. Da sollten doch die vielen Demonstranten zumindest das eigene Geld nicht mehr gedankenlos den Großbanken überlassen.



In München gründete sich die Bankinitiative für Frieden und Ökologie. Auch der Ökobank-Verein begann bald seine Arbeit. Das heißt – Friedensbewegung und die Idee einer alternativ-linken Bankgründung gehören zumindest für die Zeit 1983/84 zusammen.

Während innerhalb der Ökobank sehr schnell pragmatische Zwänge die Richtung bestimmten und die Entwicklung zügig voran kam, begann nach der Stationierung der Elan der Friedensbewegten scheinbar zu schwinden. Daß die Friedensbewegung nach wie vor eine zuverlässige und schnell zu reorganisierende Kraft darstellt, hat wohl der Osterprotest in Wackersdorf eindrucksvoll bewiesen.

Was heißt das konkret für das Verhältnis Ökobank – Friedensbewegung? Das heißt erst einmal, daß viele Treugeldzahler aus den Reihen der Friedensbewegung kommen. Daß also ihr Anteil am Zustandekommen der Ökobank von grundlegender Bedeutung ist. Daher muß die Ökobank Modelle einer echten Friedenswirtschaft entwickeln. Nur so kann die durch eventuellen Rüstungsabbau entstehende Massenarbeitslosigkeit bewältigt werden.

Nach dem K. Bergmann-Beitrag in CONTRASTE meldeten sich zahlreiche Stimmen, ob denn die Richtung, in der nach Bergmanns Vorstellungen die Ökobank soll, mit den Interessen vieler anfänglicher Treugeldgeber noch übereinstimmt. Die Idee einer Systemschwächung durch massiven Geldentzug ist Vorstellungen einer sich bildenden Selbstverwaltungslobby gewichen. Es sind sich Friedenbewegung und Selbstverwaltung wohl darin einig, daß erst durch die Beseitigung bestehender Produktionsverhältnisse Chancen für Frieden und humanere Arbeitsbedingungen geschaffen werden können.

Die Friedensbewegung ist aus dem Konzept der Ökobank nicht wegzupragmatisieren. Deshalb soll das Papier auch ein Appel an all diejenigen sein, die die Interessen der Friedensbewegung in der Ökobank besser vertreten haben möchten. Es ist ein Unding, daß der derzeitige Aufsichtsrat der Vorgenossenschaft zu 2/3 aus Vertretern der Selbstverwaltung besteht. Bei der Erweiterung des Aufsichtsrates ist auf eine paritätischere Besetzung zu achten.

Die Friedensbewegung und auch andere Gruppen stehen vor einem schweren Problem. Ihre engagierten Vertreter sind zwar bereit, Treugelder zu zahlen und später auch ihre Sparguthaben der Ökobank anzuvertrauen, aber wie soll die Bank konkret ‚Frieden' fördern. Da hat es die Selbstverwaltung einfach leichter, weil der Bedarf nach Geld hier evident ist, was sich auch durch das starke Engagement ihrer Vertreter zeigt. Ein daraus entstehender Konflikt muß jetzt durch klare Stellungsnahmen seitens des Vereins beseitigt werden. Der Verein muß öffentlich erklären, ob er an der anfänglichen politischen Perspektive ‚Systemschwächung durch massiven Geldentzug' festhält. Im Zusammenhang mit der Friedensbewegung heißt das, daß die Ökobank nach wie vor die Bank ist, der die Menschen aus der Friedensbewegung ihr Geld anvertrauen werden. Geht die Ökobank aber den Weg, der aus dem Bergmann-Beitrag ablesbar ist, dann ist die Ökobank perspektivisch die in der Tat sinnvolle Hausbank einer sich hoffentlich auch in größeren Betrieben durchsetzenden Selbstverwaltungswirtschaft. Worauf sich das ÖKO im Vornamen bezieht, bleibt mehrdeutig. Aber es wurde unfair und leichtfertig damit geworben. Wenn nicht getäuscht. Oder trittbrettgefahren. Um es klar zu sagen: die Selbstverwaltung ist so wichtig wie die Ökobank. Bei einer einseitigen Ausrichtung geht aber die politische Dimension des Projekts verloren. Um diesen Prozeß zu verhindern, müssen jetzt die Weichen gestellt werden. Es geht nicht, wenn z.B. Vorstandsmitglieder des Vereins das Ende von Netzwerk proklamieren. Netzwerk ist tot – es lebe die Ökobank.

Wir Ökobanker müssen uns schon fragen lassen, warum wir uns mit der Geldsammelei so schwer tun (da wären doch 100.000 in Wackersdorf). Unsere Hoffnung: Gesellschaftveränderung hat viel mit der Veränderung von Eigentumsverhältnissen zu tun. Passen wir auf, daß nicht eine Gruppe eines Tages die Ökobank wie ihr Eigentum behandelt.

Reinhard Böttger
Hans-Jürgen Kühn
Wolfgang Stallbaum

"Ich würde gerne bei der Ökobank arbeiten"

Systemschwächung durch massiven Geldentzug?

Aus bayerischen Ökobankkreisen bekamen wir so verdächtig ungereimtes zu hören, daß sich sogar Rudi Ratlos zu einem Kommentar veranlaßt sah. Nachdem er dabei dem bayerischen Wirrwar noch seinen eigenen und den der Zeitungskribbler und Hochschulökonomen hinzufügte, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, dem Leserpublikum neue Höhepunkte zwischen monetärer Illumination und bankwissenschaftlichem Bankrott vermitteln.

Die „Bayern" schrieben also: „Insgesamt käme das **Sparkapital** in der Bundesrepublik auf 600 Milliarden Mark. Nimmt man die **Gelder** von 5 bis 10% Umweltschützern und sonst alternativ Angehauchten heraus, dann ergäbe das für die Ökobank 30 bis 60 Milliarden **Spargelder**", die so dem System entzogen und zu einer Schwächung führen würden. Diese Schlußfolgerung scheint mir denn doch sehr verwegen und sie ist offensichtlich das Ergebnis einer weitergehenden Begriffsverwirrung.

Da werden Terminforderungen als Sparkapital, Gelder und Spargelder bezeichnet. Das aber ist dreifacher Unsinn. Geld ist unter Umständen sofort fällig. Mit Banknoten kann ich sofort in Ladengeschäften einkaufen, mit Sichtguthaben kann ich sofort Überweisungen anordnen (wenn die auch durch technische Mängel und bewußte Verzögerungen der Banken ein paar Tage brauchen, bis sie als Gutschrift bei dem Empfänger wieder auftauchen). Zudem versprechen die Sicht(!)-Guthaben, vollständig in Banknoten ausgezahlt zu werden – und zwar sofort. Das ist gefährlicher Unsinn, weil dieses so umfassende Versprechen nur so lange gehalten werden kann, wie es von den Kontoinhabern nicht geltend gemacht wird (normalerweise haben die Banken etwa 5% der Sichtguthaben in Banknoten vorrätig). Trotzdem bleibt das Sichtguthaben auch ohne Einlösungsversprechen in Währungsgut (heute: Zentralbanknoten) eine sofort fällige Forderung: Die Schuldner der Bank müssen es jederzeit zum Nennwert annehmen.

Fortsetzung Seite 9

Treugeldstand per 20.05.1986		**4.185.900,59 DM**
Treugeldgeber		**9.323**
Vereinsmitglieder		**2.339**
Nach Regionen		
Land	**Mitglieder (22.05.)**	**Treugeld per 20.05.**
Nordrhein-Westfalen	488	763.837.66 DM
Baden-Württemberg	477	947.753,33 DM
Hessen	410	689.275,10 DM
Bayern	251	559.360.00 DM
Bremen/Niedersachsen	227	383.581.00 DM
Berlin	156	249.240.00 DM
Schleswig-Holstein	115	231.320.00 DM
Hamburg	96	159.636,50 DM
Rheinland-Pfalz	86	163.800,00 DM
Saarland	12	26.800,00 DM
Ausland	15	15.297,00 DM

Treugeldkonto: Postgiroamt Frankfurt/Main Konto-Nr. 4151 75–609 (Anteil Startkapital Ökobank)

Termine

Lübeck
Jeden 1. und 3. Montag im Monat Ökobank-Vereinstreffen im Zentrum, Raum 102, Mengstr. 43, von 18 bis 20 Uhr (nächstes Treffen am 14. Juni)

Regionaltreffen Südhessen
15. Juni 1986; 16 Uhr, Jugendhof Bessunger Forst, Aschaffenburger Straße 185, 6101 Roßdorf
Kontakt: Klaus Arons, Walter-Rietig Straße 20, 6070 Langen

Abschied vom Kollektiv-Mythos

Red. Berlin Ob bei Verhandlungen über Staatsknete, ob bei der Konstituierung von Verbänden und Verbünden, immer dann, wenn sich Selbstverwalter/innen bemühen, sich selbst zu definieren, taucht es auf: das Problem der Abgrenzung. Was ist ein selbstverwalteter Betrieb und was ist er nicht. Für die einen zeichnen sich selbstverwaltete Betriebe dadurch aus, daß sie an der Rotation festhalten, andere heben die Entlohnung hervor. Wobei die Entlohnungsfraktion sich spaltet in Einheitslohndogmatiker und Ertragslohnpropagandisten. Wieder andere setzen auf die Kapitalneutralisierung als neue Qualität der Eigentumsverfügung und als eigentliche strukturelle Innovation. Für eine andere Gruppe sind richtige Kollektive nur solche mit hehren politischen Ansprüchen und schließlich für eine letzte – hier zu nennende Gruppe – entfaltet sich wahrer Kollektivgeist nur im „zusammen-leben-und-arbeiten", im Kommunegedanken.

Anders ausgedrückt, sieht der deutsche Muster-Selbstverwaltungsbetrieb so aus: Die Arbeit wird rotierend erledigt, das Kapital ist neutralisiert, der Lohn wird nach einem komplizierten Einheits-Ertragslohn-Prinzip gezahlt. Der Betrieb ist aktiv in diversen Verbänden, Verbünden u.ä., bzw. an allen entscheidenden politischen Initiativen in der Stadt oder der Region beteiligt. Schließlich arbeitet man/frau nicht nur zusammen, sondern wohnt auch zusammen.

Doch es sei jede/r gewarnt, nach diesem Kriterienkatalog die Kollektivbetriebe in diesem unserem Land zu zählen. Es bleiben verdammt wenig übrig. Werden noch die Kriterien „ökologische Verträglichkeit" und „gesellschaftliche Nützlichkeit" ergänzt, dann dürften alle Betriebe ausgesiebt sein. Natürlich hat sich noch niemand hingestellt, die Selbstverwaltungswirtschaft so zu definieren. Wir sind uns alle einig, daß wir uns in einem Prozeß befinden, in dem sich eine Menge Selbstverwaltungsbetriebe auf ein derartiges Ziel hinbewegen.

Dennoch scheint bei vielen Vertretern der Selbstverwaltungsszene – gerade bei denen, die diese Vertretung halbprofessionell machen – der Anspruch mitzuschwingen, auf das eine oder andere Kriterium besonders stark zu setzen und bei Nichterfüllung auszugrenzen. So hört man/frau nicht selten, daß Kollektive, die sich um politische Zusammenhänge nicht kümmern, eh zu vergessen seien, oder daß bei Nichtbeachtung des Einheitslohnprinzips der Klein-Unternehmer durchschimmert.

Ich finde diese Tendenz sehr sektiererisch. Eine so kleine Gruppe wie die Selbstverwalter, kann es sich eigentlich nicht leisten, ständig ab- und auszugrenzen. Klar, es gibt gewisse Essentials, die das gleiche Entscheidungsrecht für alle Betriebsmitglieder oder den kooperativen Ansatz haben, was immer das auch sein mag. Aber es gibt immer auch eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten. Die Arbeitsorganisation, das Lohnsystem, das Informationssystem, das soziale Betriebssystem und andere Systeme sind vielfältig variierbar innerhalb eines Selbstverwaltungsunternehmens.

Ich denke, wenn wir tatsächlich im Kopf haben, so etwas, wie eine wirtschaftliche und politische Kraft zu werden, dann müssen wir uns über die kleinkrämerischen Selbstverwaltungsmaßstäbe hinwegsetzen. Zum kooperativen Unternehmenssektor gehören Belegschaftsbetriebe mit gewählter Geschäftsführung dazu, wie auch Zusammenschlüsse freiwerkelnder Handwerker, Freiberufler- und Forscherteams genauso wie vom Sozialarbeiter betreute Jugendkollektive.

Im Grund gehören alle dazu, die
- gleiche Entscheidungsrechte für alle gewähren;
- der Hierarchisierung entgegenwirken;
- die gesellschaftsspezifische Arbeitsteilung abbauen;
- keine Ausbeutung betreiben

und die das nachprüfbar tun. Ob dann die Lohnfrage nach der reinen Lehre gelöst wurde oder nicht alle in der Betriebs-WG wohnen oder vielleicht das Kapital nicht neutralisiert ist, ist dann eher zweitrangig. Auch wäre es sicherlich von Vorteil, hier und da auch mit traditionellen Kleinunternehmen zu kooperieren, so diese sich offen für oben genannte Ziele zeigen.

Das hat natürlich auch was mit Verflachung der Selbstverwaltungsidee zu tun. Mehr und mehr solcher Betriebe werden unpolitisch ihrer Arbeit nachgehen, es werden nicht nur informelle Hierarchien akzeptiert, sondern auch – in Grenzen – formale (Beispiel: gewählte Geschäftsführung bei Belegschaftsbetrieben) geduldet. Der Hauch von Avantgarde geht verloren. So mancher 68er und mancher 78er wird beim Anblick eines selbstverwalteten Betriebes der neuen Generation das kalte Grausen kriegen. Und die Gefahr, daß die Grenzen zum traditionellen Bereich nun völlig verschwimmen, wird dadurch größer.

Doch auch die hier angeführten „Minimalkriterien" sind nicht optimal. Das sinnvollste ist wohl, kleine überschaubare Netze zu bilden. Dort können eigene Kriterien entwickelt werden. Es spricht nichts dagegen, auch traditionelle Kleinbetriebe mit zu vernetzen, wenn dadurch eine innerbetriebliche Demokratisierung in diesen Betrieben eingeleitet wird. Wahrscheinlich wird auch so mancher unpolitische Betrieb im Verbund mit anderen sich viel eher an politischen Initiativen beteiligen. Damit das alles nicht total zerfasert, sollten die Netze sich wiederum zusammenschließen – meinetwegen zu einem Regionalverband –, der seinerseits bundesweit eingebunden ist. Über diese Organisationsweise haben wir die Kriteriendiskussion vom Tisch. Das entwickelt sich ganz organisch von unten nach oben, vorausgesetzt, die Autonomie der lokalen und regionalen Netze wird toleriert. Schließlich wissen die „unten" am besten, mit wem sie „netzen" wollen und mit wem nicht. Betriebe, denen die Ansprüche eines Netzes zu hoch sind, gehen zu einem anderen.

Und für uns, die selbsternannten „Szenevertreter" gilt: keine moralischen Entscheidungen zu treffen, was nun richtig selbstverwaltet ist und wahrhaft kollektiv ist. Wer für die Szene sprechen will, muß alle Ansätze akzeptieren und kann im übrigen eh nur für sich sprechen. Dies wird dann sehr schmerzlich, wenn die eigenen politischen Ansprüche sich kaum in der Realität wiederfinden. Aber die kooperative Szene ist keine Religionsgemeinschaft, in der alle auf eine gemeinsame Bibel eingeschworen werden. Wir haben ein gemeinsames Ideal – die Selbstverwaltung –, mehr nicht. Was wir damit verbinden und was wir daraus machen, muß jedem Betrieb selbst überlassen bleiben.

Das bedeutet, Abschied von der reinen Lehre, aber auch Abschied von teilweise elitären Ansprüchen, der die Chance beinhaltet, daß auch breite Bevölkerungskreise sich mit dem Selbstverwaltungsgedanken vertraut machen – und nicht nur die politisch motivierten.

Michael Makowski

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 8

Mit anderen Worten: Für 100 DM Sichtguthaben, die mir nicht in Banknoten eingelöst werden können, müßte die Bank mir aber einen Schuldner zeigen können, der bei mir noch mindestens 100 DM Schulden hat (sofort oder kurzfristig fällig). Er muß eine Überweisung von 100 DM meiner Sichtguthaben sofort und unterschiedslos zur Banknote annehmen, er kann seinen eigenen Schuldschein weder zurückweisen noch als unterwertig zu einem Kurs unter pari annehmen.

Sichtguthaben, die nicht jederzeit in Banknoten einlösbar sind, verbietet die BRD ihren Untertanen. Die Banknoten selbst sind gestückelte und typisierte Wechsel und in dem Ausmaß, in dem sich die Emissionsstelle auch daran hält, können sie erfolgreich die Produkte der Wechselschuldner umsetzen.

Wenn die Banknoten allgemeinen Zwangskurs haben (in Deutschland seit 1.1.1910) dann funktionieren sie in folgendem Punkt wie die Goldmünzen bei Goldwährung: Sie müssen von allen im Währungsgebiet immer als Zahlungsmittel angenommen werden (Annahmezwang) und das immer zum Nennwert (Zwangswert). Zwangskurs im Sinne von Annahmezwang und Zwangswert für Banknoten oder andere Forderungen führen zu einem „Papiergold aufgrund staatlichen Befehls". Die Banknote ist damit Währungsgut und hat keinen Preis mehr (oder habt Ihr schon mal einen „Hunderter" für weniger als „Hundert" angeboten gesehen?). Weil die Banknote aber immer eine Forderung bleibt, wäre es auch so wichtig, daß sie einen Preis hat, damit dieser, der Kurs, schlimmstenfalls bis auf 0 hinabstürzen kann, wenn die Forderung „faul" ist. Weil das bei **Zwangskurs** (und nur dann!) **nicht** mehr geht, kann man theoretisch jeden Mist zur Unterlage der Banknotenemission machen. Da haben wir das Kriegsfinanzierungssystem des 20. Jahrhunderts, die Notenpresse, die die bayerischen Friedensfreunde anscheinend durch sogenannten ‚massiven Geldentzug' zum Stillstand bringen wollen.

Die einzige Möglichkeit des Publikums, auf faule Forderungen mit Zwangskurs zu reagieren, ist die Preiserhöhung. Die Schuldner der Zwangskursforderungen brauchen aber gar nicht völlig lieferunfähig sein. Es genügt bereits, wenn sie erst in der Zukunft liefern können, um eine Inflation zu bewerkstelligen. Inflation ist die Vermehrung der Zwangskursforderungen über den Betrag hinaus, den der Verkehr ohne Zwangskurs noch zu pari mit dem Währungsgut (= Zwangskursgeld) aufgenommen hätte. Preisniveauerhöhungen sind erst die Folge. Der Zwangskurs für Forderungen begünstigt die Verwechslung von sofort fälligen mit später fälligen Forderungen ganz erheblich, sowie überhaupt eine Forderung ohne Preis ein einzigartiges wirtschaftliches Unding darstellt.

Geld im engeren Sinn ist Währungsgut, im weiteren Sinn neben dem valutarischen Währungsgut alle akzessorischen Zahlungsmittel, die beständig mit dem Währungsgut auf pari stehen. Geld im weiteren Sinn bedeutet heute Banknoten und Sichtguthaben, letzteres kann man als „Papiergold aufgrund staatlicher Garantie" bezeichnen, denn ein Hauptzweck der Zentralbank ist es ja, die perfekte Wertgleichheit zwischen Banknoten und Sichtguthaben aufrechtzuerhalten, indem die Zentralbank notfalls mit der Notenpresse hilft, das Einlösungsversprechen der Geschäftsbanken aufrechtzuerhalten. Der Rechtsanspruch der Gläubiger auf Währungsgut (z.B. in der Form des Einlösungsversprechens) ist die tiefste Grundlage des Kapitalismus, dieses Monopol eines ausschließlichen Schuldtilgungsmittels genügt bereits, um einen sonst völlig freien Markt mit den üblichen kapitalistischen Wirtschaftsproblemen zu belasten. Spätestens seit Kaiser Diokletian ist dieses Prinzip in durchgehend allen staatlichen Gesetzbüchern festgelegt.

Der Begriff „gesetzliche Zahlungsmittel" beinhaltet heute sowohl Zwangskurs als auch Rechtsanspruch auf dieses Währungsgut.

Und was hat es mit dem Kapital auf sich? Es ist auf jeden Fall etwas Reales. Eisenbahnwaggons haben noch Plätze frei, Kaufhäuser warten mit vollen Regalen und Fabriken haben noch so manches Prozent an unausgelasteter Kapazität. Angenommen, es handelt sich um Realgüter des täglichen Bedarfs im allgemeinsten Sinn, und die Inhaber wollen sofort eine Gegenleistung, dann könnten sie „Ladengutscheine" drucken, auf denen sinngemäß etwa stehen würde: „Diesen Gutschein nehmen wir ab sofort bis zum ... wie x Währungseinheiten an unseren Kassen an, wenn uns jemand etwas abkauft". Also kein Einlösungsversprechen in Währungsgut! Mit diesen Zetteln bezahlen die Inhaber der Realgüter Löhne und Lieferanten, d.h. sie bringen die Zettel dadurch in Verkehr, indem sie sich zuerst die Gegenleistung holen. Strömen die Zettel zurück an ihre Kassen, ist auch die sofort fällige Schuld getilgt. Banken für den kurzfristigen Umsatzkredit können die Zettel noch versichern und standardisieren – gegen Gebühr versteht sich. Die durchschnittliche Umlaufzeit dürfte dann bei etwa 3 Wochen liegen (Erfahrungswert). Maximale Zahlungsfähigkeit würde dann erreicht, wenn alle möglichen Emittenten soviel zwangskursfreie Zettel emittieren, bis diese eine leichte Tendenz zu einem Disagio haben, d.h. am freien Markt der Kurs gegenüber dem Sachwert-Währungsgut unter pari zu fallen **beginnt**. Das wäre zugleich der Zustand der vollständigen Erschließung des Sozialprodukts.

Anwendung auf Rudi Ratlos und die bayerischen Milliardenbankiers: Nachdem schon ausführlich dargelegt wurde, daß die 600 Milliarden ganz bestimmt kein Geld sind, weil sie nicht sofort fällig sind, gilt es noch den Begriff ‚Sparkapital' als unzweckmäßig zu entlarven. Wie sind wir denn zu den 600 Milliarden gekommen? Zuerst ist da wirkliches Kapital, reales, im politischen Sinne neutrales Kapital: freie Plätze im Eisenbahnwaggon. Sodann wird nur ein Teil des Kapitals erschlossen, weil es a) ein Notenmonopol gibt, b) die Noten Zwangskurs haben, c) die Gläubiger einen Rechtsanspruch auf Währungsgut haben und d) unzählige andere Gesetze die Schaffung von marktmäßigen und emanzipatorischen Umsatzmitteln behindern. Kapitalismus ist demnach ein System der Behinderung der Kapitalerschließung zum Vorteil derjenigen, die es trotz der Behinderung geschafft haben, es zu erschließen.

Die **teilweise** Erschließung des Kapitals geschieht durch Monopolgeld und die Leute sparen es in dem Sinne, daß sie es nicht ausgeben, sondern mittel- oder langfristig anlegen. Bevor der Sparer sein Geld anlegt, besitzt er **indirekt** über das Geld Kapital, weil er die Gegenleistung erst später braucht. Sobald er es aber angelegt hat, besitzt er nur noch **Anlageforderungen**. Kapital besitzt er indirekt erst dann wieder, wenn der Schuldner die Forderung tilgt und der Anleger dann das Geld wiederum nicht sofort für die Bezahlung seiner Lebensmittel und Telefonrechnungen benötigt.

MONETARY FREEDOM NETWORK
Siegfried H. Schwenke

CONTRASTE-Serie:

Zum Stand der Vernetzung

1. Teil: Berlin

Red. Berlin **Nach den BUNTEN SEITEN, der Beilage zur April-Nummer der CONTRASTE, gibt es einen ungefähren, quantitativen Überblick, auch wenn er in manchen Regionen noch sehr lückenhaft ist. Immerhin ein Anfang! Gemäß dem CONTRASTE-Anspruch, alle Vernetzungsaktivitäten zu unterstützen, wollen wir nun mit dieser Artikel-Serie Berichte zur Vernetzung in einzelnen Regionen bringen. Die erste betrachtete Region ist die Berliner-Szene. Nicht weil sich hier besonders viel tut – leider ist das bisher nicht der Fall –, sondern weil die Idee dazu aus der Berliner Redaktion kommt.**

Die Aufhänger für regionale Vernetzung, in Aussicht gestellte „Staatsknete", was in fast allen „vernetzten" Regionen den Anstoß gab, fehlte bislang in Berlin, bzw. hat die Staatsknete-Diskussion in erster Linie Sozial- und Gesundheitsprojekte erfaßt. Aus diesem Zusammenhang hat sich dann auch der Arbeitskreis zur Förderung von autonomen Frauenprojekten, Alternativprojekten und Bürgerinitiativen (im Szenejargon: AK Staatsknete) konstituiert. Die aktuelle Bedeutung dieses AKs, beim Entscheidungsverfahren über die Geldvergabe oder bei der Artikulierung von Projekinteressen, ist fast bei Null angelangt. Im vierten Jahr der Fink'schen Selbsthilfeförderung ist so gut wie nichts von der politischen Brisanz dieses Topfes übriggeblieben. Die „staatsnahe" Beratungs- und Informationsstelle SELKIS, die in der Gründungsphase verbissen bekämpft wurde und vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband getragen wird, ist inzwischen – nicht zuletzt wegen der personellen Konstellation dort – weitgehend akzeptiert. Die Normalität hat sich durchgesetzt.

Innerhalb der selbstverwalteten Betriebsszene gab es noch keinen Ansatz für ein Berlin-weites Netz. Dort gab es auch – wie erwähnt – noch keine Staatskneten-Debatte. Sonderprogramme vom Staat zu fordern, ist kein Thema. Die Rückbürgschaft für die Haftungsassoziation ist nicht Ergebnis eines organisierten Drucks von seiten der Betriebe, sondern Verhandlungsergebnis bzw. Resultat einer STATTwerke-Initiative.

„Anti-Diskriminierungsforderungen", um auch am Subventionstropf der Halbstadt zu partizipieren, dringen schon mal durch, aber mehr nicht.

Natürlich werkeln die ca. 300 Kollektive in Berlin nicht völlig isoliert nebeneinander her. Jedoch sind Organisationsscheu und Spontaneismus nach wie vor Grundpfeiler Berliner Szenekultur und kleine Netze blühen allerorts. Man/frau kennt sich halt im Kiez (insbesondere in Kreuzberg), es gibt und gab Branchenzusammenhänge bei den Tischlern, Druckern, Bäckern, Metallern, Beratern u.a.m. Es gibt eine Reihe von politisch motivierten Kooperationen (z.B. Kaffeegenossenschaft) und ad-hoc-Verbünde. Die Berliner Wintertage 1984 und 1985 sind von solch einem Kollektiv-Kreis organisiert worden und zur Volkszählung gab es auch ein entsprechendes Aktionsbündnis.

Im Zuge der Reaktivierung der Anti-AKW-Bewegung nach dem Unglück in Tschernobyl tut sich auch in der Kollektiv-Szene einiges. Ein kleiner Aufruf in der TAZ brachte fast 50 Leute aus Betrieben zusammen, um über mögliche Aktionen zu beraten. Ob sich daraus – unabhängig von konkreten politischen Anliegen – eine handlungsfähige Infrastruktur für politische und wirtschaftspolitische Initiativen herausbildet, muß abgewartet werden.

Ein für Anfang Juli geplantes Selbstverwaltungsfestival (regionale Projektemesse und Kurztagung) wurde aufgrund der geringen Resonanz erstmal auf das letzte Septemberwochenende verschoben.

Sicherlich wird es in absehbarer Zeit keinen Berliner Verband geben – etwa nach Hessischem oder Bremer Vorbild. Eher sind Überlegungen anzustellen, wie eine Vernetzungsstruktur grundsätzlich aussehen müßte, die den Berliner Verhältnissen angepaßt ist.

Michael Makowski

Selbsthilfe durch Vernetzung

Arbeitskreis Selbstverwalteter Tischlereien in Berlin

Red. Berlin Seit Anfang 85 dringt regelmäßig alle drei Wochen ungewohnter Lärm durch die Flure des Mehringhofes. Dann werden diverse Liter Biere, Säfte und Mineralwasser vom „Ex" in den „Blauen Salon" geschleppt und im wahrsten Sinne des Wortes geselliger Atmosphäre versammeln sich die Tischlerinnen und Tischler der selbstverwalteten Tischlereien Berlins, um über die Organisierung gemeinsamer Interessen zu diskutieren. Endlich haben es selbstverwaltete Betriebe geschafft, funktionsfähige Vernetzungsstrukturen aufzubauen.

Ein Jahr gibt es jetzt bald den Arbeitskreis, ohne an Schwung verloren zu haben. Wie es sich für Handwerker/innen gehört, wurde erst gar nicht lange um den heißen Brei herumgeredet, sondern gleich konkretes in Angriff genommen. Es wurde vereinbart, Spezialwerkzeuge auszutauschen, die Kooperationsmöglichkeiten bei der Ausbildung auszuloten und gemeinsam Materialien einzukaufen. Es wurden Infos ausgetauscht über die Kalkulation und die Umweltverträglichkeit von Materialien. Für das Frühjahr 87 ist eine Ausstellung geplant, die nicht nur die Leistungsfähigkeit und Bandbreite der angebotenen Leistungen demonstrieren soll, sondern die auch die politische Diskussion über Selbstverwaltung in einem Rahmenprogramm einschließt. Das eigene Selbstverständnis wird gerade diskutiert. Und dies nicht, weil es als Tagesordnungspunkt so festgelegt war, sondern weil es dem Bedürfnis der Betriebe entspricht.

Die Ansprüche an selbstverwaltetes Arbeiten sind hoch gesteckt. Das Wie und Was der Produktion selber zu bestimmen, ist nicht so einfach. Ohne auf erprobte Modelle zurückgreifen zu können, entstehen zwangsläufig Probleme mit der Arbeitsteilung und Organisation. Selbstverwaltung bedeutet häufig gruppendynamischer Dauerstreß und chronischer Geldmangel. Die Gradwanderung zwischen den eigenen politisch-moralischen Ansprüchen und der gewerbsmäßigen, marktorientierten Ausrichtung glückt vielfach nicht. Der Kampf um die Existenzsicherung steht oftmals im Vordergrund, die politische Komponente tritt in den Hintergrund, wenn es nicht gelingt, über den Tellerrand des Projektes hinauszuschauen.

Die Finanzierungsmöglichkeiten durch Netzwerke, Ökofonds, Kreditvermittlung, Bürgschaften und im nächsten Jahr die Ökobank helfen zwar, die ärgsten Finanzierungsengpässe zu beheben, aber diese externe Unterstützung kann nicht alles leisten und erst recht nicht die Eigeninitiative der Projekte ersetzen. Die Projekte selber müssen in Bewegung kommen, müssen ihre Selbstisolation im Betrieb überwinden. Daß Vernetzung und konkrete Zusammenarbeit zwischen den Kollektiven der richtige Ansatzpunkt ist, zeigen unsere Erfahrungen mit dem AKST e.V. Die wirtschaftliche Basis der Betriebe wird stabilisiert. Gemeinsame politische Aktionen ergaben sich fast zwangsläufig. Bleibt nur zu hoffen, daß das Beispiel Schule macht.

Michael Wielage
Netzwerk Berlin

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kooperation der Berliner Beratergruppen

Red. Berlin **Seit über einem Jahr treffen sich mehrere Berliner Beratergruppen in meist 4 bis 6 wöchigem Abstand, um sich über die unterschiedlichsten Fragen des sich ausbreitenden Beratungswesens in Berlin auszutauschen. Vorangegangen ist diesem Beratertreffen der erste erfolgreiche Beratungsverbund, den vier im Arbeitskreis Staatsknete mitarbeitende Beratungsgruppen gründeten, um Alternativprojekte bei der „Akquisition" von ABM-Stellen erfolgreich zu helfen, und zwar der Wirtschaftsladen, der AK Staatsknete selber, Netzwerk und STATTwerke.**

Sind in dem Beratungsverbund wesentliche Beratungsgruppen vertreten, die öffentliche Finanzierung bzw. soziale Projekte als Beratungsschwerpunkte haben, mit Ausnahme von STATTwerke, so haben sich bei dem Beratertreffen schwerpunktmäßig Gruppen zusammengetan, die gewerbliche Betriebe beraten, wie das Forum Betriebsberatung, Zahlenteufel, STATTwerke, Pluspunkt, RA-Büro R. Langner und die möglicherweise auch gewerbliche Beratung planenden Netzwerkler.

Auf den bisherigen Beratertreffen haben wir anhand von konkreten ausführlichen Berichten zur Existenzgründung unsere unterschiedlichen Herangehensweisen dargestellt, unsere Informationen und die Praxis der öffentlichen Abrechnung von Beratung ausgetauscht, die Inflation von Beratergruppen in Berlin in ihren möglichen Konsequenzen für bereits bestehende Beratergruppen erörtert und uns mit den Stärken und Schwachstellen unserer bisherigen Beraterpraxis auseinandergesetzt.

Mindestens genauso wichtig ist es aber, daß wir bereits mehrfach ausführlich über die möglichen und zugleich teils auch wünschenswerten **Perspektiven** der Beratergruppen und den mit uns zusammenarbeitenden Betrieben diskutiert haben. Darüber hinaus hat sich gegenüber oft noch konkurrenten Verhaltensweisen vor 3 bis 4 Jahren ein weitgehend kooperativer Umgangsstil herausgebildet, der nicht nur den Beratergruppen selber zugutekommt, sondern ebenso den Betrieben. Denn über den nunmehr recht regelmäßigen Informationsaustausch können wir Betriebe nunmehr auch an bestimmte „Experten" verweisen, sofern die Beratergruppe selber keine entsprechenden „Experten" hat.

Inwieweit enger werdende Märkte für Berater wieder zu stärker konkurrierendem Verhalten führen könnten, oder aber zu zukunftmäßigen Abschottungen der bereits „etablierten" Beratergruppen, läßt sich für uns momentan noch nicht abschätzen. Jedenfalls gehen wir momentan noch eher von der Einschätzung aus, daß es sowohl Expansionschancen für Berater im Selbstverwaltungssektor gibt, so vor allem anspruchsvollere Beratungen der sich differenzierenden Alternativbetriebe als auch ein partielles Eindringen in neue Sektoren in kleinen und mittleren Betrieben, die im fließenden Übergang zu selbstverwalteten Betrieben sind. Dies umso mehr, als die Grenzen zwischen selbstverwalteten Betrieben und kooperativen Unternehmensformen, wie etwa Ingenieurbüros, fließend geworden sind. Inwieweit wir uns hiermit „den neuen Selbständigen" öffnen, läßt sich noch nicht genau beantworten. Doch auch dort mögen Lernprozesse stattfinden, denen wir wach und offen begegnen sollten.

Werner (STATTwerke)

Anzeige Berliner Betriebe in einer Berliner Stadtzeitung

BUNDESTREFFEN DER NETZWERKE VOM 20. BIS 22. JUNI 1986 IN DÜSSELDORF

Strukturen stärken und ausbauen

Red. Berlin Auf dem letzten Bundestreffen wurde u.a. das Thema Staatsknete/Förderungsprogramme für Alternativprojekte ausführlich diskutiert. Da alle Netzwerke aus den Regionen, in denen die entsprechenden Programme laufen, vertreten waren, konnte ein umfassendes Bild der gemachten Erfahrungen erstellt werden. Fazit: Insgesamt wurden die verschiedenen Programme eher negativ in ihren Folgen beurteilt (Arbeitsaufwand steht in keinem Verhältnis zu dem was rüberkommt, Aufsplitterung der Projekteszene, Sozial- und Kulturprojekte fallen in der Regel raus, das was finanziell rüberkommt, deckt meistens nicht mal das Notwendigste, politisch ist die Szene in der Regel geschwächt aus den Verhandlungen herausgegangen).

Vor allem in einem Punkt waren sich alle Anwesenden einig:

Trotz Staatsknete haben die Beratungs- und Finanzierungsmöglichkeiten der Netzwerke für die Projekte, die eine autonome und kritische Arbeit leisten wollen, an Bedeutung eher noch zugenommen!

Insbesondere gilt dies natürlich für die alternativen sozialen Dienstleistungsprojekte sowie für Kulturprojekte, bei denen staatliche Finanzierung fast immer zu inhaltlichen Abstrichen führt. (Ein ausführliches Protokoll der Arbeitsgruppe findet sich im Rundbrief des Netzwerkes Köln, letzte Nr. in 85).

Das Fazit legt die Frage nahe, wie können die Netzwerke ihre Strukturen stärken und ausbauen?

Für die einzelnen Netzwerke in den Regionen wird dies individuell, in Abhängigkeit zu organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten sowie zum politischen Umfeld zu beantworten sein. In einigen Netzwerken werden Überlegungen in Richtung Regionalverband angestellt.

In letzter Zeit gibt es auf dem Feld Beratung und Finanzierung alternativer Projekte jedoch neue Entwicklungen, die unserer Meinung nach dafür sprechen, daß die Netzwerke auch auf Bundesebene aktiv werden.

Beispiele für diese Entwicklungen sind:

- Obwohl – wie die Diskussion auf dem Bundestreffen zeigte – in der Regel gerade die Netzwerke der jeweiligen Region an den Konzeptionen und Verhandlungen um die Förderungsprogramme wesentlich beteiligt waren, sind sie auf Bundesebene an keinen Diskussionen der Grünen, die sich mit der Frage der Förderung alternativer Projekte beschäftigen, beteiligt. Weder zur Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales der Grünen (Thema: Brauchen wir einen siebten Wohlfahrtsverband?) noch zu dem Hearing der AG Wirtschaft (Thema: Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft) waren Netzwerke offiziell geladen.
- Im Bundesfamilienministerium tagt seit einiger Zeit eine Arbeitsgruppe zum Thema Selbsthilfe. Hierbei werden auch Selbsthilfeorganisationen gehört, bisher allerdings nur traditionelle Verbände (Rheumaliga, Bundesarbeitsgemeinschaften der Behinderten usw.). Unabhängig davon, ob eine Teilnahme wirklich sinnvoll ist, bleibt festzustellen, daß die Netzwerke zur Zeit nicht geladen werden können, weil es keinen Bundeszusammenschluß gibt.
- Seit mehreren Monaten arbeitet der BBJ-Consult Berlin. Er hat als Auflage der Geldgeber (BMA, Stiftung Jugendmarke) die Dezentralisierung bekommen. Nach und nach sollen bundesweit Consult-ähnliche Beratungseinrichtungen entstehen. In NRW hat das Ministerium für Arbeit selbst die Initiative ergriffen. Dort beginnt die landeseigene Beratungs-GmbH im Juni mit der Arbeit. Gerade weil es faktisch schwer ist, besonders für schwache Netzwerke, diesen Beratungs-Monstern etwas entgegenzusetzen, (adäquate Beratungsleistungen anzubieten) muß die Auseinandersetzung damit politisch forciert werden: z.B. auf den diversen Tagungen und Veranstaltungen, wo diese Vorzeigeeinrichtungen präsentiert werden, müßten auch die Netzwerke präsent sein. Bisher ist dies aber nur zufällig und nur bei einzelnen Netzwerken der Fall. Falls die Netzwerke den anderen das Feld überlassen, wird Projektberatung langfristig „verstaatlicht" werden, wobei die Erfahrungen dieser Beratungseinrichtungen umgekehrt zurück in Richtung Konzipierung von Förderungsprogrammen wirken.
- Vor kurzem kursierte in CONTRASTE der Vorschlag von Karl Bergmann, die Ökobankvereine in eine bundesweite „Partei der Selbstverwaltungsbewegung" umzumünzen. Über kurz oder lang werden sich auch die Netzwerke mit diesem Vorschlag auseinandersetzen müssen.

Spätestens mit Consult, Ökobank und den Grünen in Bonn hat das Thema Förderung alternativer Projekte die Kommunal- bzw. Landesebene verlassen. Die Netzwerke sollten dafür sorgen, daß die politische Idee, die hinter Netzwerk steht, auch auf bundespolitischer Ebene präsent ist und den „Consults" usw. qualitativ etwas entgegenzusetzen. Denn Consult und Ökobank werden auf die Regionalebene zurückwirken.

Ein erster Schritt in diese Richtung könnte die Bildung einer **Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke** sein. Der organisatorische Rahmen ist bereits vorhanden. Wir könnten ohne Probleme auf die halbjährlich stattfindenden Bundestreffen zurückgreifen. Dort sollten zu noch zu bestimmenden Fragen Positionen erarbeitet werden, und als offizielle Stellungnahme / Einschätzung / Empfehlung / Programm der Netzwerke herausgegeben und vertreten werden. Die Erarbeitung konkreter Positionen täte ohnehin der Kontinuität des Arbeitszusammenhanges Bundestreffen gut. Es würde wahrscheinlich und hoffentlich weniger zufällig teilgenommen und gezielter gearbeitet.

Dies wird ohnehin unabdingbar sein, wenn die Vorschläge, die in der Arbeitsgruppe „Zukunft der Netzwerkarbeit" (vgl. CONTRASTE April 86) auf dem letzten Bundestreffen gemacht wurden, in die Tat umgesetzt werden sollen. Konzertierte Aktionen aller Netzwerke wie z.B. eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit durch CONTRASTE-Sondernummern, gemeinsame Mitgliedskampagnen oder Netzwerk-Kongresse zu Arbeitslosigkeit, Selbsthilfe und Selbstverwaltung werden ohne verbindlichere Arbeitszusammenhänge fromme Wünsche bleiben, ganz abgesehen von finanziellen Mitteln, die ebenfalls nur gemeinsam aufgebracht werden können.

Für die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft sollten folgende Essentials verbindlich sein:

- Es muß ein Verfahren gefunden werden, welches die Transparenz der Diskussionen allen Netzwerken gegenüber gewährleistet, und sicherstellt, daß sich alle Netzwerke in die Diskussionen einklinken können und an Entscheidungen beteiligen.
- Wenn die BAG der Netzwerke als offizieller Ansprechpartner fungieren soll, braucht es eine feste Adresse. Die größeren, finanzkräftigeren und personell starken Netzwerke sind eher dazu in der Lage, den notwendigen Aufwand zu betreiben als die kleineren. Dennoch muß die feste Adresse kontrollierbar bleiben. Es bietet sich an, alle zwei Jahre den Sitz der BAG zu wechseln.
- Die BAG wird nur auf Gebieten und zu Fragen tätig, die bundesweite Bedeutung haben oder im Rahmen bundesweiter Initiativen bzw. bundespolitischer Institutionen und Organisationen erörtert werden. Die Autonomie der einzelnen Netzwerke in den Regionen bleibt unangetastet.

Wir haben das Thema Bundesarbeitsgemeinschaft bereits mit mehreren Netzwerkern/innen aus den Regionen diskutiert, so z.B. auf der letzten ZERP-Tagung, auf der das Hamburger, Bremer, Kieler, Aachener, Kölner, Heidelberger, Freiburger, Münchner, Landsberger und Dortmunder Netzwerk vertreten waren. Alle waren sich darin einig, daß die Gründung angegangen werden sollte. Das Netzwerk Saarland hat sich schriftlich dazu – ebenfalls positiv – geäußert. Einig waren sich alle auch darin, daß eine Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke nur Sinn macht, wenn damit nicht nur ein formaler Rahmen, sondern auch Inhalte verbunden sind. Durch Anregungen aus anderen Netzwerken haben sich die Fragestellungen, mit denen sich eine BAG der Netzwerke auf dem nächsten Bundestreffen beschäftigen solle, mittlerweile konkretisiert:

Strukturen
zwischen Projektberatern/innen (ZERP)
Im Laufe des letzten Jahres ist durch die ZERP-Tagungen ein Diskussionszusammenhang zwischen Projektberatern/innen entstanden, in dem sowohl fachlich/technische Fragestellungen, wie auch politische Themen aufgegriffen wurden. Darüberhinaus konnten während den Tagungen Erfahrungen ausgetauscht werden. Im wesentlichen waren es vor allem Berater/innen aus den Netzwerken, die sich dort trafen. Von daher sollte es den Netzwerken nicht gleichgültig sein, daß die Finanzierung von ZERP über das laufende Jahr hinaus unsicher ist. Wie die Sache mit unserer Unterstützung weitergehen und noch besser genutzt werden kann, könnte Thema der BAG sein (siehe auch Thesen von Elmar Sing in CONTRASTE, April 86).

Herausforderung
der Netzwerke durch staatlich finanzierte Beratungseinrichtungen (BBJ, Consult, Beratungsgesellschaft NRW)
Was ist unsere Kritik an diesen Einrichtungen? Wie unterscheiden sich die Netzwerke von ihnen? Was ist dementsprechend Netzwerkfunktion/-profil? Wie verhalten sich die Netzwerke in Konkurrezsituationen zu diesen Einrichtungen? Gibt es sinnvolle Möglichkeiten der Zusammenarbeit oder findet ein Verdrängungskampf statt? Konkretes und Aktuelles hierzu werden wohl die Bremer zu berichten haben. Hieran könnte sich die Diskussion der obigen Fragen anschließen.

Vernetzung der Finanzierungsinitiativen
Am letzten Wochenende trafen sich auf Einladung der STATTwerke verschiedene Finanzierungsinitiativen (Netzwerk Freiburg/Berlin, Ökobankverein Frankfurt, Paritätische Bankinitiative) in der ASH Frankfurt. Dort wurde über den Vorschlag von STATTwerke diskutiert, die verschiedenen Finanzierungsinitiativen zu einem „Finanzforum" zu vernetzen. Als Ansatzpunkt für eine Vernetzungsstruktur soll dabei das Umbauprogramm der Grünen dienen (vgl. Artikel von Michael Makowski, CONTRASTE Mai 86).

So wünschenswert es ist, daß sich die verschiedenen Finanzierungsinitiativen endlich mal zusammensetzen und gemeinsam diskutieren, statt einander nur in Konkurrenz zu begegnen, wie dies in der Vergangenheit häufig der Fall war, so viele offene Fragen wirft dieser Vorschlag andererseits für die Netzwerke auf: Das Umbauprogramm ist selbst innerhalb der Grünen heftig umstritten. Können wir uns ohne weiteres darauf beziehen? Ursprünglich verstanden die Netzwerke ihre politische Arbeit u.a. als einen Kampf dafür, die politischen Rahmenbedingungen im Sinne der Projekte und anhand der in den Projekten gemachten Erfahrungen zu verändern. Orientierungspunkt waren die Projekte. Parteipolitische Programme wurden in diesem Sinne auf ihre Tauglichkeit abgeklopft. Der Vorschlag, ein Parteiprogramm exemplarisch umzusetzen, stellt das bisherige Verhältnis zu den Parteien auf den Kopf.

Wollen und sollen die Netzwerke ihre politische Arbeit so eng an Parteipolitische Programme binden? Verträgt sich dies mit dem Autonomieanspruch der Netzwerke? Welche Gefahren stecken in der Fixierung sowohl auf die Grünen, als auch auf die dem Programm impliziten reformpolitischen Vorstellungen? Ist das Umbauprogramm projekte-tauglich? Diese und andere Fragen wären zu klären.

Da es ein zentrales Anliegen einer Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke sein muß, solche, alle Netzwerke betreffenden Diskussionsprozesse aufzugreifen und zu gewährleisten, daß sich möglichst viele Netzwerke daran beteiligen können, haben wir in Frankfurt vorgeschlagen, das nächste Treffen der Finanzierungsinitiativen im Rahmen des Bundestreffens stattfinden zu lassen. Wir Berliner werden zu diesem Punkt ein Positionspapier erarbeiten und als Diskussionsvorlage zu dem Bundestreffen verschikken. Die Finanzierungsinitiativen sollen zu einer gemeinsamen Diskussion am Sonntag eingeladen werden.

Beteiligungsgesellschaft im Saarland
Um Staatsknete, die die Saar-SPD ausspuckt, sinnvoll unter den selbstverwalteten Betrieben zu verteilen, bastelt das Netzwerk Saarland bzw. die Zukunftswerkstatt an einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft. Die Entscheidungsstrukturen sind aber u.a. vom eingelegten Kapital der Gesellschafter abhängig. Hier fehlts den Saarländern und die Netzwerke könnten über eine konzertierte Aktion nachdenken.

Welche Fragestellungen mit welcher Ausführlichkeit auf dem Bundestreffen behandelt werden, hängt von der weiteren Vorbereitung ab und damit auch von eurem Engagement. Das Berliner Netzwerk wird ein Thesenpapier zum Grundsätzlichen (BAG ja oder nein), sowie zum Thema Vernetzung der Finanzierungsinitiativen anhand des Umbauprogramms der Grünen vorlegen.

Wir glauben, daß sich durch die konkrete Auseinandersetzung mit den genannten Fragestellungen das Profil der Netzwerkarbeit und die Aufgaben und Perspektiven einer Bundesarbeitsgemeinschaft am besten herausarbeiten lassen. Wie die BAG organisiert werden kann, sollte sich daraus ergeben, nicht am Anfang der Diskussion stehen.

Michael Wielage
Franz-Josef Bartsch
Netzwerk Berlin

DAS PROGRAMM DES BUNDESTREFFENS DER NETZWERKE VOM 20. BIS 22. JUNI 1986 IN DÜSSELDORF

Freitag 20.6.:	19.00 Uhr	Eröffnung des Bundestreffens, gemeinsame Diskussion des weiteren Ablaufs
Samstag 21.6.:	9.30 Uhr	Entsprechend dem Diskussionsergebnis vom Vorabend Diskussion einzelner Fragestellungen oder Grundsatzdebatte zur BAG
	13.00 Uhr	Mittagspause
	14.00 Uhr	Fortsetzung der Diskussion vom Vormittag
	16.30 Uhr	Kaffeepause
	17.00 Uhr	Plenum, Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse
	19.30 Uhr	Schluß oder Fete oder Kino oder sonstwas
Sonntag 22.6..:	10.00 Uhr	Soweit dies dem Diskussionsstand entspricht, gemeinsame Diskussion zwischen den Netzwerken und anderen Finanzierungsinitiativen zum Thema Vernetzung/ Umbauprogramm der Grünen

Auf der Suche nach dem gordischen Knoten

oder theoretische Überlegungen zum Selbstverständnis von Betrieben in Selbstverwaltung

Red. Heidelberg Die folgenden Ausführungen drehen sich um die Begriffe „Selbstverwaltung" und „Modellunternehmen". Mit ihnen wird versucht, theoretische Überlegungen und deren Diskussion in der Selbstverwaltungs„bewegung" zu beleben. Dies geschieht, indem Hintergründe für die Wahl der Selbstverwaltung als betriebliche Entscheidungsform reflektiert werden. Zugegebenermaßen sind die nachfolgenden Betrachtungen recht abstrakt. Sie können als intellektuelle Spielerei abgetan werden, zumal die in der Wirklichkeit vorhandenen Zwangsmechanismen in der Darstellung nicht berücksichtigt werden. Im Unterschied zu sonstigen Beiträgen in den CONTRASTEN haben sie keinen eindeutig berichtenden, fordernden oder vorschlagenden Charakter hinsichtlich der Weiterentwicklung der Selbstverwaltungswirtschaft. Dies ändert nichts daran, daß die skizzierten Gedanken Anregungen enthalten, die über viele aktuell geführte Diskussionen zu diesem Thema hinausweisen. Es wäre erfreulich, wenn sie in diesem Sinne genutzt werden.

Selbstverwaltung: Legitimation durch Mitarbeit

Wirtschaftliche Aktivitäten in jedem Unternehmen setzen Entscheidungen und diese wiederum Verfahren der Entscheidungsfindung voraus. Welche Interessen und Bedürfnisse vor allem bei grundlegenden Entscheidungsprozessen einfliessen oder zumindest Durchsetzungschancen erhalten sollen, wird in der Unternehmensverfassung verankert. Sie wird festgelegt, indem ein inhaltliches Verständnis und darauf aufbauend eine Einigung über die als gerecht angesehene Unternehmensverfassung zustandekommt. Jede Unternehmensverfassung beruht somit auf Urteilen und Wertungen.

Sollen solche Urteile und Wertungen für Außenstehende nachvollziehbar sein, bedürfen sie einer begründeten Erklärung des zugrundeliegenden Selbstverständnisses. Zu diesem Zweck sind zur Rechtfertigung dahinterstehender Interessen, Normen, Regeln und Institutionen, Vorschläge für eine geeignete Deutung herauszuarbeiten. Diese müssen sich an dem sogenannten Transsubjektivitätsprinzip orientieren. D. h. die angeführten Argumente sollten, auch wenn sie moralischer Art sind, nicht ausschließlich der Denkweise des Argumentierenden entsprechen. Sie müssen eine über dessen persönliche Sicht hinausgehende Verständlichkeit erreichen. Nur so läßt sich eine Nachvollziehbarkeit der Gedanken und Vorstellungen auch für andere verwirklichen. Dies kann als Voraussetzung angesehen werden für eine Einigung der beteiligten Personen auf eine mit der Unternehmensverfassung gemeinsam verfolgten Absicht.

Selbstverwaltung findet als Entscheidungsverfahren in den heutigen Unternehmensverfassungen wenig Verbreitung. Außerdem ist sie in demokratisch organisierten Betrieben selten mit entsprechenden Deutungs- oder Begründungsbemühungen versehen. Nur die unmittelbaren Ziele sind in den Selbstdarstellungen schlagwortartig umrissen. Insofern bleiben die dahintersteckenden Urteile und Wertungen Außenstehenden oder neuhinzukommenden Unternehmensmitgliedern meist unverständlich oder sogar verborgen. Sie aufzuzeigen wäre aber notwendig, um vielleicht eine größere Befürwortung von betrieblicher Selbstverwaltung zu erreichen.

Unter Selbstverwaltung wird in diesem Zusammenhang die ausschließliche Legitimation der Teilnahme an betrieblichen Entscheidungen aus der Mitarbeit und nicht aus dem Miteigentum verstanden. Andere Legitimationsmöglichkeiten wie Wissen, Geld, Eigentum, Beziehungen werden als Begründung einer Entscheidungsbeteiligung verneint. Gleichzeitig läßt sich der Ausschluß von Mitarbeitenden bei Anerkennung des Grundsatzes der Selbstverwaltung mit keiner wie auch immer gearteten Diskriminierungserfordernis rechtfertigen.

Der Dialog als Methode demokratischen Entscheidens

Als wichtigster Begründungsschritt für eine Verankerung der Selbstverwaltung in die Unternehmensverfassung kann das Kriterium der Machtbetroffenheit herangezogen werden bzw. das fast immer für rechtfertigungsbedürftig gehaltene Phänomen der Machtausübung. Aufgebaut wird dabei auf die nicht weiter erörterte Übereinkunft, gewaltsame Austragung von Wert- und Interessensunterschieden auszuschließen und auch einen indirekten Zwang hierzu, durch einseitige Interessens- und Wertbevorzugung zu vermeiden. Der Ausschluß gewaltartiger Konfliktlösung schließt also auch die Ablehnung struktureller Gewalt mit ein, wobei die Vorraussetzungen geschaffen werden, ohne auf die Einwilligung der Betroffenen zu warten oder Rücksicht zu nehmen. Dann bleibt als Bewältigungsform für Konflikte nur die Schaffung von Dialogsituationen.

Grundmodell für alle wichtigen Entscheidungen wird auf diese Weise das Zusammenfinden aller Betroffenen, um sich in unvoreingenommener, zwangloser und nicht überredender Form, gemeinschaftlich um Übereinkunft zu bemühen. Die dialogische Verhandlung ist bei Ablehnung einseitiger Interessens- und Wertdurchsetzung in Entscheidungen die einzige sinn-volle Konzeptvorlage menschlichen Miteinanderhandelns. Sie kann als leitendes Prinzip für die Schaffung aller institutioneller und gesellschaftlicher Verhältnisse dienen, sobald nichtzuvereinbarende Interessen und Bedürfnisse aufeinandertreffen und deren Gleichberechtigung nicht von vornherein in Frage gestellt wird.

Die dialogische Verhandlung läßt sich auch als eigentliches Vorbild betrieblicher Selbstverwaltung aufzeigen. Sie enthält die Annahme, daß jedes Interesse und jedes Bedürfnis innerhalb von Gruppen- und Organisationszusammenhängen ein gleiches Anrecht darauf hat, Gehör zu finden. Von vornherein vorgenommene Unterscheidungen in gute und schlechte, erfüllbare und unerfüllbare, berechtigte und unberechtigte Bedürfnisse und Interessen werden abgelehnt. Dieser individualistische Imperativ ist in vielen herrschaftsablehnenden Gesellschaftsvorstellungen enthalten. Er wird zum Ausgangspunkt und Wertmaßstab für die Beurteilung innerbetrieblicher Einigungsverfahren, indem jedem Menschen gleich gute Chancen für die Einbringung und Durchsetzung seiner Vorstellungen zustehen.

Selbstverwaltung wird damit als Form des Entscheidungsprozesses zur Methode, ohne ihr auf diese Weise einen Eigenwert abzusprechen. Auch die Zielbezogenheit bleibt erhalten, weil zur Begründung einer solchen Methode nicht die Wahrheit, Gerechtigkeit oder Effizienz des Ergebnisses als ausschlaggebendes Argument dient. Nur die Methode selbst ist mit einer Gerechtigkeitsvorstellung verknüpft. Bei ihrer Anwendung geht es darum, stichhaltige Argumente gegeneinander abzuwägen und schließlich einen begründeten Beschluß zu fassen. Im anzustrebenden Idealfall kommt dieser als Konsensbeschluß zustande.

Ein so zu führender Dialog über strittige Interessen, Normen, Regeln und zu erzielende Wirkungen hat nicht nur die formulierten Gründe der Beratenden zu erwägen. Aufgrund verzerrter Beratungsergebnisse durch unterschiedliche Qualifikation und Erfahrung, Angst, Unbewußtsein sind auch Gesichtspunkte einzubeziehen, die unmittelbar nicht zur Sprache kommen. Grundsätzlich geht es allerdings darum, solche verzerrten Beratungszustände situationsangemessen abzubauen.

Ein Zwang zur permanenten Diskussion

Unverzerrte Kommunikationssituationen lassen sich als Fiktion abtun. Um sich dieser zumindest anzunähern sind in Selbstverwaltungsunternehmen als wahr eingebrachte Aussagen oder als gerecht eingestufte Beschlüsse immer vorläufig. Sie gelten nur solange, bis neue verteidigbare Argumente eingebracht werden. Eine solche Betrachtungsweise ergibt sich aus dem zugrundegelegten Konzept des Dialogverfahrens. Der nichtdogmatische Charakter von als gerechtfertigt oder vernünftig zugelassenen Interessen, Zwecken und Bedürfnissen müßte insofern im Rahmen selbstverwalteter Institutionen zum allgemeinen Selbstverständnis gehören. Die Ablehnung eines nicht mehr dialogbereiten Fundamentalismus bedarf von daher keiner weiteren Betonung oder Hervorhebung.

Zur Annäherung an die Fiktion der unverzerrten Kommunikation sind ungleiche Machtverhältnisse schrittweise, mit einer begründeten Orientierung abzubauen. Auf diese Weise kann es gelingen sich den Bedingungen vernünftigen Beratens zunehmend anzunähern. Ob entsprechende Veränderungen als gelungen anzusehen sind, läßt sich ebenfalls nur mit Hilfe des Dialogs entscheiden. Die Notwendigkeit über einzelne Personen hinausgehend, Interessen, Bedürfnisse, Normen und Werte verstehbar zu machen, (=Transsubjektivitätsprinzip) ist dabei ein wichtiger Unterschied zu der in der Wissenschaft meist üblichen blossen Feststellung von Konflikten über Interessen und Mittel. Erst darüber wird es möglich, sich für erforderlich gehaltene Veränderungen einem Dialog zu unterwerfen, sie zu begründen und sie innerhalb der eigenen Handlungsbereiche vielleicht auch zu verwirklichen.

Im Unterschied zu herkömmlichen Formen der gesetzlichen Mitbestimmung und den verschiedenen Arten von Unternehmensbeteiligung stellt Selbstverwaltung kein Kompromiß dar. Denn diese zeichnen sich durch eine wechselseitige Interessensverschränkung aus. Ihre Einführung geschah und geschieht unter Aufrechterhaltung faktischer und wahrscheinlich nicht offengelegter Interessen. Sie sind also nicht Ergebnis einer gemeinschaftlichen, dialogorientierten Beratung, die für eine Interessenskritik als Teil einer Reformdiskussion der Unternehmensverfassung unverzichtbar ist.

In Abgrenzung zu anderen Unternehmensformen können Selbstverwaltungsbetriebe als emanzipatorischer Vorgriff einer Reform der Unternehmensverfassung eingeordnet werden. Dieser Vorgriff ist sinnvoll, solange er in einem Verständigungsprozeß durch die Betroffenen selbst in Form immer wieder zurückholbarer Schritte abläuft. Selbstverwaltungsbetriebe sind unter diesem Blickwinkel organisierte und organisationsfähige Gruppen, die zu einem Aufklärungsprozeß beitragen. Mit diesem ermöglichen sie eine Konsensbildung über die von ihnen praktizierten Normen und deren Institutionalisierung, der über ihren unmittelbaren Einflußbereich hinausgeht. Sie können insofern auch unter dem umfassenden Begriff „Modellunternehmen" gefaßt werden.

Betriebliche Modelle als Utopieversuch

Ein Modell im wissenschaftlichen Sinne stellt der Versuch dar, empirisch vorfindbare Zusammenhänge vereinfacht darzustellen. Das Abbild soll zwar verkleinert, ansonsten aber möglichst strukturgenau sein. Ein Modell bedeutet also letztlich nichts anderes als eine abstrakte Wiedergabe der Wirklichkeit. Im Unterschied dazu klingt bei dem Begriff „Modell" im allgemeinen Sprachgebrauch immer ein positiv wertender Unterton mit. Er weist bei einer solchen Verwendung eher auf etwas Vorbildhaftes, auf etwas Beispielhaftes hin. Modelle können dann als Versuch interpretiert werden, komplexe Überlegungen über eine „besser" zu gestaltende Wirklichkeit in die Realität umzusetzen. Damit von einem Modell gesprochen werden kann, müssen zumindest die wichtigsten Momente enthalten sein, die als positive, gewünschte oder erstrebenswerte Veränderungen angesehen werden. Ein solcher Modellbegriff liegt den weiteren Ausführungen zugrunde.

Selbstverwaltungsunternehmen werden häufiger auch als betriebliche Modellversuche bezeichnet. Dabei ist der zweite Begriff weniger eingrenzend. Er beschränkt sich nicht vorrangig auf das Entscheidungsverfahren. Vielmehr sind verstärkt auch die Inhalte der Entscheidung Gegenstand des Vorbildhaften. Durch solche Versuche wollen die Träger ein Beispiel für eine nach eigenen Einschätzungen sozial orientierte Wirtschaft aufzeigen.

Obwohl dies nicht immer ausdrücklich gesagt wird, steht hinter betrieblichen Modellversuchen das normative Konzept einer „Weltverbesserung". Es beschränkt sich meist auf überschaubare Bereiche und den Weg der kleinen Schritte. Veränderungen sollen erreicht werden über das Aufzeigen realer Alternativen. Eine solche Vorgehensweise setzt auf die positive Ausstrahlung des Beispiels. Um entsprechende Wirkungen zu verstärken, wird oft zielstrebig Öffentlichkeitsarbeit über das Modell und die Modellerfahrungen betrieben.

Anstelle von normativen Konzepten der Weltverbesserung kann auch von Leitbildern oder Utopien gesprochen werden. Unter Utopie ist in diesem Zusammenhang ein zeitlich und sachlich erster Entwurf zu verstehen. Er dient als Grundlage für ein nach subjektiven Werten ausgerichtetes Handeln. Solche Entwürfe sind wichtiger, als es in den meisten Fällen wahrgenommen wird. Denn erst wenn einzelne Personen oder Gruppen entsprechende Utopien oder Leitbilder entwickelt haben und diese weitervermitteln, können Reformen, in diesem Falle betriebliche Modellversuche, angeregt und durchgeführt werden.

Unter diesem Blickwinkel lassen sich Utopien, anders als im Umgangssprachlichen, als Vorstellungen von Personen für ihr gegenwärtiges oder zukünftiges Handeln interpretieren. Solche Vorstellungen werden von ihren Verfechtern als wünschenswert und verwirklichbar angesehen. Sie verleihen dem davon getragenem Handeln erst seine Stoßkraft. Die Orientierung an Utopien ist immer mehr oder weniger intensiv verbunden mit einem Protestieren gegen Unvollkommenheiten der eigenen Umwelt. Diese sollen in Richtung der angestrebten Ziele und Ideale abgeschwächt oder aufgehoben werden.

Erste Schritte einer Veränderung der Wirklichkeit erfolgen bei der Umsetzung von Utopien in Form von Versuch und Irrtum. Nach einer solchen Sichtweise sind betriebliche Modellversuche nur ein vorläufiges Ergebnis des Handelns. Vorläufig sind sie deshalb, weil sie ein Abtasten oder auch Konfrontieren der Wirklichkeit mit den eigenen Zielen, Wünschen oder Idealen beinhalten. Über ihre Entwicklung lassen sich erst im Zeitablauf genauere Aussagen machen.

Gemeinsamkeit durch utopisches Denken

Die Hoffnung, durch betriebliche Modellversuche Anstöße zur Veränderung zu geben, ist im Bereich der Selbstverwaltungsbewegung nicht sehr groß. Auch glaubt niemand mehr, über Einzelbeispiele unmittelbar und direkt grundlegende Veränderungen der umgebenden Wirtschaftswelt zu erzielen und so die Wirklichkeit des Üblichen aufzuheben. Erfolgsversprechend scheint jedoch die Politik des langen Atems. Erst dann stellen Modellunternehmen eine Art Beunruhigung des Traditionellen dar. Mit Hilfe dieser Beunruhigung können sie die Phantasie anderer anregen, Ähnliches ebenfalls zu erproben.

Unter dem Gesichtspunkt des Versuchs und Irrtums lassen sich betriebliche Modellversuche als erfahrungsgestützter Lernprozeß mit politischen Absichten charakterisieren. Ausgehend von einem Leitbild und dessen Umsetzungsbemühungen wird ein ständiger Erkenntnisprozeß in Gang gehalten. Dabei gewonnene Einsichten helfen, deren Verwirklichungschancen genauer einzuschätzen und die sie auslösenden Vorstellungen zu korrigieren. So wird auch das Modell einer ständigen Anpassung aufgrund der gemachten Erfahrungen unterworfen.

Die Folgen einfließender Erkenntnisse sind durchweg unterschiedlich. Sie können zu einem weiteren Ausbau des betreffenden Modellversuchs führen, aber auch zu einer Rücknahme ursprünglich vertretener Ideale. Von daher hat die Gleichsetzung von Modellunternehmen mit Organisationsentwicklung eine gewisse Berechtigung. Unter Organisationsentwicklung wird eine geplante, systematische, zielorientierte Veränderung des Verhaltens, der Prozesse und Strukturen in einem Betrieb verstanden. Sie geschieht auf der Grundlage gemeinsamer, demokratisch gestalteter Lernprozesse aller Beteiligten unter Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Methoden und Kenntnisse.

Selbstverständlich bestehen zwischen den verschiedenen betrieblichen Modellversuchen im Bereich der Selbstverwaltungsbewegung erhebliche Unterschiede, zwischen einigen Ansätzen liegen „Welten". Solche Unterschiede beruhen auf den vielfältigen, teilweise nicht miteinander zu vereinbarenden Wertgefügen. Sie sollen mit diesen Ausführungen weder geleugnet noch überdeckt werden. Ein Aufzeigen der dahinterliegenden, abstrakteren Denkmuster und Herangehensweisen hilft aber, Übereinstimmungen und Parallelen zu erkennen. Sie sind bei einer direkten, konkreteren Diskussion der Inhalte von Modellen und den damit verknüpften Leitbildern weniger faßbar.

Das Aufzeigen der genannten Übereinstimmungen zumindest auf abstrakter Ebene soll anregen, auch wieder den Dialog über die subjektiven Ziele und Motive zu führen, die in die verschiedenen betrieblichen Modellversuche miteinfließen. Erst dann lassen sich damit zusammenhängende, vermeintliche oder tatsächliche Interessensunterschiede zum Gegenstand von Kontroversen machen. Wichtig für die Auseinandersetzung zwischen Selbstverwaltungsbetrieben wäre es von daher, einen Austausch über negative und positive Erfahrungen zu beginnen, die bei der Umsetzung ihrer Leitbilder gewonnen wurden. Ein Dialog darüber trägt nicht nur zu einem besseren wechselseitigen Verstehen bei, sondern könnte auch anregen, das eigene moralische Selbstverständnis wieder stärker in den Vordergrund zu stellen. Vielleicht bekommt so die Einordnung der Selbstverwaltungsbetriebe als Bewegung wieder ihre Berechtigung.

Burkhard Flieger

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KRITISCHES ZUM BILDUNGSTAG '86

Red. Heidelberg **Die Arbeitsgruppe ANTIPÄDAGOGIK vom FLI schrieb in ihrem Thesenpapier zum Bildungstag 86, organisiert vom Sozialistischen Büro, „mit eines der schwierigsten Unterfangen ist es, auf einem „Bildungstag" über Antipädagogik ... zu diskutieren..." Diese Vorahnung erfüllte sich nicht nur, sondern erhärtete sich zu einem unmöglichen Unterfangen.**

In der Abschlußerklärung der Macher heißt es u.a. zwar: „Gemeinsame Diskussionen – und wo es möglich und sinnvoll ist auch gemeinsame Aktionen – können der Selbsterkenntnis des eigenen Standortes, der Korrektur eigener und anderer Positionen dienen."

Aber: Die Podiumsteilnehmer (Vertreter verschiedener Organisationen, wie GEW, DIE GRÜNEN, SOZ. BÜRO u.ä., ließen schon am Freitagabend, dem Beginn der von ca. 400 Teilnehmern besuchten Veranstaltung, erahnen, was dann am Samtagvormittag zumindest in einer der Arbeitsgruppen (Thema: „Antipädagogik / Alternativpädagogik/Institutionelle Bildung" vollends deutlich wurde: Ein Teil der Linken, was auch immer die Teilnehmer darunter verstehen mochten, war weder bereit noch fähig über den institutionellen und pädagogischen Schatten zu springen.

Wohlwollend ließen sich die Päd's auf Alternativschulen ein. Selbst Begriffe wie „selbstbestimmtes (...) Lernen" durchkreuzten den Raum und phantasievolle Projekte im Bereich der Alternativpädagogik schienen denkbar. In der Form der Zukunftswerkstatt (R. Jungk) ließen sich die sozialistischen Bürokraten sogar auf Träumereien ein, die einen utopischen Sozialisten beschämen würden. Die folgenden Träumereien entstammen der Arbeitsgruppe 1, einer weiteren Unterteilung der oben genannten Gruppe. Diese Gruppe war stärker von libertär gesinnten Teilnehmern belegt, was sich bis in die Sprache hinein bemerkbar machte:

„Es besteht kein Schul- und Ausbildungszwang mehr; statt Schule gibt es ein Lernzentrum für alle als Interaktions- und Kommunikationszentrum.

Alternative Lernangebote werden vernetzt.

An einer Bildungsbörse können Bildungsgutscheine eingelöst werden. Die darin Arbeitenden sind über ein Mindesteinkommen existentiell abgesichert.

Die Bildungssuchenden organisieren ihren Bildungsweg selbst. Sie erstellen ihre eigene Lernordnung und folgen eigenen Lernzielen (sie können als Bildungsziel „Generalist" wählen)

Das Lernzentrum soll bei der Suche nach dem Begreifen des eigenen Selbst, der Umwelt, der größeren Zusammenhänge und dem als notwendig erkannten Eingreifen in diese Zusammenhänge helfen.

Lernfeld ist das unmittelbare Leben und seine Bedingungen.

Der „Lehrer" reagiert auf Nachfrage, er hilft bei der Beschaffung von Informationen und bei der Organisation, bzw. Organisation von Interessen.

Den Lerngruppen steht jeder Betrieb, jedes Handwerk, jede Verwaltung, jedes Projekt ... für Lernprozesse offen.

Der Computer kann neben bereits anderen vorhandenen Medien zur Suche nach Lernpartnern eingesetzt werden(???).

Es sollte den Märchenerzähler als bezahlte Tätigkeit geben."

Die Träume der zweiten Untergruppe, denen der aufmerksame Betrachter ein gehörig Maß an „Realitätsgebundensein" entnehmen kann, entlarven schließlich den „Wolf im Schafpelz": selbst im Traum sind Führer und Lehrer nicht abzuschaffen:

„Mehr neue Räume schaffen, erobern (Beispiel Fachhochschule), freiere (!) Verfügung über Zeit haben in der konkreten Arbeit, aber auch bezüglich der Lebenszeit: vorgegebene eingeteilte Vorstellung der Lebenszeit überwinden, Leben bewußt in Phasen erleben, sie offen gestalten, sich zu Neuem, Ungewohntem anstoßen lassen.

Alten Begriffen neue Inhalte geben, aber auch neue Begriffe schaffen: z.B. Lernpläne statt Lehrpläne (Ha, Ha, Ha, d. V.) – Als Pädagogen „Aktivierer, Befähiger" sein und nicht „Behandler".

Lernen verändern: in Zusammenhang mit Lebenswelt und Lebensweise gehen, wie z.B. in Bürgerinitiativen und alternativer Kulturarbeit, den Menschen zuhören, auf ihre Bedürfnisse, Wünsche, Vorstellungen eingehen, assoziativ lernen, auch Ästhetik etc. einbeziehen, Gemeinsamkeit stiften, kollektive Wissenschaft anstreben, als Pädagogen Koordinatoren sein, mit Kompetenz zur Verfügung stehen, andere die „Pädagogen" sein lassen, konkrete Verbindlichkeit erreichen (weniger abstrakt-ideologische).

Zusammenhang von Leben und Arbeiten herstellen, weniger arbeiten müssen, auch wieder lernen können, Menschen haben, mit denen man sich austauschen und über politische Ziele verständigen kann.

Ziele der Arbeit: Basisdemokratisierung, lebenslange Kulturrevolution.

„Meine Universitäten – mein Leben
mein Leben – meine Universitäten"
(frei nach Maxim Gorki)

Und die dritte Gruppe schien gar eines Traumes nicht mehr fähig:

"Alles, was wir in der Schule vermitteln, bzw. mühsam (...) vermitteln wollen, kann in Lernorten außerhalb der Schule aufgespürt werden; unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ist nicht davon auszugehen, daß die Lernorte im Sinne einer emanzipatorischen Bildung unmittelbar wirken; man braucht einen Ort, an dem die Lernorterfahrung ausgewertet werden kann – dies kann, muß aber nicht die Schule sein.

Strittige Fragen: Soll man Lernorte aufsuchen, die wir selber ablehnen
– Besuch bei der Bundeswehr?
– Kernkraftwerke?

Soll man nach normativen Kriterien Lernorte auswählen oder in welchem Umfang zur freien Disposition stellen?

Soll man mögliche Erfahrungsbereiche vorstrukturieren (...), um Gegenerfahrungen zu ermöglichen (Problem der Erfahrungsarmut des Alltagslebens)?

Aus der Traum!

Die Teilnehmer beschlossen am nächsten Morgen, die Realität Bände sprechen zu lassen, d.h., entsprechend dem Jungk'schen Zukunftswerkstattmodell, welches mit drei Phasen arbeitet (1. Was bedrückt dich, 2. du darfst von einer besseren Welt träumen, 3. du überlegst, wie du es bei den gegebenen Verhältnissen umsetzen kannst), wurde nun darüber diskutiert, was denn wie realisiert werden könne.

Spätestens bei der Forderung nach einem Recht auf Schulverweigerung wurde dann auch die Beschränktheit des Denkraumes der meisten Linken schrill klar. Wie man nur so eine Forderung aufstellen, zutiefst bürgerlich sei dies (...) usw., usw. Vergessen waren plötzlich alle Begriffe wie „Selbstbestimmung" oder „Entscheidungsfreiheit", zumindest (natürlich (...) nicht anwendbar auf jüngere Menschen. Horrorvisionen von verwahrlosten Kindern wurden konstruiert: „stell dir vor, ein Kind aus sozial schwierigen Verhältnissen, Mutter debil, Vater säuft, Geschwister lernbehindert, usw., hätte die ach so segensreiche Schulpflicht nicht!" Hier hatten sie soo viel Phantasie, sie wurden zur mehrstimmigen Kassandra.

Nein diese anarchistische Haltung, die die Menschen dem Überlebenskampf preisgibt (Beispiel: Statt Schwimmunterricht zu geben, schubsen die A'n glatt ihre hilflosen Kinder ins Wasser), die wollte Mann nun doch nicht teilen: lieber Brükken bauen", „Kurse für den Überlebenskampf", „Institutionen nützen" (ganz verschämt und durch die Hintertür wurde deutlich, daß der Herr Lehrer sich einiges einfallen läßt, damit er ja nicht wirklich überflüssig wird) waren die Alternativen, die sich als hilfreiche Schranken gegen allzuviel Freiheit erwiesen. Nebelhaft zunächst stieg sie auf am

Fortsetzung nächste Seite, unten

Rechtssoziologische
Ergebnisse und Anmerkungen aus der Bremer Selbstverwaltung

Zum Stand der Bremer Alternativbewegung

(Teil I)

Red. Bremen **Vor einem Jahr haben wir damit begonnen, eine rechtssoziologische Bestandsaufnahme rechtlicher Gestaltungsmittel sowie ihrer Lücken und Hindernisse für die Selbstverwaltung durchzuführen, über die in dieser und in der nächsten CONTRASTE berichtet werden soll. Die Untersuchung wurde in 33 von ca. 60–70 selbstverwalteten Betrieben (ausschließlich gastronomischer Betriebe) in Bremen vorgenommen. Als selbstverwaltet wurden diejenigen Betriebe definiert, die die Kriterien: Produzenten gleich Eigentümer ansteuern, ökologisch unbedenkliche und/oder gebrauchswertorientierte Produktion/Dienstleistungen anbieten und betreiben und eine Kapitalneutralisierung anstreben. Der folgende Beitrag gibt Ergebnisse der Rechtsformwahl und der rechtlichen Integration der Kollektivmitglieder in den Betrieben wieder. In der nächsten Ausgabe werden Kapitalneutralisierungsbedingungen dargestellt und Schlußfolgerungen aus dem Befund gezogen.**

Die Gründungswelle selbstverwalteter Betriebe (2/3 aller Betriebe) in Bremen fällt in den Zeitraum von 1981 bis 1983 und damit präzise in die Phase der stark anwachsenden Arbeitslosenzahlen (Arbeitslosenzahlen im Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen 1981 = 198.581; 1983 = 353.345). 51,5% der Betriebe sind im Dienstleistungssektor (Bildungs-, Kulturwesen u.ä.), 30,3% in der Produktion bzw. Kleinhandwerk und 18,2% im Handel (Lebensmittel-, Fahrrad- und Buchhandel) tätig. Je 30,3% der Betriebe wählten die Rechtsform der GmbH und BGB-Gesellschaft und 24% die Rechtsform des Vereins (sonstige 15,4%). Im praktischen Umgang mit dem gesellschaftsrechtlichen Refugium zeigt die Selbstverwaltung Routine und Sicherheit, die sich in einer gewissen Typisierung und Beweglichkeit bei der Rechtsformwahl äußert. So ist die Rechtsfom des e.V. überwiegend im Bildungs-, Beratungs- und sozio-kulturellen Sektor anzutreffen, was unmittelbar auf die rechtliche Konstruktion des Idealvereins zurückgeführt werden kann, die zur Erreichung der idealen Ziele des Vereins eine wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen des sog. Nebenzweckprivilegs zuläßt. Die GmbH wurde zu 50% vom produzierenden Gewerbe und nahezu zu 50% vom Handel gewählt. Ähnlich sieht es bei der BGB-Gesellschaft aus, in der das produzierende Gewerbe einen Anteil von 50% hat und Handel und Dienstleistungsbereich den verbleibenden Anteil einnehmen.

Obgleich die erheblichen Formzwänge und die Kosten bei Errichtung und Änderung der GmbH die selbstverwalteten Betriebe entscheidend belasten, ist eine Tendenz zur Umwandlung von BGB Betrieben und da, wo das wirtschaftliche Nebenzweckprivileg der e.V. durch Intervention der Finanzämter zu kippen droht, in GmbH Betriebe unverkennbar. Die Untersuchung hat dazu ergänzend ergeben, daß offenbar wegen der Kapitalaufbringungsmöglichkeiten die Umwandlungsbestrebungen zur GmbH mit der personellen Größe der Kollektive zunehmen. Die Kollektivgröße auf die einzelnen Rechtsformen bezogen, fällt entsprechend aus: In den 10 Betrieben mit der Rechtsform der GmbH arbeiten insgesamt 134 Kollektivisten (im Durchschnitt 13–14 je Betrieb), in 8 Vereinen arbeiten 117 Selbstverwalter (14–15 je Verein) und in den BGB Betrieben 37 Männer und Frauen (im Schnitt 3–4 Personen). Auf die restlichen Rechtsformen (oHG, „Einzelunternehmen") entfallen 17 Mitarbeiter/innen.

Die Motive der Rechtsformwahl und die Bevorzugung der GmbH und des e.V. sind relativ eindeutig. Haftungsbeschränkung, steuerlich günstigere Veranlagung oder die Teilnahme am gesetzlichen Sozialversicherungssystem sind die ausschlaggebenden Gründe. Gründe, die wegen der häufig knappen Kapitaldecke der Betriebe zwangsläufig maßgebend sein müssen, aber für die rechtliche Gleichstellung aller im Betrieb tätigen Kollektivisten nicht ganz ohne Folgen geblieben sind. Von den 134 in GmbH Betrieben arbeitenden Kollektivisten haben lediglich ganze 32 Kollektivmitglieder tatsächlich auch einen Gesellschafterstatus (als Besonderheiten sind dazu zu bemerken, daß in einem Betrieb die Betriebsmitglieder die Gesellschafteranteile über einen Trägerverein verwalten und in zwei weiteren Betrieben ehemalige Kapitalgeber, die nicht oder nicht mehr im Betrieb arbeiten, nachwievor eine Gesellschafterstellung innehaben). Eine absolute Identität von von Produzenten = Gesellschafter der GmbH lag nur in zwei Betrieben vor. Im Vergleich zur GmbH arbeiten in den BGB Betrieben 37 Personen, von denen 22 zugleich Gesellschafter sind. Die Selbstverwaltungssituation in den Vereinen muß aus Platzgründen in diesem Beitrag weitgehend ausgespart werden.

Die fehlende rechtliche Integration aller Kollektivmitglieder (insbesondere bei den GmbH Betrieben, die ihre Ursache am auffälligsten in den Kostengründen der Gesellschaftsveränderung hat) als Gesellschafter, kann auf Dauer für die Selbstverwaltung nicht akzeptabel sein. Zwar ist Selbstverwaltung unter diesen Bedingungen möglich und wird z.Zt. auch so gehandhabt, weil alle Kollektivisten unabhängig von ihrer rechtlichen Stellung im Betrieb über sämtliche Belange des Betriebes entscheiden und das demokratische Selbstverwaltungsprinzip dadurch realisiert wird. Rechtstheoretisch besteht jedoch ein Zweiklassensystem von Kollektivisten, das erhebliche Gefahren für die Selbstverwaltung in sich trägt. Die Verfügungsgewalt über den Betrieb haben per Gesetz ausschließlich die Gesellschafter. Durch Vertrag können Gesellschafterrechte zwar beschnitten werden, sie sind aber in der Regel endgültig nicht entziehbar. Andersherum können Nichtgesellschafter rechtlich kaum einen Partizipationsanspruch an den Gesellschaftsrechten durchsetzen (die einzige Ausnahme könnte bei der BGB Gesellschaft gegeben sein). Im Ergebnis muß davon ausgegangen werden, daß alle Kollektivisten, die nicht Gesellschafter des Betriebes sind, rechtlich als Arbeitnehmer oder arbeitnehmerähnliche Personen zu qualifizieren sind mit der Folge, daß unabdingbar die gesamte Bandbreite arbeitsrechtlicher Normen und Schutzvorschriften Anwendung findet. Die arbeitsrechtliche Qualifizierung gilt im übrigen auch für die meisten Kollektivisten in den Vereinen, die aus der Vereinsarbeit ein Einkommen beziehen. Eine vorläufige Schlußfolgerung aus den bisherigen Ausführungen kann nur die sein, daß allen Kollektivisten nach Möglichkeit ein Gesellschafterstatus eingeräumt wird. Andernfalls wäre im Einzelfall eine kleine Gruppe von Gesellschaftern nicht nur theoretisch in der Lage, der Mehrheit der Kollektivisten das Selbstverwaltungsrecht zu entziehen.

Torsten Eichler-Weiskorn

Buchbesprechungen

Gunar Seitz:
Von der Ökologie ins Gefängnis
Ökologische Kriegsdienstverweigerung – Mein Weg zur Befreiung

Gunar Seitz, CONTRASTE-Redakteur und Mitglied der Lebens- und Werkgemeinschaft Riedmühle in Nordhessen, veröffentlichte dieser Tage sein jüngstes Buch über eine neue Art eines ökologischen Widerstandes. Dieser neue Widerstand wird exemplarisch anhand der ökologischen Kriegsdienstverweigerung dargestellt. Zeigt er doch die Möglichkeiten auf, mit der neuen Situation, die durch die Atomkatastrophe in Tschernobyl hervorgerufen wurde, fertig zu werden. Den Folgen von Tschernobyl wurde sogar ein eigenes Kapitel gewidmet.

Kein anderer prägte die neue Art von ökologischer Verweigerung wie der aus dem Raketendorf Mutlangen stammende Gunar Seitz. Aus seiner lokalen Betroffenheit über die Naturzerstörung in seiner Heimat und dem daraus erwachsenden Engagement füf die Natur, das Überleben von Mensch und Tier, von Planze und Landschaft, entwickelte er einen kompromißlosen Lebensschutz.

Dieser Lebensschutz machte es dem Autor unmöglich, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden. Sein Instanzenweg führte ihn dabei bis vor das Bundesverwaltungsgericht und Bundesverfassungsgericht. Beide lehnten seine Begründung für eine Wehr- und Kriegsdienstverweigerung als nicht verfassungskonform ab. Die Konsequenz daraus ist, daß dem Autor demnächst die Einberufung ins Haus steht. Bereits jetzt kündigte der CONTRASTE-Redakteur eine durch die deutsche Justiz zu ahndende Tat an: Widerstand gegen die Wehrpflicht – das heißt Fahnenflucht und Gefängnis.

In sieben Kapiteln beschreibt der Autor die militärische Verwüstung seiner Heimat, die Folgen atomarer Katastrophen, wie Bombentests oder Atomgaus, mögliche Aktionsformen gegen diese Zerstörung und ruft zum aktiven und persönlichen Protest gegen die weitere Lebensbedrohung auf. Daneben entwickelt er in seinem 110-seitigen Buch, eine neue Ethik und Philosophie, setzt sich mit dem Gewaltproblem auseinander und kommt zu einer neuartigen ökologischen Gewaltdefinition.

Für Gunar Seitz ist die ökologische Kriegsdienstverweigerung ein Baustein für eine künftige ökologische Revolution. Dieser radikalökologische Ansatz zeigt sich auch daran, daß das ganze Buch Paul Robien (1882–1945), dem ersten aus dem Anarchismus stammenden Ökorevolutionär unseres Kulturraumes gewidmet ist.

Das Buch ist trotz seines hohen Anspruches gut leserlich, ja spannend geschrieben. Für jeden, der sich nach Tschernobyl fragt, wie es weitergehen kann, ist dieses Buch zu empfehlen. Vielleicht kann es sogar Grundlage für einen neuen Protest werden.

Gunar Seitz, Ökologische Kriegsdienstverweigerung – Mein Weg zur Befreiung, Juni 1986, Kassel, Weber, Zucht & Co, 110 S., 10,80 DM

Anna Doren

(K)ein neuer Finanzierungsleitfaden

Das der Arbeiterwohlfahrt nahestehende spi hat im Auftrag des Berliner Senators für Gesundheit und Soziales eine Übersicht erstellt. Die Darstellung der meist berlinspezifischen (und damit für andere Länder untypischen) **Wirtschaftsförderungsinstrumente** fällt knapp aus und blendet die praktischen Ansatzpunkte für selbstverwaltete Betriebe und Projekte weitgehend aus. Die von J. Münder verfaßte Teilstudie zur **Sozialhilfe** ist systematisch aufgebaut. Danach sieht das Sozialhilferecht wesentlich individualisierte Einzelfälle vor. Wo jedoch Förderung für Gruppen und Kollektive möglich wäre, scheitert sie oft an bürokratischen und politischen Widerständen. Chancen liegen in der Erweckung des „schlafenden" § 30 BSHG „Schaffung einer selbständigen Existenz" (s.a. Heinz Gerken: Staatsknete via Sozialhilfe in CONTRASTE 3/85). Johannes Münder gibt wertvolle Argumentationshilfen für die Verbesserung des Sozialhilferechts für Selbstorganisationen und die politische Auseinandersetzung darüber (seien es die Arbeitgeber oder Staatssozialisten).

Über den Förderbereich **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** berichtet Jobst Fiedler aus Hamburg. Die politische Zielsetzung des 2. Arbeitsmarktes in Hamburg wird diskussionsfähig herausgearbeitet; Konkrete Ansatzpunkte zur Nutzung/Verbesserung von ABM im Interesse der Selbstverwaltungswirtschaft sind spärlich eingestreut (s. auch CONTRASTE 12/85).

Im Anhang sind u.a. Förderrichtlinien aus Hessen, Bremen, Berlin und NRW abgedruckt. Geärgert hat mich, daß wichtige Literaturangaben – gerade zum interessanten Sozialhilfe-Teil – schlicht fehlen.

Fazit: Die Veröffentlichung reicht als Finanzierungsleitfaden für Kollektive nicht an den „Schatz im Silbersee" aus dem Stattbuch-Verlag heran. Für eine an Selbstverwaltungs-Interessen ausgerichtete Politik zur Veränderung des Sozialhilfe- und Arbeitsförderungsgesetzes bietet sie viel Diskussionsstoff (s.a. M. Krummacher in CONTRASTE 4/86: „Selbsthilfe in der Klemme").

Sozialpädagogisches Institut Berlin (spi): Soziale Arbeit und Arbeitsmarkt. Finanzierungsmöglichkeiten für Selbsthilfegruppen und alternative Projekte – Wirtschaftsförderung, Sozialhilfe, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Berlin 1986, 15,– DM

Wolfgang Beywl

Wir haben viel zu sagen – drucken wir's, Selbsthilfematerialien

Dieser Doppelband beschäftigt sich ausschließlich mit Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit. Neben einer Einführung – "Erfahrungen mit der Presse" – und allerlei praktischen Tips zur Zeitungsarbeit werden ausführlich Aspekte der Gestaltung und Benutzung von Flugblättern und Plakaten dargestellt. Über die Hälfte des Bandes dient allein zur Darstellung verschiedener Drucktechniken vom komplizierten und unerschwinglichen Rotationshochdruck bis hin zum einfachen Offset, Schablonen- und Siebdruck. Das Ganze – in beiden Büchern – locker geschrieben und mit vielen Beispielen erläutert, geradezu zur Nachahmung ermunternd. Deshalb sollten beide Bücher nicht nur zur Standardlektüre in den Redaktionszimmern bestehender Schüler-, Jugendzentrums- und sonstiger Alternativzeitungen gehören, sondern auch von anderen Initiativen genutzt werden, die ihre Aufklärungsarbeit nicht nur auf das Verfassen von Presseerklärungen beschränken (wollen).

Bezug über:
AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90, DM 8,50 + Versandkosten.

Klaus Farin

Jost Hermand:
Utopie ist lebensnotwendig
Orte irgendwo – Formen utopischen Denkens

Bereits 1981 erschien ein Buch, das die Geschichte utopischen Denkens kollageartig beschreibt. Der Autor, Jost Hermand, Professor an der University of Wisconsin in Madison (USA), geht den wichtigsten liberalen, sozialistischen und ökologischen Utopien der letzten 100 Jahre nach, um sie auf ihre heutige Wirksamkeit hin zu untersuchen. In neun Kapiteln analysiert Hermand Formen utopischen Denkens, insbesondere jedoch die Diskussion im gesamtgesellschaftlichen und alternativen Rahmen über die Entwürfe einer neuen Gesellschaft. Insofern ist dieses Buch eine durchaus anregende Verlaufgeschichte einer Utopiediskussion, die ermuntert, das utopische Denken weiter voranzutreiben, es in die Realität umzusetzen, um so der erdrückenden Übermacht von Pragmatismus, Konformität und Statusquo-Ideologien eine radikale Alternative entgegensetzen zu können, die dann jedoch die Zukunft von Mensch, menschlicher Gesellschaft und Natur im Blick hat und damit auch Auswege aus der derzeitigen Orientierungslosigkeit innerhalb der Protestbewegung zu geben vermag.

Jost Hermand, Orte. Irgendwo – Formen utopischen Denkens, 1981, Königstein, Athenäum, 202 S., 29,80 DM, ISBN 3-7610-8117-0

Manfred Eigen

Ökooffensive gegen Militär
MÖP-Rundbrief – Mitteilungen der Arbeits- und Forschungsstelle „Militär, Ökologie und Planung"

Brandneu erschienen ist der MÖP-Rundbrief Nr. 1. Damit ist nun ein Forum geschaffen, das in regelmäßiger Form Hintergründe militärischer Naturzerstörung beleuchtet. Die Themenpalette ist weit gespannt: Militärische Infrastruktur (Standorte, Truppenübungsplätze, Stationierungsorte), Militärische Landnahme und Neubauten, Militärischer Tiefflug/Fluglärm, Militärische Tierversuche, Manöver/Manöverbeobachtung, Zivilschutz, Biologische und Chemische Waffen, Zivil-militärische Nutzung von Atomenergie, Erarbeitung einer friedenspolitisch-ökologischen Gesamtkonzeption.

Die Informationen des Rundbriefes werden zum größten Teil von den Mitarbeitern der Arbeits- und Forschungsstelle „Militär, Ökologie und Planung" (MÖP) e.V., des ersten ökologisch ausgerichteten Friedensinstitutes in der BRD zusammengetragen. Der Rundbrief erscheint fünf mal im Jahr und soll einer intensiven Durchdringung von Friedens-, Ökologie- und Sozialer-Bewegung dienen.

MÖP-Rundbrief, 20 S., A 4, Einzelheft 5,– DM, Bezugsadresse: MÖP, Postfach 317, Friedrichstr. 89, 4600 Dortmund 1

Dinah Nadini

Goldesel für die GEMA?

Über den Umgang mit der GEMA

2.erweiterte Auflage, März 1986
Was ist die GEMA? ...was ist wofür an die GEMA zu zahlen? ...was ist die günstigste Vertragsart? ...
Auf diese und viele weitere Fragen geht die vorliegende 2. erweiterte Auflage dieser Arbeitshilfe ein.
Neu aufgenommen wurde insbesondere ein Kapitel zur Änderung des Urheberrechts, in der Erleichterungen für „Veranstaltungen der Jugendhilfe" festgeschrieben sind.
Bestelllungen über:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Gaisbergstr. 97, 69 Heidelberg 1.
Preis. 4 DM und 1 DM Porto- u. Versandkosten (bitte bei Bestellung in Briefmarken beilegen).

Neu
BÜCHER DER
AG SPAK

Rolf Schwendter (Hg.)
GRUNDLEGUNGEN ZUR ALTERNATIVEN ÖKONOMIE
Teil 1: Die Mühen der Berge
Teil 2: Die Mühen der Ebenen
M 72/73
je ca. 270 Seiten erscheinen im Mai 1986
pro Band ca. DM 24,–
zusammen ca. DM 39,–

Dokumentiert wird die Diskussion um die Alternative Ökonomie von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert und ihrem Neubeginn in den frühen 70er Jahren, über Klassiker der neueren Diskussion (Bartning, Roth u.a.) bis hin zu aktuellen Problemen wie Bankengründung, Alterssicherung, Alternativforschung...

Der erste Band bezieht sich stärker auf politische Konzepte, während im zweiten die Praxis und die Schwierigkeiten im Detail der Umsetzung Alternativer Ökonomie zur Sprache kommen. Die Bände beinhalten Beiträge
– Zur Geschichte der Alternativen Ökonomie
– Zur Zeitgeschichte Alternativer Ökonomie
– Zur Diskussion
– Zur nachsten Zukunft der Alternativen Ökonomie
– Grundsätzliche Kritik der Alternativen Ökonomie

AG SPAK - Publikationen
Kistlerstraße 1, 8000 München 90

Graswurzelrevolution
Sonderheft Soziale Verteidigung

In dieser völlig überarbeiteten Neuauflage wird neben grundsätzlicher Darstellung und Fallbeispielen die Diskussion um die Soziale Verteidigung vertieft: Die Idee der Sozialen Verteidigung steht im Spannungsverhältnis zwischen der Vereinnahmung in die umfassende Verteidigungsbereitschaft des Nationalstaates und dem Konzept des sozialen Angriffes gegen das Militär und gegen den Staat.

5,- DM & 0,80 DM Porto (Verrechnungsscheck oder Briefmarken)
Bezug: GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

BILDUNGSTAG '86

Fortsetzung von Seite 13

Horizont der Diskussion, die Forderung nach Instituts- und Staatserhaltung. Wie in alten Zeiten wurde diskutiert, hier und heute, in dieser bösen kapitalistischen Welt sei Selbstbestimmung und Freiheit nicht möglich, man müsse erst andere Machtverhältnisse haben (vielleicht die Diktatur des Proletariats?, der Verfasser). Dann sei ja alles Geträumte, auch die Freiheit vom Schulzwang selbstverständlich.

Na, klingt das nicht alles sehr bekannt? Der reale Sozialismus läßt grüßen!

Eigentlich finde ich es schade, daß hier nun so eine Polemik steht, finde es noch mehr schade, daß durch diese, nicht von uns vorgenommene Grenzziehung zum institusverweigernden Anarchismus, eine gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen die Herrschaft unmöglich gemacht wird.

Auch uns ist klar, daß ein allgemeines Schulverweigerungsrecht augenblicklich nicht durchzusetzen ist. Nichtsdestoweniger ist es notwendig darüber offen/öffentlich zu diskutieren, damit nicht die gar nicht so geringe Zahl von „Beleidigten und Unterdrückten" im Regen stehen gelassen wird. Es scheint kein Thema von Bedeutung (für Linke) zu sein, daß unzählbare Kinder in diese Schule nicht oder auch in gar keine Schule wollen. Sie werden seelisch und körperlich krank, wandern ab in Heime, Sonderschulen oder Psychiatrien.

Mann sagt, die Gesellschaft ist schuld. Mann *(warum nicht auch Frau?, jetzt wirklich der Setzer)* übersieht, daß Schule an sich ein wesentlicher Ausdruck dieser herrschaftlich orientierten Gesellschaft ist.

Es mag sein, daß es „gute" oder „bessere" Schulen gibt. Es gibt auch Menschen, die diese Schulen besuchen wollen. OK, sollen sie es tun. Was aber ist mit den darunter Leidenden? Scheinbar bleibt einer Minderheit nur der Guerillakampf und die subversive Aktion (siehe Stadtindianer u.a.), um einen Rest von Freiheit zu verteidigen. Zumindest ist von der derzeitigen Linken nicht zu erwarten, daß sie kooperativ mit den gesellschaftlichen Kräften agiert, die mit der radikalen Forderung nach der Aufhebung aller Zwänge ernst machen.

Ich jedenfalls war mit der Hoffnung nach Frankfurt gefahren, diese unsere Negation (Schulverweigerung) eingereiht zu sehen in eine Reihe von Maßnahmen, wie Bildung Freier Schulen, Stadtteilarbeit, Kinderläden, Lernzentralen/Dezentralen usw. Doch diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Es wurde eine Ent-Täuschung.

Fraglich wird ein nächster Ansatz, da zu viele Ent-Täuschungen schließlich in die Resignation oder aber zur Aggression führen.
Vielleicht hat ja unsere Zeichensetzung in Frakfurt (die aus dem Sozialistischen ein A-Sozialistisches Büro machte) einen gewissen Realitätsgehalt und manchen Teilnehmer für eine Zeit nachdenklich gemacht. Vielleicht.....

Auf jeden Fall tragen solche Ansätze, wie sie auf dem Bildungstag erlebbar waren, nicht zu einem Abbau des Staates bei. Sie stärken ganz im Gegenteil die Position der Herrschenden. Solcherlei „linke" Bildungspolitik wird zum Werkzeug einer Sozialtechnologie (siehe auch Arbeitspapier von Martin, FLI-Treffen auf der Burg Waldeck im April 1986), die den Kapitalisten in die Hände spielt und ein tatsächliches Problembewußtsein gar nicht aufkommen läßt. Solche „linken" Lehrer, die so tun, als ob sie „die anderen Lehrer sein lassen", dennoch aber die Fäden in der Hand halten, sind die Totengräber einer freien Gesellschaft, sind die „Hanseln" einer Rechten Gesellschaft, da sie nicht bereit sind, das autoritätsorientierte Verhaltensmuster zu verlassen und allen Menschen ein autonomes Leben zugestehen. Autonome und selbstbestimmte Wesen allerdings kann es nur geben, wenn von vorneherein auf Machtvorsprünge verzichtet wird und die Menschen, junge und alte, ihre Gemeinschafts/Gesellschaftsstrukturen durch permanente Auseinandersetzung entwickeln.

Egalität als Weg und Ziel gleichermaßen müßte auch auf „Bildungstagen" gelebt werden, sonst wird der Begriff der egalitären Gesellschaft zur Phrase.

Gerhard Kern

(Lieber Gerhard, wenn Du Dein Manuskript noch einmal verkleinert hättest, hätte es sicher auf eine Postkarte gepaßt! Der Setzer)

Leserbriefe

Zum Artikel „Schüler als Randgruppe", CONTRASTE Nr. 20/86

Liebe Gabi, Dein Aufsatz wird als ‚Plädoyer für die freie Schule' angekündigt. Erlaube mir dazu ein paar Anmerkungen, die sich um dieses kleine Wörtchen „frei" drehen. — Du schreibst in Deinem Aufsatz, wie Du Dir Deine besondere „Freie" Schule wünschst, nicht zuletzt unter Verwendung selcher Gedankensprünge: ‚Freiheit ist ein typisches Erwachsenenwort", ... und ein paar Takte weiter: „Freie Schule bedeutet Kinderschule..." Also kommen wir als Erwachsene wohl nicht umhin, uns darüber Gedanken zu machen, was Freiheit im Schulwesen denn eigentlich bedeutet. Bei Deinem Versuch bist Du von Deinen Vorstellungen einer freien Pädagogik ausgegangen und hast diese zum Maßstab für „freie Schule" generell gemacht. (Beispiele: kein Frontalunterricht, keine altersgestaffelten Klassen, kleine Gruppen usw.). Dieses Vorgehen hat sich leider als Gewohnheit in die ganze Diskussion über freie Schulen eingeschlichen, bis hin in das Bildungsprogramm der „Grünen".

Für eine öffentliche Diskussion, die sich zum Ziele setzt, das Schulwesen aus den Klauen der Kultusbürokratie zu befreien, ist dieses Vorgehen: eigene pädagogische Überzeugungen zum Kriterium für die Verleihung des Namens „freie" Schule zu machen, nicht ausreichend und sogar gefährlich. Es ist gefährlich ganz bestimmte pädagogische Überlegungen zum Maßstab für freie Schulen zu erheben, weil man dadurch den Begriff „frei" seines Inhaltes beraubt: frei kann nur eine Handlung sein, die aus individueller Einsicht entspringt. Eine freie Schule wird sich also gerade dadurch auszeichnen, daß in ihr die Lehrer ihren pädagogischen Einsichten entsprechend handeln können und sich nicht an Maßstäbe wie „kein Frontalunterricht, kleine Klassen" und so weiter halten müssen, wenn sie anderes als richtig erkennen. Wenn man die pädagogischen Kriterien festlegt, die für alle freie Schulen zu gelten haben, macht man im Prinzip dasselbe wie die Kultusbürokratie, nämlich Normen über die Pädagogik zu verhängen — nur, daß man es sozusagen mit umgekehrten Vorzeichen tut.

Also, nicht inhaltlich, sondern strukturell müssen die Ansätze sein, aus denen ein freies Schulwesen geschaffen werden kann. Ich will Dir nicht vorenthalten, daß ich nicht schlecht erschrak, als ich bemerken mußte, daß ich für Deine Begriffe nicht an einer freien Schule arbeite. Ich bin Lehrer an einer Waldorfschule, die, wenn sie voll ausgebaut sein wird, von der 1. bis zur 13. Klasse geht. Wir

- legen unseren Lehrplan, ja das gesamte pädagogische Konzept völlig autonom fest,
- haben innerhalb des Kollegiums keine hierarchische Struktur;
- verwalten unsere Schule selbst.

Jeder Lehrer ist bei uns ganz frei in seiner Initiative, was natürlich einschließt, daß er seine Handlungen vor Eltern, Lehrern und Schülern vertreten können muß. Geistig zusammen-gehalten wird die Schule durch die Anthroposophie, die ja die methodische Grundlage der Waldorfschule ist, es ist wohl überflüssig zu betonen, daß der Umgang des Einzelnen mit der Anthroposophie selbstverständlich in seiner eigenen Verantwortung steht.

Ich erwähne all das, weil wir z.T. zu ganz anderen pädagogischen Auffassungen gekommen sind, als wie sie durch Deinen Aufsatz als Beschreibung freier Schulen dargestellt wurden. Natürlich stimmt vieles auch überein, aber in einigen entscheidenden Fragen praktizieren wir eine andere Pädagogik. Sind wir deshalb keine FREIE SCHULE? Was ist das für eine Einengung des Begriffes der Freiheit?

Die ganze Diskussion um ein freies Schulwesen tritt auf der Stelle, solange sie freie Schulen pädagogisch — also ihrer geistigen Intention nach — definieren will. Es kommt vielmehr darauf an, daß wir ein ingesamt selbstverwaltetes Schul- und Geistesleben bekommen. Das ist eine rechtliche Frage! Die einzelne Schule muß sich selbst ihre Gestalt geben können. Dann ist sie frei!

Wir werden uns dazu allerdings erst einmal zu diesem gemeinsamen Anliegen durchringen müssen. Solange jeder seine Spezialschule als den Maßstab aller Freiheit nimmt und die anderen Impulse ignoriert, wird die Kultusbürokratie ganz gelassen die Maschen ihres Netzes immer enger ziehen.

Henning Kullak-Ublich

Das unmögliche ist passiert

Bei Tschernobyl in der Ukraine ist das passiert, wovor Anti-Atomkraft-Initiativen immer gewarnt haben und was es eigentlich nach Meinung von „Experten" garnicht geben kann: der Reaktorkern eines Atomkraftwerkes ist durchgeschmolzen: der größte anzunehmende Unfall (GAU) ist eingetreten. Drei andere weitere Reaktorblöcke stehen direkt neben dem zerstörten Reaktor und drohen ebenfalls hochzugehen. Die Menschen in der weiteren Umgebung sind gefährdet, in der unmittelbaren Umgebung schon verstrahlt bzw. tot; allein in der Region Kiew leben 3,5 Millionen Menschen. Aber auch in der sogenannten „Sicheren Entfernung" ist die Gefahr plötzlich da: nach dem Unfall in dem sowjetischen Reaktor gehen auch in der Bundesrepublik radioaktive Regenfälle nieder. Diese Radioaktivität verschwindet nicht etwa wie ein böser Spuk, sondern reichert sich in unserem Körper an, geht in den Boden, das Wasser und wird über Lebensmittel wieder aufgenommen. Krebs, genetische Schäden und Mißbildungen sind selbst nach Jahrzehnten die Folge. Auch zukünftig wird die „sogenannte radioaktive Niedrigstrahlung" uns und unsere Umwelt gefährden.

Nach dem Unfall in dem amerikanischen Reaktor in Harrisburg (USA) versicherten „Experten", in der Bundesrepublik sei kein ähnlicher Unfall möglich. Eine Lüge, denn nur eine, in bundesdeutschen AKWs garnicht vorgesehene Sicherheitsabschaltung verhinderte, daß schon 1979 ein Reaktor wie jetzt in Tschernobyl total durchknallte. Auch heute wird wieder verharmlost, vertuscht und gelogen,

„Ein Unfall, wie in dem sowjetischen AKW, kann bei uns nicht passieren", das haben wir schon oft gehört,
nach dem Unfall in Harrisburg, USA,
nach dem Unfall in Tsuruga, Japan,
nach dem Unfall in Windscale, England,
nach dem Unfall ————————

Bei uns gibt es keine Unregelmäßigkeiten in AKWs, auch das hören wir immer wieder, außer dann, wenn

gerade zwei Tote in Grundremmingen (Bayern) die Schlagzeilen füllen,
in Biblis (Hessen) Schrauben fehlen und Risse auftrefen,
in Hanau (Hessen) Radioaktivität in Luft und Wasser abgegeben wird,
in Mühlheim-Kärlich (Rheinland-Pfalz) ein AKW direkt nach der Inbetriebnahme wieder abgeschaltet werden muß,
in Niederrachbach (Bayern) ein Reaktor nach 17 Tagen schrottreif ist,
in Kalkar (Nordrhein-Westfalen) oder Karlsruhe (Baden-Württemberg) Kühlmittel plötzlich anfängt zu brennen,
wenn ————————————.

Ein Unfall in einem so weit entfernten AKW macht uns hier nichts mehr aus, das hören wir auch jetzt noch, obwohl in Bayern und Österreich hohe Radioaktivität gemessen wurde. Wir lassen uns jetzt nicht mehr für dumm verkaufen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo einfürallemal Schluß gemacht werden muß, mit der Kriminalisierung der Anti Kernkraft-Initiativen. Jetzt, nach dem Unfall in Tschernobyl muß der Kampf gegen das Atomprogramm noch verstärkt und intensiviert werden. Dies ist eine unabdingbare Forderung, die jetzt mit allen Mitteln verfolgt werden muß.

Jetzt müssen alle Kernkraftwerke abgeschaltet und auf ihre hundertprozentige Sicherheit überprüft werden. Wir müssen gerade jetzt massiven Druck auf die Regierungen und die Kernkraftwerkbetreiber ausüben und ihnen begreiflich machen, daß sie nicht die einzigen sind, die über Gedeih und Verderb bestimmen können. Wir müssen denen jetzt endlich ihr verbrecherisches Handwerk legen.

STOPP DEM ATOMPROGRAMM
STOPPT DIE ATOMINDUSTRIE
FÜR EINE GEFAHRLOSE ENERGIEVERSORGUNG
GEHEN WIR MASSENHAFT AUF DIE STRASSE, WENN NÖTIG JEDEN TAG
JETZT DEN MASSIVEN KAMPF GEGEN DIE ATOMLOBBY ORGANISIEREN

Jünta

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald e.G.

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

VETO

Zeitung der Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin

- Agrarökologie
- Gentechniken
- Standespolitik
- u.v.m.

4 mal im Jahr für 15 DM. Zu beziehen bei:
Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin, c/o Christiane Schmahl, Windscheitstr. 17, 1000 Berlin

Arbeit für alle

Red. Frankfurt **So lautet die Kampagne und die neueste Ausgabe der Schwerpunktreihe „Publik-Forum aktuell", herausgegeben und initiiert von der Wochenzeitung kritischer Christen „Publik-Forum".**

In gut leserlicher Form werden auf acht Seiten verschiedene Ansätze und Ideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von oben und unten kurz und präzise geschildert.

Es geht dabei um Arbeitslosenprojekte, selbstverwaltete Betriebe, Arbeitszeitmodelle, Schwarzarbeit, das Modell Schweden ebenso, wie um kirchliche Forderungen.

Für besonders spannend halte ich die Vorschläge zu Thema „Lohnverzicht". Hier eine kleine Leseprobe:

LOHNVERZICHT: VOR MISSBRAUCH SCHÜTZEN

Ernsthaft kann niemand mehr bestreiten, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ohne durchgreifende Arbeitszeitverkürzungen nicht zu lösen sein wird.

Dabei Lohnverzicht zu fordern, wo die Gewinne explodieren, ist höchst problematisch. In der Stahlindustrie verzichteten die Arbeiter auf Weihnachtsgelder und Lohnerhöhungen, die Entlassungen fanden dennoch kein Ende, ja die Subventionen gingen voll in die Taschen der Stahlwerkbetreiber.

Deshalb: Die Forderung nach Lohnverzicht ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie im Rahmen einer staatlichen Beschäftigungsoffensive erhoben wird. Dazu gehören mindestens drei Voraussetzungen:

- Wenn Arbeitnehmer bei Arbeitszeitverkürzung auf Lohnzuwachs verzichten, müssen sie an der Umstrukturierung in ihrem Bereich beteiligt werden.
- Die Regierung muß eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben: Schaffung neuer Arbeitsplätze in Problemregionen, Offensive zur beruflichen Qualifizierung für Arbeitslose, staatliche Investitionen für gesellschaftliche Mangelbereiche wie Umweltschutz, Stadterneuerung und Energieeinsparung.
- Jeder Lohnzuwachsverzicht muß sozial gestaffelt sein. Gutverdienende können ein „größeres Solidaritätsopfer" leisten, als Bezieher unterer Einkommen, die vielleicht nichts erübrigen können.

Unter diesen Rahmenbedingungen würde es den Arbeitnehmern eher zumutbar sein, über einen Lohnverzicht nachzudenken. In der gegenwärtigen Situation droht jeder Lohnverzicht einfach nur die öffentlichen und privaten Arbeitgeber zu bereichern, ohne den Arbeitslosen zu helfen. Die Solidarität mit den Arbeitslosen darf nicht zu der Umverteilung „nach oben" mißbraucht werden.

„Arbeit für alle" bietet Grundlageninformationen für Leute, die sich weiter in das Thema einarbeiten wollen und eignet sich bestens als Diskussionsgrundlage für die Bildungsarbeit, etwa mit Erwerbslosen und Arbeitnehmern.

„Arbeit für alle" ist zu beziehen über: Publik-Forum, Postfach 70 07 71, 6000 Frankfurt/Main 70

Preis

1 Stück	2 DM in Briefmarken
20 Stück	12,50 DM
100 Stück	35,00 DM
1000 Stück	200,00 DM

zzgl. Porto- Und Versandkosten
Angeboten werden auch zwei Materialmappen über Arbeitslosenprojekte.

Jochen Reinalda

Sonstiges

„Zum sechsten..."
Rundbrief vom Netzwerk Selbsthilfe e.V. zum sechsten Geburtstag bestellen (mit 6,40 DM in Briefmarken) bei Netzwerk Selbsthilfe Hamburg e.V., Gaußstr. 17, 2000 Hamburg 50.

Gesucht wird Albert aus Freiburg. Du hast bei uns mittels Postkarte am 6.5.86 nach diversen Versicherungen gefragt, du warst auch so nett und hast eine Briefmarke (DM 1,—) beigefügt. Leider fehlt uns Deine komplette Anschrift, um Dir antworten zu können. Lieber Albert, ruf uns doch an oder schreib uns noch mal ganz kurz. Liebe Grüße nach Freiburg. Kollektive Versicherungsagentur, Märkische Str. 53, 4000 Düsseldorf, Tel. 0211/28 10 91

Ökodörfer

Selbstversorgung in einem Ökodorf führt zu einer gewissen Unabhängigkeit vom kapitalistischen Markt. Dadurch wird eine „Gegenwirtschaft" möglich, d.h.: Selbstbestimmt, nicht entfremdet und ökologisch arbeiten und leben. Gründungsversuche sind in der BRD seit 10 bis 15 Jahren immer wieder gescheitert. Bessere organisatorische Voraussetzungen will jetzt der **„Informationsdienst Ökodorf"**, Postfach 10 03 07, 6900 Heidelberg 1 schaffen. Er wartet auf eine Flut von Zuschriften.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Stellenanzeigen

Das Dialog-Bildungswerk sucht noch **Kursleiter/innen** für die politische Bildungsarbeit in NRW. Insbesondere benötigen wir Mitarbeiter/innen für die Bereiche:

- Technologieentwicklung, Energie und Umwelt sowie
- Zukunft der Arbeit, Genossenschaften und neue Beschäftigungsinitiativen.

Bestehenden **Initiativen** bieten wir die Kooperation an und unterstützen Euch bei der Entwicklung und Umsetzung von Kursen und Seminaren.
Bei Interesse melden beim
Dialog Bildungswerk, Kreutzberger Str.1, 4901 Hiddenhausen 6,
Telefon: 05521/6 43 25 (Willi Rehfeld)

Steuerberater/in von selbstverwaltetem Büro in Wuppertal gesucht. Tel.: 0202/31 34 33

MEISTERIN/INGENIEURIN (Fahrradtechnik/Metallverarbeitung) gesucht für gemeinnütz. soziales Projekt:
Tandem e.V. Fahrradladen + Arbeitslosentreff - in Dortmund. Tel. 0231/ 23 46 02.

Suchen qualifizierte, erfahrene **Reprofotografin** oder **Druckvorlagenherstellerin** und **Fotosetzer/in** für MCS 10 zum Sommer 86 in Druckereikollektiv
Bewerbungen an:
Bundschuh Druckerei und Verlag GmbH, Habsburgerstr. 9, 7800 Freiburg, Tel. (07 61) 5 35 56.

Suche **dringend** Arbeits- o. evtl. Ausbildungsplatz in **linkem/selbstverw. Verlag im Raum Frankfurt. Mehrjährige Erfahrung im Zeitungs- u. Druckbereich** (auch an erfolgr. Buchprojekt) vorhanden.
Detlev, c/o Junge Presse Hessen, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. (069) 707 28 29

CONTRASTE action

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: .....

Adresse .....

Die Überweisung von 24 DM/36 DM ist auf das Postscheckkonto 383687-607 Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

- O Umweltfreundliches Schreibset
- O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
- O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,— DM (statt 14,— DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
- O Unser Geldrausch — neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
- O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 3.— DM (statt 18.— DM) den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz-Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Coupon ausgefüllt an Bärbel Delto, c/o ASH Krebsmühle, 6370 Oberursel, einsenden

Tagungen...Seminare...Treffen

AG SPAK

Selbstverwaltete Jugendzentren

Regionaltagung Jugendkulturarbeit Nordbaden
13. bis 15. Juni 1986, Neckargemünd
Anmeldung und Information:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar
Gaisbergstr. 97
6900 Heidelberg 1

Fachtagung Beratung und Selbstorganisation
27. bis 29. Juni 1986, Bahnhof Göhrde
Anmeldung und Information:
Tiedeke Heilmann
Uelzener Str. 10
3111 Suhlendorf

Kriminalpolitischer Arbeitskreis

Treffen des kriminalpolitischen Arbeitskreises
20. bis 22. Juni 1986, Jugendhof Bessunger Forst, Roßdorf
Anmeldung und Information:
AG SPAK – Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21

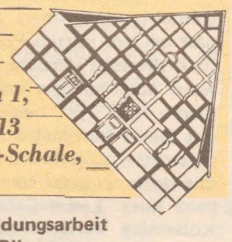
Behindertenarbeit

Alternativen in der Arbeit mit geistig Behinderten
23. bis 28. Juni 1986, Drohntal
Anmeldung und Information:
LID, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid.

AK Freire

Comic-Werkstatt
6. bis 10. Juni 1986, in der Nähe von Ulm
Die Comic-Werkstatt in Deutschland macht den Versuch, in Europa lebende Lateinamerikaner und Deutsche zusammenzubringen, die sich für die Methode der Basiscomics interessieren und erlernen wollen.
Als Referent wird Juan Acevedo, ein bekannter peruanischer Karrikaturist anwesend sein. Das Seminar wird 5 Tage dauern und ausschließlich in spanischer Sprache durchgeführt.
Anmeldung und Information:
AG SPAK – Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Tel. 089/691 78 21 (Heinz Schulze)

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.



Feministische Bildungsarbeit – Versuch einer Bilanz
Mo., 9.6. bis Mi., 11.6.86
Kosten DM 50,– bis 70,–

Der Pfad zum Licht – Geleitete Meditationen
Mo., 16.6. bis Fr. 20.6.86
Kosten: DM 200,– bis 300,–

Frauen in selbstverwalteten Projekten
Fr., 20.6. bis So., 22.6.86
Kosten: DM 50,– bis 70,–

Selbstverteidigung für Lesben
So., 22.6. bis 27.6.86
Kosten: DM 200,– bis 300,–

LUST AUF LEHM

Im Rahmen unserer Ökokursreihe bieten wir in diesem Sommer vom 29.6. bis 11.7. für interessierte Frauen aus dem Bau- und Handwerksbereich einen Lehmbaukurs an.

Im Zeitraum von 2 Wochen ist der Bau eines Gartenhauses auf dem Seminargelände geplant. Vorgegeben ist ein Holzklettbau, an dem verschiedene Lehmbautechniken, sowie vorbereitende und angrenzende Arbeiten (Ständerwerk, Dach) praktiziert werden.

Experiment, Kreativität, Praxis und Theorie mit Lehm sind Schwerpunkt dieses Seminars. Es wird handwerklich und gestalterisch mit dem Baustoff Lehm gearbeitet, mit einfachen Mitteln, wenig (besser keine) Maschinen, übersichtlicher Aufbau, Kooperation.

Der Kurs wird von drei Architektinnen geleitet, sie sich auf Lehmbau spezialisiert haben.

Im Herbst finden weitere Seminare unserer Ökoreihe statt zu den Themen:
- Eigene Existenz- und Betriebsgründung für Frauen aus Bau- und Handwerksberufen (So. 21.9. bis Fr. 26.9.)
- Sanitärinstallation – Elektroinstallation – Heizungsbau – Energiesparmaßnahmen – ökologische Baumaterialien – Holzschutz und Biofarben –

Genauere Informationen über Termine, Preise und Teilnahmemöglichkeiten bitte anfordern, mit frankierten Rückumschlag

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Seminare und Bildungsurlaub

Gartenbau und Ernährung
9. bis 13. Juni 1986
Ökologische Kommunalplanung
23. bis 27. Juni 1986
Siedlungsökologie
27. bis 29. Juni 1986

Anmeldung und Information:
Energie- und Umweltzentrum
am Deister e.V.
3257 Springe-Eldagsen
Tel.: (05044) 3 80
Für 1,30 DM in Briefmarken gibt es ein ausführliches Programmheft.

Werkstatt für Demokratie und ÖFFentlichkeit

Einführung: Pantomime
20. bis 22. Juni 1986
Fotografie in der Jugendarbeit
23. bis 27. Juni 1986
Interaktionsspiele für die Jugendarbeit
27. bis 29. Juni 1986
Gesund mit Do-In
27. bis 29. Juni 1986

Alternativen der sozialen Sicherung
Umfragen haben ergeben, daß die Mitglieder selbstverwalteter Projekte und Betriebe, daß kleine Selbständige und Grauzonenarbeiter unzureichend versichert sind gegen die Risiken des Lebens. Zunächst sollen günstige Möglichkeiten der Kranken-, Berufsunfähigkeits- und Altersversicherungen vorgestellt werden, die im Projekt Geld sparen helfen. Für die Alterssicherung müssen auch längerfristige Lösungen angestrebt werden, z.B. Unterstützungskassen kombiniert mit Immobilieneigentum. Unausweichlich ist jedoch eine zureichende soziale Sicherung an die Verbesserung der Einkommenslage gebunden.
Seminarleiter: Wolfgang Beywl/N.N.
Termin: 7. bis 8.6.86, Beginn 15.00 Uhr
Gebühr: DM 35,– bis 70,–
(incl. Übern. und Verpfl.)

Anmeldung und Information:
Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit, Estermannstr. 204, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/67 46 63

Netzwerk Dreyeckland

Donnerstag 19. Juni 1986
Selbstverwaltete Betriebe im Verhältnis zu Staat, Parteien, Verbänden und Gewerkschaften
Kollektivisten sind keine Arbeitgeber und keine Arbeitnehmer, sondern Arbeiter, nur ohne Lobby. Darum die Frage: braucht die Selbstverwaltungswirtschaft eine Lobby? aber auch: kommt nach der Anbindung an den Markt jetzt die Anbindung an den Staat (siehe Diskussion um Staatsknete und ABM-Stellen)?

SELBSTHILFE UND ARBEITSMARKT IN FREIBURG

EG-Anhörung zum Thema lokale Beschäftigungsinitiativen. In den Schwerpunktbereichen Soziales, Kultur, Gewerbe und Ökologie werden sich verschiedene Projekte darstellen und ihre Schwierigkeiten und Lösungsvorschläge gegenüber Vertretern der Kommunen und der EG erörtern.
Anmeldungen, Anfragen und Informationen über Netzwerk Dreyecksland e.V., Habsburger Str. 9, 7800 Freiburg, Tel. 0761/55 12 80

Das Dialog-Bildungswerk lädt im Rahmen des **Bildungsurlaubs** zum Wochenseminar **Neue Medien und Technologien – Träume und Alpträume von einer künftigen Gesellschaft** ein.
Ort: Bielefeld
Termin. 23. bis 27. Juni 1986
Kosten. DM 80.– einschl. Unterkunft und Verpflegung
Im Verlauf der Woche wird der Versuch unternommen, sowohl die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auswirkungen der neuen Technologien zu untersuchen, als auch deren Möglichkeiten praktisch mit Computern im Simulationsspiel selbst zu erproben. Interessenten senden wir gern ein ausführliches Programm zu. Selbstverständlich erhalten sie bei uns auch ausführliche Informationen über die Möglichkeiten, Ihren Bildungsurlaub zu nehmen.
Anmeldung und Information:
Dialog-Bildungswerk, Kreutzberger Str. 14, 4901 Hiddenhausen 6
Tel. (05221) 6 43 25

Jugendhof Bessunger Forst

„Bauen mit Fachwerk und Leichtlehm"
Das Seminar wird sowohl einen theoretischen als auch einen praktischen Teil enthalten. Neben einer Einführung in verschiedene Lehmbautechniken wird die Leichtlehmbautechnik im Holzskelettbau im Vordergrund stehen. Nach einer theoretischen Phase, in der wir u.a. Kosten, Baugenehmigung, Wärmespeicherung, Schallschutz etc. erörtern, wenden wir uns der praktischen Ausführung der Leichtlehmtechnik zu. Verschiedene Schalungstechniken, die Aufbereitung der Lehmschlämme, das Stopfen werden an Hand von Dias erläutert und anschließend auf der Baustelle unseres Mitarbeiterwohnheimes erprobt.

Als Referent nimmt Franz Vollhard (Architekt aus Darmstadt) an dem Seminar teil.

Das Wochenendseminar findet mit Vollverpflegung vom 27.6 bis 29.6.86 statt. Der Teilnehmerbetrag ist DM 70,–. Das Seminar beginnt am Freitag um 18 Uhr mit dem Abendessen. Ein Schlafsack und Arbeitskleidung sind mitzubringen.
Anmeldung:
Jugendhof im Bessunger Forst
Aschaffenburger Straße 183–185
6101 Roßdorf 1
Tel. (06151) 14 51 71

HEIMVOLKS-HOCHSCHULE ALTE MOLKEREI FRILLE

18. bis 20.6.1986
Aus- und Weiterbildungskonzepte mit Beschäftigungsperspektive in der Diskussion für Ausbilder, Sozis und Betroffene in Verbindung mit „Fachwerk e.V.". Programm und Anmeldung bei der HVS Frille, Freithof 16, 4953 Petershagen, Tel. (05702) 97 71

Anhörung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zum Thema: **Wirtschaftswunder alternativ** Können Arbeitslose, Alternative Betriebe und Institutionen voneinander profitieren? vom 16. bis 17. Juni 1986 in Karlsruhe
Ein Programm kann über die folgende Anschrift bezogen werden:
isis e.V.
Forschungsgesellschaft für Sozialökologie und interdisziplinäre Studien
Zähringer Straße 41, 7500 Karlsruhe 1
Tel. 0721/37 40 22

Frieden 2000 – Wege aus der Gefahr
Konferenz am 21. und 22. Juni 86 in der Gesamtschule Holweide, Köln.
Anmeldung und weitere Informationen an das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Gottesweg 52, 5000 Köln 51

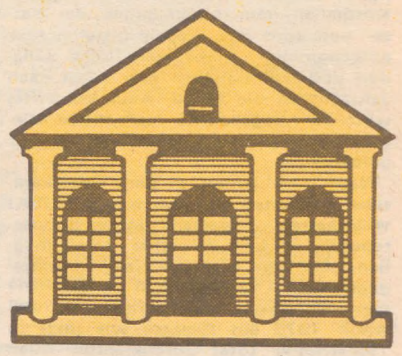
Arbeitsbrigadisten für Nicaragua gesucht
In Nicaraguas unterentwickeltster Region Rio San Juan wird von uns ein Ausbildungsprojekt für Lehrer unterstützt: den Lehrerstudenten werden dabei praktische Kenntnisse vermittelt, damit sie später innerhalb ihrer Berufsausübung in den schlecht erschlossenen Landesteilen Anleitung zur praktischen Selbsthilfe geben können – in diesem Fall beim Schreinern.

Nicaraguanischer Projektpartner für die fünf Jahre Ausbildungsanleitung von deutscher Seite aus ist das regionale Erziehungsministerium (MED), mit dem das Ökumenische Büro bereits seit 1984 zusammenarbeitet.

Damit die Ausbildung überhaupt beginnen kann, muß zuerst ein 16 x 16 m großes Werkstattgebäude errichtet werden, dessen Materialkosten bereits durch Zuschüsse aus der Bundesrepublik finanziert werden. Die Bauarbeiten für dieses Holzgebäude werden von ca. 30 nicaraguanischen Lehrerstudenten, von drei Nicaraguanischen Bauhelfern und von einer 8 bis 10 köpfigen deutschen Baubrigade geleistet. **Dazu suchen wir noch Brigadisten, möglichst Fachleute/Handwerker aus dem Bau-/Schreiner- und Zimmermannsbereich.**
Terminplanung:
- Abflug Ende August
- eine Woche politisches Programm in Managua
- 6 bis 12 Wochen Arbeit in San Miguelito (Dauer individuell regelbar)

Unterkunft in nicaraguanischen Familien
Kosten: müssen selbst bezahlt werden, ca. DM 2.000,– Flug,
ca. DM 500,– Unterhalt

Weitere Informationen über:
Haidhauser Kistler
Schreinerei in Selbstverwaltung
Pariser Str. 25, 8000 München 25
Tel. 089/448 46 10



Werkstatt Kassel e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 175, 3500 Kassel, Tel. (0561) 77 75 09
Sommer-Werkstatt:
Malkurse und Vorträge über Künstler finden während der hessischen Sommerferien statt.
Wochenendmalkurse: 5./6.7. und 19./20.7., Beginn 10 Uhr
Malen nach Musik: erster Termin am 2.7., Beginn: 10 Uhr
Weltfarbe, Mensch: erster Termin am 7.7., Beginn: 20 Uhr
Mi 11. Juni, 20 Uhr, Werkstatt-Forum: **Regionalkultur zwischen Autonomie und Verplanung.** Sanfte Manipulation oder Schritte zur direkten Demokratie? Zur Problematik der institutionellen Förderung selbstorganisierter Regionalentwicklung. Streitgespräch.
Mi 18. Juni, 20 Uhr, Werkstatt-Forum: **Regionalkultur zwischen Autonomie und Verplanung.** Harter Tourismus - sanfter Tourismus. Die Zerstörung von Alpendörfern und Beispiele zu ihrer „Wiederbelebung".
Fr 20. Juni, 20 Uhr, Werkstatt-Forum: **Herrschaftslosigkeit - Anarchismus heute** Rolf Schwendter: Einstieg und Überblick. Sa 21. Juni, 10 Uhr, Wolfgang Zucht: Anarchistische Praxis heute

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Theoriearbeitskreis

THEORIEARBEITSKREIS ALTERNATIVE ÖKONOMIE DER AK SPAK
SOMMERSEMINAR 1986 im Jugendhof Bessinger Forst e.V., Roßdorf

So 20.7.	Mo 21.7. – Fr. 25.7.	Sa 26.7.	So 27.7.	Mo 28.7. – Fr. 1.8.	Sa 2.8.
Anreise 15 Uhr Ankunft mit Kaffeetrinken 16 Uhr Arbeitsorganisationstreffen/ anschließend Vorstellungsrunde	I. Frauen und Macht (Urta Steinhäuser u.a.) II. Selbstverwaltung am Beispiel ‚linker Buchhandel' (Elmar Sing/Roland Kreling) III. Vorstellung und Perspektiven der Selbstverwaltungswirtschaft am Beispiel eines selbstverwalteten Betriebes (nur Montag!!) (Aggi, ASH) IV. Alternative Ökonomie und Regionalentwicklung (Di bis Fr) (Hans-Gerd Nottenbohm)		10 Uhr TAK AÖ-Sitzung	V. Alternative Organisationskonzepte (Rolf Schwendter) VI. Gesellschaftliche Perspektiven und Stellenwert der Selbstverwaltungswirtschaft (verschiedene Referent/inn/en) VII. Mitarbeiterunternehmen als Betriebstyp der postindustriellen Gesellschaft (Burghard Flieger)	

Das Sommerseminar ist auf 50 Teilnehmer/innen begrenzt. Die Teilnehmenden sollten möglichst an **beiden** Sommerseminar-Wochen teilnehmen. Kosten mit Verpflegung insgesamt DM 140,–. **ANMELDUNG:** bei Udo Schramm, Pilgrimstraße 26, 4630 Bochum; Anmeldeschluß 1. Juli 1986, Anmeldegebühr: DM 80,– auf das Konto-Nr. 2637 70–461, Postgiroamt Dortmund, Kontoinhaber Udo Schramm, überweisen. Bei der Anmeldung muß angegeben werden, an welcher Arbeitsgruppe (beide Wochen!) teilgenommen werden will. Wer ein eigenes Thema anzubieten hat, kann dies bei der Anmeldung vermerken. Kulturelle Beiträge aller Art sind auch gerne gesehen und können während der Seminarwochen eingebracht werden (hierfür stehen die Vormittage und Abende zur Verfügung).